



Plenarprotokoll

131. Sitzung

Freitag, 14. Oktober 2016

Tierschutzbericht Schleswig-Holstein 2016	10956	Beschluss: Überweisung des Berichts der Landesregierung Drucksache 18/4689 an den Umwelt- und Agrarausschuss zur abschließenden Beratung.....	10970
Bericht der Landesregierung Drucksache 18/4689			
Dr. Robert Habeck, Minister für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume..	10956	Schleswig-Holsteins Infrastruktur instand halten - Bürgern das Melden von Schäden erleichtern	10970
Heiner Rickers [CDU].....	10958		
Sandra Redmann [SPD].....	10961	Antrag der Fraktion der PIRATEN Drucksache 18/4726	
Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	10963	Uli König [PIRATEN].....	10970
Oliver Kumbartzky [FDP].....	10964	Hans-Jörn Arp [CDU].....	10971
Angelika Beer [PIRATEN].....	10966	Kai Vogel [SPD].....	10972
Flemming Meyer [SSW].....	10968	Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	10974
Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	10969	Christopher Vogt [FDP].....	10975

Flemming Meyer [SSW].....	10976	Beschluss: Überweisung des Berichts der Landesregierung Drucksache 18/4685 an den Bildungsausschuss und den Sozialausschuss zur abschließenden Beratung.....	10998
Dr. Patrick Breyer [PIRATEN]....	10977		
Dr. Robert Habeck, Minister für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume..	10978		
Beschluss: Ablehnung des Antrags Drucksache 18/4726.....	10979	Gemeinsame Beratung	
Bericht - Entwicklung der neu geschaffenen Oberstufen an Gemeinschaftsschulen	10979	a) Erste Lesung des Entwurfs eines Gesetzes zur Errichtung eines Versorgungsfonds des Landes Schleswig-Holstein (Versorgungsfondsgesetz VersFondGS-H)	10999
Antrag der Fraktion der FDP Drucksache 18/4426		Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 18/4706	
Bericht der Landesregierung Drucksache 18/4684		b) Versorgungsbericht 2016 für das Land Schleswig-Holstein	10999
Britta Ernst, Ministerin für Schule und Berufsbildung.....	10979	Bericht der Landesregierung Drucksache 18/4461	
Anita Klahn [FDP].....	10981		
Heike Franzen [CDU].....	10982	Beschluss: 1. Überweisung des Gesetzentwurfs Drucksache 18/4706 an den Finanzausschuss	
Dr. Ralf Stegner [SPD].....	10984	2. Überweisung des Berichts der Landesregierung Drucksache 18/4461 an den Finanzausschuss zur abschließenden Beratung.....	10999
Anke Erdmann [BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN].....	10986		
Sven Krumbeck [PIRATEN].....	10988		
Jette Waldinger-Thiering [SSW]...	10988		
Beschluss: Tagesordnungspunkt insgesamt mit der Berichterstattung der Landesregierung erledigt.....	10989	Arbeitszeiten und Arbeitsbelastungen von Lehrkräften	10999
Lernmittelfreiheit in Schleswig-Holstein/Erhebung zu den Anteilen der Eltern an den schulischen Bildungskosten ihrer Kinder sowie Erhebung zu den Kostenanteilen der Schulträger pro Schüler/in und Schuljahr	10989	Antrag der Fraktion der FDP Drucksache 18/4725	
Bericht der Landesregierung Drucksache 18/4685		Änderungsantrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW Drucksache 18/4760	
Britta Ernst, Ministerin für Schule und Berufsbildung.....	10990	Beschluss: 1. Ablehnung des Antrags Drucksache 18/4725	
Sven Krumbeck [PIRATEN].....	10991	2. Annahme des für selbstständig erklärten Änderungsantrags Drucksache 18/4760.	10999
Heike Franzen [CDU].....	10992		
Kai Vogel [SPD].....	10993		
Anke Erdmann [BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN].....	10994		
Anita Klahn [FDP].....	10995		
Jette Waldinger-Thiering [SSW]...	10997	Metropolregion Hamburg und bilaterale Zusammenarbeit Schleswig-Holsteins und Hamburgs in der Wirtschafts- und Verkehrspolitik	10999
Dr. Heiner Garg [FDP].....	10998		

Bericht der Landesregierung
Drucksache 18/4654

Beschluss: Überweisung des Berichts
der Landesregierung Drucksache
18/4654 an den Wirtschaftsaus-
schuss zur abschließenden Bera-
tung.....

10999

* * * *

Regierungsbank:

Dr. Robert Habeck, Minister für Energiewen-
de, Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume
und Erster Stellvertreter des Ministerpräsidenten

**Sammeldrucksache über Vorlagen
gemäß § 63 Absatz 1 a der Ge-
schäftsordnung des Schleswig-Hol-
steinischen Landtags**

10999

Britta Ernst, Ministerin für Schule und Berufs-
bildung

Drucksache 18/4745

Beschluss: Annahme der Sammel-
drucksache 18/4745 mit Änderung

11000

Reinhard Meyer, Minister für Wirtschaft, Ar-
beit, Verkehr und Technologie

Reden zu Protokoll

**Metropolregion Hamburg und bi-
laterale Zusammenarbeit Schles-
wig-Holsteins und Hamburg in der
Wirtschafts- und Verkehrspolitik ..**

11001

* * * *

Bericht der Landesregierung
Drucksache 18/4654

Hans-Jörn Arp [CDU].....

11001

Katrin Fedrowitz [SPD].....

11002

Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN].....

11003

Uli König [PIRATEN].....

11003

Reinhard Meyer, Minister für
Wirtschaft, Arbeit, Verkehr
und Technologie.....

11005

Beginn: 10:04 Uhr

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Meine Damen und Herren, ich eröffne die heutige Sitzung und begrüße Sie alle ganz herzlich.

Zunächst einmal zu den Erkrankungen: Erkrankt sind die Kolleginnen Ines Strehlau und Dr. Marret Bohn. -Wir wünschen ihnen an dieser Stelle gute Besserung!

(Beifall)

Dann haben wir Beurlaubungen in der Landesregierungsriege. Ministerpräsident Albig, die Ministerinnen Heinold und Spoorendonk sowie der Minister Studt sind beurlaubt und haben auswärtige Bundestermine wahrzunehmen. Das ist vom Ältestenrat so genehmigt.

Meine Damen und Herren, bitte begrüßen Sie mit mir auf der Tribüne Schülerinnen und Schüler der Gemeinschaftsschule Kronshagen und des Gymnasiums Altenholz. - Seien Sie herzlich willkommen im Schleswig-Holsteinischen Landtag!

(Beifall)

Das Plenum hat sich verständigt, den TOP 45, Bericht zur Metropolregion Hamburg und zur bilateralen Zusammenarbeit Schleswig-Holsteins und Hamburgs in der Wirtschafts- und Verkehrspolitik, ohne Aussprache zu behandeln. Die Reden werden zur Protokoll gegeben. Außerdem werden die Tagesordnungspunkte 48, Bericht über die Unterrichtssituation im Schuljahr 2015/2016 und 50/51, Weiterentwicklung des Kinder- und Jugendaktionsplans und der Bericht zur Beteiligung von Kindern und Jugendlichen abgesetzt und in der November-Tagung behandelt.

Damit kommen wir nun zum ersten Tagesordnungspunkt des heutigen Tages. Ich rufe Tagesordnungspunkt 49 auf:

Tierschutzbericht Schleswig-Holstein 2016

Bericht der Landesregierung
Drucksache 18/4689

Ich erteile das Wort dem Minister für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume, Herrn Dr. Robert Habeck.

Dr. Robert Habeck, Minister für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume:

Vielen Dank - Herr Präsident. Sehr geehrte Damen und Herren! Guten Morgen auch von meiner Seite. Der **Tierschutzbericht 2016**, den ich Ihnen hiermit vorstelle und vorlege, ist der zweite Tierschutzbericht, den Schleswig-Holstein seit dem Jahr 2004 gefertigt hat und vorlegt. Der Bericht legt ein Augenmerk auf die Entscheidungen, Projekte und Dinge, die in den letzten Jahren vorgebracht beziehungsweise verändert worden sind. Er beginnt mit einem allgemeinen Einstieg und endet mit der Aufstellung der **Tierschutzgremien**, die wir haben - ich gehe kurz darauf ein, da es wichtig ist, diese Gliederung zu verstehen -:

Wir haben erstens den **Tierschutzbeirat**, der in neuer Besetzung berufen wurde, der in Eigenverantwortung selbst Themen aufrufen kann, sich aber wahrscheinlich und vor allem auf die Tiere und Tierschutzaspekte der Nichtnutztierhaltung konzentrieren wird.

Dann gibt es zweitens die **Ethikkommission**, die mit den Tierversuchen befasst ist und aus sechs Personen besteht. Ihr gehören zwei Mitglieder von Tierschutzorganisationen an. Er begleitet das Genehmigungsverfahren von wissenschaftlichen Tierversuchen und gibt hierzu Empfehlungen.

Drittens gibt es den **Vertrauensmann Tierschutz** in der Landwirtschaft, Herr Schallenger, den wir vor zwei Jahren als bisher erstes und einziges Bundesland aufgrund der Whistleblower-Vorkommnisse im Umfeld der Schlachthofschließung in Bad Bramstedt ins Amt gesetzt haben. Ich danke Herrn Schallenger für die wirklich hervorragende Arbeit, die er hier geleistet hat. Er findet meines Erachtens genau das richtige Maß an Hilfe für die Betroffenen und gleichzeitiger Beratung der Politik in bestimmten Themengebieten.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD, SSW, vereinzelt CDU und FDP)

Viertens gibt es den **Runden Tisch „Tierschutz in der Nutztierhaltung“**, auf den sich der Hauptaspekt meiner Rede konzentriert, nämlich auf den Umgang mit Tieren, die gehalten werden, um deren Produkte - beispielsweise Milch oder Eier - zu verwenden oder gar diese Tiere selbst zu töten und danach zu essen.

Der Bericht geht allerdings auch auf Aspekte ein, die dieses Haus immer wieder in Nebenaspekten beschäftigt haben, beispielsweise den Gnadenschuss für möglicherweise angefahrene Wölfe.

(Minister Dr. Robert Habeck)

Auch Katzenkastrationen sind hier zu nennen oder die Bundesratsinitiative, die Schleswig-Holstein angestrengt hat, um die Nerzfarmen zu verbieten.

Einen fünften Punkt möchte ich hier noch nach vorn stellen, weil er in der Öffentlichkeit zu wenig beachtet wird. Auf der Seite 25 im Bericht können Sie nachlesen, dass deutsche Investitionen beziehungsweise Investitionsförderungen oder Bürgschaften im Ausland zur Errichtung von Tierhaltungsanlagen zwar gegeben werden, aber auch für Anlagen, die nicht den deutschen Standards entsprechen. Es gibt also deutsches Geld dafür, dass im Ausland Hähnchenmastanlagen errichtet werden, die in Deutschland nicht errichtet werden dürfen. Das hat Schleswig-Holstein immer skandalös gefunden. Wir haben das mehrfach auf AMK-Konferenzen angemahnt. Wir haben Teilerfolge erzielt, es ist aber immer noch so, dass die OECD-Richtlinien für die Halteanlagen nicht den Tierschutzvorgaben, die wir hier selbstverständlich zugrunde legen, entsprechen. Das muss dringend geändert werden.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Zum Runden Tisch „Nutztierhaltung“ und einigen anderen Aspekten, die in den letzten Jahren dort verabredet wurden, möchte ich die folgende allgemeine Aussage machen. Der Runde Tisch setzt sich zusammen aus Vertretern der Landwirtschaft, also der Nutztierhalter, des Tierschutzes und der Wissenschaft. Er agiert so, dass er möglichst versucht, einen Konsens zu finden. Dieser Konsens war am Anfang schwer zu erzielen, weil die Interessenlagen natürlich gegensätzlich sind.

Aber in vielen Bereichen gelang es uns ja dann doch. Und sie alle hatten Konsequenzen, die wir dann umgesetzt haben. Ich nenne sechs davon, zum einen den **Landeskodex Schleswig-Holstein zum Verzicht auf das Schlachten hochtragender Rinder** im letzten Trächtigkeitsdrittel. Es heißt Schlachten gravider Rinder, es geht aber im Kern darum, das ungeborene Kalb, das, wenn die Mutterkuh geschlachtet wird, lebendig auf das Fließband fällt, nicht leiden zu lassen. Man hat sich darauf geeinigt, dass im letzten Trächtigkeitsdrittel der Kühe das Schmerzempfinden der Kälber schon so hoch ist, dass ab diesem Zeitpunkt ein Schlachtverbot für diese Rinder greift. Es geht also nicht darum, die Kühe, sondern die Kälber zu schonen, die ansonsten am Schlachtband ersticken würden oder unsachgemäß getötet werden müssten. Damit war Schleswig-Holstein Vorreiter. Dieser Landeskodex ist eingesetzt worden. Er wird kontrolliert. Die

Schlachthöfe melden Befunde, wenn doch Rinder geliefert werden, die im letzten Trächtigkeitsdrittel sind. Wir können davon ausgehen, dass dies umgesetzt wird. Niedersachsen als nächstes großes rinderhaltendes Land hat sich dem angeschlossen.

Zweitens gibt es eine **Vereinbarung zur Gabe von Sedativa und Schmerzmitteln bei der Enthornung von Kälbern**. Sie wissen, dass Kühe in der Regel Hörner haben. Aber Sie finden keine Kühe mit Hörnern mehr, wenn Sie in die Ställe hineingehen. In den ersten 14 Tagen werden die Hornknospen der Kälber ausgebrannt. Man macht es so, dass man das Fell wegschneidet, dann mit einer Art LötKolben, mit einem innen hohlen Stab, die Hornknospen umfasst und aushebt.

(Zuruf SPD: Igitt!)

- Ja, das ist ein Tierschutzbericht!

(Beifall Lars Winter [SPD])

Das wurde früher so gemacht, dass man dafür den Kalbskopf auf einem Teller beziehungsweise einem Brett fixiert hat und ein Seil um den Kopf gewickelt hat, sodass das Kalb den Kopf nicht wegziehen konnte. Das war natürlich sehr schmerzhaft. Wir haben uns nach vielen Debatten darauf geeinigt, dass die Kälber jetzt Sedativa und Schmerzmittel erhalten, sodass sie schlafen, das nicht erleben und auch danach noch betäubt sind. Auch das ist umgesetzt worden. Das gilt jetzt als Maßgabe für den Einzelhandel. Es gibt jetzt die Vorgabe des Einzelhandels, in Zukunft nur noch Milch und andere tierische Produkte von Kühen anzubieten, die bei der Enthornung sediert und betäubt waren.

Als Drittes möchte ich auf das **Töten von Saugferkeln**, also von frischen, jungen Ferkeln, eingehen - tut mir leid. Hierüber fand infolge skandalöser Bilder eine intensive Debatte statt. Ferkel dürfen wie Eintagsküken natürlich nicht nur aus wirtschaftlichen Gründen getötet werden. Häufig werfen Sauen mehr Ferkel, als sie Zitzen haben. Es besteht immer der Verdacht, dass die schwachen Ferkel getötet werden, weil sie zu schwach sind. Die Tötung erfolgt nach allen Regeln, die wir hier haben, so, dass die Ferkel zuerst betäubt werden, und dann erfolgt das Töten durch Blutentzug, das heißt, in der Regel durch Bolzenschuss. Nun stellen Sie sich vor, ein handtellergroßes Ferkel muss mit einem Bolzenschuss getötet werden. - Das geht gar nicht und ist auch keinem Landwirt zuzumuten. Wir haben uns nach vielen Debatten mit den Fachleuten darauf geeinigt, dass in diesem Fall ausnahmsweise der Schlag auf das Ferkel mit einem stumpfen Gegenstand möglich ist. Dann ist das Ferkel betäubt, das

(Minister Dr. Robert Habeck)

Genick quasi gebrochen; das Ferkel muss dann ausgeblutet werden. Das gilt für Ferkel unter 5 kg.

Viertens: Es gibt eine Vereinbarung mit dem Einzelhandel zum **Unterlassen des Kupierens von Schnabelspitzen**. Hühner sind im Grunde kleine, gefiederte Dinosaurier; das wissen Sie wahrscheinlich. Die Schnäbel von Hühnern werden - man muss vielmehr sagen: wurden - regelmäßig kupiert, also mit einem Laserstrahl stumpfgeschnitten, weil die Hühner aufgrund der Haltungsbedingungen aneinander picken und alle anderen Hühner über ein Huhn, das angepickt ist, herfallen. Bei scharfen Schnäbeln würde es also einen Kannibalismus in den Hühnerhaltungsanlagen geben. Das war der Grund für das Kupieren der Schnabelspitzen. Nach vielen Gesprächen haben sich die Halter und die Brütereien dazu bereiterklärt, darauf zu verzichten, und zwar ab dem 1. Januar 2017. Das heißt, eigentlich dürften schon jetzt keine Hühner mit kupierten Schnabelspitzen mehr nach Schleswig-Holstein geliefert werden.

Ein Grund für diese Entscheidung ist, dass in den Schnabelspitzen die Nervenzentren der Hühner liegen. Man muss eben andere Haltungsformen finden, die den Kannibalismus bei diesen Arten ein Stück weit reduzieren.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD, SSW, vereinzelt CDU und Beifall Dr. Heiner Garg [FDP])

Noch zwei Aspekte. - Vor geraumer Zeit haben wir mit den Akteuren, inklusive Bauernverband, eine Vereinbarung zum **Verzicht auf das routinemäßige Schwanzkupieren beim Schwein** getroffen. Schweine haben Ringelschwänze. Weil in der Endmast 20 bis 30 Schweine auf 20 qm gehalten werden und die Beschäftigungsmöglichkeiten für diese hochintelligenten Lebewesen - Schweine sind ja mitunter sogar klüger als Hunde - auf den Vollspaltenböden und den Matten, auf denen sie gehalten werden, nicht besonders ausgeprägt sind, beißen sie sich in die Schwänze. Eitrige, blutige Schweineschwänze können faulen und zu Entzündungen bis ins Rückgrat hinein führen. Dementsprechend werden die Schwänze der Ferkel in den ersten Lebenswochen kupiert, also ein Teil abgeschnitten. Ebenso wie die Schnabelspitzen der Hühner sind auch die Schweineschwänze empfindsame Organe. Sie spielen bei der Rangordnung eine Rolle und lassen Rückschlüsse darauf zu, wie es den Schweinen geht. Deswegen gibt es jetzt eine Vereinbarung, das Schwänzekupieren ab dem Jahr 2017 sein zu lassen. Das ist aber nicht ganz einfach. Man muss die Haltungsbedingungen extrem ändern, die Fütterung

ändern und das Stallklima ändern. Aber wir sind auf einem guten Weg dahin. Ich bin zuversichtlich, dass auch das Ende 2017 aufhört.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Ich weiß nicht, ob ich meine Redezeit überzogen habe, aber ich möchte noch einen Punkt ansprechen. Es geht um die **Haltung von Mastrindern**. Kühe geben Milch, weil sie Kälber bekommen haben. Die Bullenkälber sind in der landwirtschaftlichen Produktion kaum zu verwerten. Die Wertschöpfung erfolgt größten Teils über die Milch und nicht über das Rindfleisch. Deswegen haben die Bullenkälber häufig die schlechtesten Haltungsbedingungen. Sie stehen in den ältesten Ställen, in den dunkelsten Ecken. Ich glaube, Schleswig-Holstein ist das erste Land, das sich mit diesem Thema der Nutztierhaltung beschäftigt. Wir haben am Eunden Tisch „Tierschutz in der Nutztierhaltung“ eine Vereinbarung getroffen, nach der auch bei der Haltung der Bullenkälber und Mastrinder später Haltungsbedingungen eingehalten werden müssen: beispielsweise Platz am Futtertisch, Boxentiefe und, wenn es geht, auch Einstreu.

Man kann sehen, dass, wenn man geduldig an die Sache herangeht und akzeptiert, dass alle Seiten Rechte haben, aber nicht akzeptieren will, dass wir die Tiere den Ställen anpassen, sondern will, dass wir langsam wieder dazu übergehen, die Ställe den Tieren anzupassen, Fortschritte möglich sind. - Vielen Dank.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD, SSW und Dr. Heiner Garg [FDP])

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Ich eröffne die Aussprache. Das Wort für die CDU-Fraktion hat der Herr Abgeordnete Heiner Rickers. Sie dürfen nicht nur reden, sondern Sie dürfen sogar 5 Minuten länger reden, denn die Regierung hat die vereinbarte Redezeit um 5 Minuten überzogen. - Bitte schön.

Heiner Rickers [CDU]:

Ich werde mir Mühe geben. - Herr Präsident! Meine sehr geehrten Kollegen! Sehr geehrter Herr Minister, ich bin Ihnen dankbar, dass Sie in einer nicht gekannten Sachlichkeit mit wenig Ideologie Ihren Tierschutzbericht hier vorgestellt haben. Nach zwölf Jahren liegt nun wieder ein Bericht vor, der nun diskutiert wird und von mir, aus der Opposition heraus, ein Stück weit politisch beurteilt wird.

(Heiner Rickers)

Es ist richtig, dass der Tierschutzbericht darauf hinweist, dass es wichtig ist, nach zwölf Jahren mal wieder innezuhalten und darüber zu berichten, wie weit der **Tierschutz in Schleswig-Holstein** gediehen ist und wo es noch Probleme gibt. Der alte Klassenkampf zwischen den Nutzern und den Schützern, den wir vor zehn bis 15 Jahren hier im Parlament noch erlebt haben, ist ein Stück weit begraben worden. Auch dafür möchte ich mich bedanken. Insofern kann ein Tierschutzbericht den Fachleuten und den Nichtfachleuten durchaus dienlich sein. In diesem 50-seitigen Werk kann man nachlesen, wie es um den Tierschutz in Schleswig-Holstein bestellt ist. Das ist wichtig. Auch ich habe beim Lesen dieses Tierschutzberichts etwas gelernt.

Positiv ist - auch das will ich sagen -, dass Sie bei vielen Themenbereichen einen wissenschaftlichen Ansatz gewählt haben. Sie haben auch mal auf die CDU hingewiesen, insbesondere auf die CDU in Niedersachsen, die mit einem Tierschutzplan schon 2011 unter dem damaligen Landwirtschaftsminister Lindemann in genau diese Richtung gegangen ist. Sie haben auch unsere Regierungszeit erwähnt und gesagt, dass wir diesen Runden Tisch „Tierschutz“ ein Stück weit mit auf den Weg gebracht haben.

(Beifall CDU)

Dafür kann ich mich bedanken.

Auf diesen 50 Seiten wird ein Themenstrauß beschrieben: Sie gehen auf das Tierschutz-Verbandsklagerecht, den Runden Tisch „Tierschutz“, die Katzenkastration und das Hundegesetz ein. Sie beschreiben, wie sich Tiertransporte heute in Schleswig-Holstein und Deutschland darstellen, beschreiben die Situation in den Tierheimen und auf den wenigen Pelztierfarmen, die wir in Deutschland noch haben, und erwähnen - das ist positiv; da kann ich mich nur anschließen -, dass es Ihnen gelungen ist, mit Herrn Professor Schallenberg einen Ombudsman für Fragen des Tierschutzes und der Tierhaltung zu installieren, der bei Konflikten zwischen Nutztierhaltern und Gesellschaft vermittelt. Er macht das sogar ehrenamtlich. Er leistet auch aus unserer Sicht eine ganz hervorragende Arbeit.

(Beifall CDU, SPD und Dr. Heiner Garg [FDP])

Auf die Einzelheiten möchte ich nur am Rande eingehen. Richtig ist, dass der **Runde Tisch „Tierschutz“** unter Ihrer Verantwortung gemeinsam beschlossen hat, dass keine tragenden Kühe mehr geschlachtet werden dürfen - das kann man nur unterstützen -, vor allem nicht zur Zeit der Hochträchtigkeit, wenn der Fötus nach aller Wahrscheinlichkeit

- wissenschaftlich bewiesen - durchaus Schmerzempfinden aufweist. Das kann nicht gehen. Es ist bewiesen, dass es schwarze Schafe gab und die Vorgaben nicht hundertprozentig eingehalten wurde.

Das Enthornen ist für mich ein Beispiel dafür, dass man hinzulernen kann. Ein bayerischer Tierarzt, den Sie, Herr Minister Habeck, eingeladen haben - ich würde behaupten: CSU-Mitglied -

(Sandra Redmann [SPD]: Nicht jeder Bayer ist CSU-Mitglied!)

- er hat sich geoutet, Frau Redmann -, hat uns hier in Schleswig-Holstein ein Stück weit aufgeklärt, wie man das Enthornen junger Kälber tierschutzgerechter gestalten, wie man es verbessern kann.

Das Töten von Saugferkeln haben Sie in Breite beschrieben. Dazu gibt es Bilder aus den neuen Bundesländern. Diese zeigen große Mastanlagen, die heute damit kämpfen, dass sie glücklicherweise - so muss ich sagen - durch das dortige Ministerium mit einem Tierhalteverbot versehen wurden. Sie kämpfen dagegen an. Aber die Bilder, die wir von dort gesehen haben, wollen wir nicht noch einmal sehen. Das kann nicht angehen. Deswegen ist auch dort eine andere Vorgehensweise äußerst richtig.

Das Schnäbelkürzen ist bei Hennen und den Puten eine gängige Methode. Dabei hat sich in den letzten 15 Jahren tierschutzmäßig einiges getan und unwahrscheinlich viel verbessert. Heute wird fast nur noch gelasert, sodass das kaum noch eine Belastung darstellt. Aber auch dazu gibt es eine konsensuelle Vereinbarung der Halter, der Nutzer und des Ministeriums, dass man das zukünftig nicht mehr machen möchte und dass man das zukünftig nicht mehr zu machen braucht.

Das Bundestierschutzgesetz - darauf sind Sie eingegangen - sieht vor, dass in einigen Bereichen ab 2019 die sogenannten kurativen Eingriffe nicht mehr erlaubt sein werden. Heute sind sie per Ausnahmegenehmigung erlaubt. Dazu zählen auch das Schwänzekneifen und das Kastrieren von jungen Ferkeln, damit ihr Fleisch, nachdem sie erwachsen und zum Eber geworden sind, nicht diesen Ebergeruch an der Fleischtheke für die Kunden spürbar werden lässt. Dazu gehört aber auch das Schnäbelkürzen. Vier Bereiche haben sie genannt; in zwei Bereichen gibt es keine Lösungen.

Jetzt komme ich zur eigentlichen Kritik. Wir sind kurz auf das Thema „**Schlachthöfe**“ eingegangen. Ich kann mich gut daran erinnern, dass Sie vor dreieinhalb Jahren neu als Minister in Schleswig-Hol-

(Heiner Rickers)

stein einen riesigen medialen Aufriss hatten und wir eine Diskussion auch im Parlament zum Schlachthof in Bad Bramstedt geführt haben. Das ist Ihnen allen bekannt. Es gab fünf Wochen lang eine Sperre. 250 bis 300 Betroffene, die in diesem Betrieb arbeiten, haben mehrfach vor Landeshaus und Ministerium demonstriert.

Diese haben Sie, Herrn Minister, direkt gefragt, ob sie die Arbeitsplätze, in denen sie nach bestem Wissen und Gewissen tierschutzgerecht arbeiten, behalten können oder nicht. Sie fragten auch, ob das gute Arbeitsplätze seien. In dem Moment haben Sie geantwortet: Wir wollen keine **Arbeitsplätze**, die unserem ethischen und moralischen Empfinden nicht entsprechen. Also sind es auch keine guten Arbeitsplätze. Wenn ihr euch nicht verändert, werden es auch keine guten werden. Dann habt ihr eben Pech. Dann seid ihr euren Job los.

(Zuruf Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

- Ich bin dabei gewesen. Die Antwort, eine Entschuldigung, eine Lösung oder einen Hinweis in ihrem Bericht, ob es sich im System wirklich verbessert hat oder ob die betroffenen Betriebe nach wie vor mit einer gewissen Unruhe und Angst leben müssen, dass morgen das Gesetz so oder anders ausgelegt wird, steht aus.

(Zuruf Marlies Fritzen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

- Frau Fritzen, Sie werden mir wieder sagen, ich hätte das System der Gewaltenteilung nicht verstanden. Aber aus unserer Sicht wäre ein Hinweis in diesem Bericht durchaus sinnvoll gewesen.

(Beifall CDU und FDP - Zuruf Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Sie sind vor zwei Jahren mit einem **Tierschutz-Verbandsklagerecht** hier in Schleswig-Holstein gestartet, was bundesweit für Furore gesorgt hat. Sie wissen, dass wir nach wie vor dagegen sind. Warum setzen Sie es nicht um? Warum gibt es bisher so gut wie keine anerkannten Tierschutzverbände? Müssen diese sich bewerben, oder hatten Sie nicht vorher Ideen?

(Zuruf Marlies Fritzen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

In der Diskussion gab es genug Ideen. Nach wie vor haben wir diesen Bürokratiewahn im Hinterkopf. Wir wissen, dass das kontraproduktiv ist. Ich nenne das ein Stück weit Ankündigungspolitik.

Umgesetzt haben Sie das nicht, weil sie wissen, dass das falsch war.

(Marlies Fritzen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Tierschutz-Verbandsklagerecht?)

- Tierschutzverbandsklagerecht! Das ist nach wie vor falsch. Es gibt das Gesetz, aber es sind keine Tierschutzverbände benannt, die tatsächlich klagen dürfen.

(Widerspruch Marlies Fritzen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Also hat der Minister erkannt, dass es falsch war, das Gesetz auf den Weg zu bringen.

(Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Es gibt zwei!)

Unsere Meinung kennen Sie. Das Tierschutz-Verbandsklagerecht lehnen wir ab.

(Marlies Fritzen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das ist nicht eine Frage von Meinung, sondern eine Frage von Wissen an dieser Stelle!)

- Sie dürfen sich gern melden und eine Frage stellen!

(Hans-Jörn Arp [CDU]: Stellen Sie doch eine Frage!)

Herr Minister, auch dabei bleiben Sie uns eine Antwort schuldig.

Zu den **Jägern**: Seit Jahren wird eine Diskussion um tierschutzgerechtes Schießen in der freien Wildbahn geführt. Die Diskussion um bleifreie Munition wurde geführt. In Schleswig-Holstein ist bleifreie Munition seit anderthalb Jahren und damit seit fast zwei Jagdjahren gesetzlich vorgeschrieben. Das ist anders als in anderen Bundesländern und anders als in anderen Mitgliedstaaten der EU.

Wir hätten schon erwartet, dass im Ergebnis auch darauf hingewiesen wird, ob die von Ihnen behaupteten Ergebnisse - keine Defizite beim Tierschutz durch die Jagd mit bleifreier Munition - letztlich eingetreten sind. Wir haben Zweifel daran. Warum haben Sie das nicht in den Bericht geschrieben? Tragen Sie das nach, oder diskutieren Sie das im Ausschuss.

(Vereinzelter Beifall CDU)

Zum **Hundegesetz**: Die Rassehundeliste ist weg.

(Beifall FDP)

Aber hat das eine Verbesserung gebracht? Gibt es in irgendeiner Form, Herr Garg, eine gewisse Vor-

(Heiner Rickers)

sorge? Gibt es die Verpflichtung, dass Hunde, die gekennzeichnet werden, auch registriert werden? Ich könnte also meinen Hund kennzeichnen, brauche ihn aber nicht registrieren zu lassen? Ich kann ihn übermorgen an einen Baum anbinden, und dann kommt er auch ins Tierheim? Das ist nicht hundertprozentig gut gelaufen.

(Oliver Kumbartzky [FDP]: Auf Bundesebene doch geregelt!)

- Das wissen Sie!

(Oliver Kumbartzky [FDP]: Nein!)

Auch zu diesem Punkt gibt es keine Erwähnung im Bericht.

Ein großer Knackpunkt in diesem Bericht sind die **Haustiere**. Sie wissen: Bei 2,8 Millionen Einwohnern in Schleswig-Holstein wird so gut wie kein Wort über Haustiere im Tierschutzbericht verloren.

(Zuruf SPD: Das stimmt nicht!)

Reichen Sie das nach. Diskutieren Sie das im Ausschuss. Verbessern sie das. Treffen sie dazu Aussagen. Denn Sie wissen: Jeder dritte Einwohner von insgesamt 2,8 Millionen Einwohnern hält ein Haustier.

(Zuruf Dr. Heiner Garg [FDP]:)

Dann rechnen Sie hoch, und Sie sehen: Wir liegen durchschnittlich beim Haustierbestand mindestens so hoch wie beim Tierbestand der Nutztierhalter. Auch die privaten Tierhalter erwarten, dass in irgendeiner Form Vorgaben gemacht werden oder Berichte erstellt werden, wie es weitergehen soll.

Also: Bleiben Sie sachlich. Diskutieren Sie mit uns. Dann sind wir dabei. Fachlichkeit vor Emotion!

(Lachen Sandra Redmann [SPD])

Herzlichen Dank, dass Sie mir zugehört haben.

(Beifall CDU und FDP)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Für die SPD-Fraktion hat jetzt Frau Abgeordnete Sandra Redmann das Wort.

(Marlies Fritzen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Jetzt kommt Fachlichkeit! - Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Sachlichkeit mit Emotion! Beides!)

Sandra Redmann [SPD]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die gesellschaftliche Aufmerksam-

keit für einen effektiven Tierschutz ist in den letzten Jahren kontinuierlich gestiegen. Tierschutz hat das Interesse in unserer Gesellschaft, und er ist im Interesse unserer Gesellschaft.

Ich möchte ein bisschen positiver als meine beiden Vorredner - so richtig ich das fand - an den Bericht herangehen.

(Lachen Tobias Koch [CDU] und Christopher Vogt [FDP])

Ich möchte mich an das Publikum wenden. Liebe Schülerinnen und Schüler, es lohnt sich, sich im Tierschutz zu engagieren. Das werde ich gleich darstellen.

Ging es vor einigen Jahren vorwiegend um die Themen „Pelztiere“, „Wildtiere in der Gefangenschaft“ und „Tierversuche“, erfährt der Bereich der landwirtschaftlichen Nutztierhaltung eine immer höhere Bedeutung. Die Frage danach, wie wir mit unseren Tieren umgehen und welche Verantwortung wir ihnen gegenüber haben, wird viel stärker öffentlich diskutiert.

Im Tierschutzbericht 2016 heißt es dazu:

„Die ökonomischen Zwänge und Interessen auf der einen und das Tierwohl auf der anderen Seite geraten zunehmend in Konflikt miteinander.“

- Das stimmt!

Das Bewusstsein der Verbraucherinnen und Verbraucher hat sich gewandelt. Fragt man in der Bevölkerung, welchen Stellenwert das Tierwohl für sie hat, ist die Antwort eindeutig: Man möchte keine Tiere in engen Käfigen und keine Ställe, in denen sich Tiere kaum bewegen können. Trotzdem landet allzu oft das Hühnchen für 1,99 € im Einkaufswagen. Hierbei gibt es immer noch eine hohe Diskrepanz zwischen Wunsch und Wahrheit. Trotzdem: **Tierschutz** ist in der **gesellschaftlichen Mitte** angekommen. Man will sich der Verantwortung bei Nutztieren, Haustieren und Wildtieren stellen.

Das Land Schleswig-Holstein ist sich dieser Verantwortung bewusst und hat in den letzten Jahren viel für den Tierschutz getan. Das schildert der Bericht sehr eindrucksvoll. Im Namen der SPD-Fraktion möchte ich mich herzlich bei Minister Habeck und allen, die am Bericht beteiligt waren, bedanken.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW, Oliver Kumbartzky [FDP] und Dr. Patrick Breyer [PIRATEN])

(Sandra Redmann)

Er zeigt auf, was bereits getan wurde und was zukünftig getan werden muss. Ich schaue nach hinten auf die Regierungsbank und sage: Das ist wirklich ein guter Bericht!

Ich möchte einige Punkte herausgreifen.

Seit 2013 gibt es den Runden Tisch „Tierschutz in der Nutztierhaltung“, der vom MELUR ins Leben gerufen wurde und an dem alle Akteure gemeinsam die Themen konkret angehen. Hinzugekommen ist der schon erwähnte Tierschutzbeirat, der sich um alle tierschutzrechtlichen Belange kümmert. Richtig und gut war die Entscheidung, einen Vertrauensmann „Tierschutz in der Landwirtschaft“ zu berufen. Er ist der Ansprechpartner für alle Angelegenheiten des Tierschutzes, und er wird auch stark in Anspruch genommen.

Viele Punkte, die in diesen Gremien angeregt wurden, sind von der Regierung - zum Beispiel durch Erlasse - aufgenommen worden und werden weiterhin vorangetrieben. Ich kann hier nicht alle aufzählen. Ein Blick in den Bericht lohnt sich. Der Minister hat es ja wirklich sehr detailliert vorgetragen. Ich lasse das einmal weg; denn das wirkt dann ein bisschen blass, glaube ich. Es ist eben gut, sich gemeinsam an den Tisch zu setzen, zu diskutieren und Maßnahmen zu ergreifen. So haben wir es zum **Tierschutz** auch häufig im Parlament gehalten.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, meine erste Rede, die ich im Landtag halten durfte, war zum Thema „Verbot von Pelztierhaltung in Schleswig-Holstein“.

(Martin Habersaat [SPD]: Das was noch in schwarz-weiß! - Heiterkeit - Dr. Heiner Garg [FDP]: Du bist ja heute sehr charmant!)

- Das ist wirklich uncharmant. Kann es dafür eine Rüge geben, Herr Präsident? - Ein Kollege, der sich bestimmt noch gut daran erinnern kann, ist mein geschätzter Kollege Heiner Garg. Wir haben dazu sogar eine gemeinsame Presseerklärung herausgegeben.

(Zurufe SPD: Oh!)

- Wartet einmal ab! Das Besondere daran war, dass er in der Opposition war und ich in der Regierungsfraktion, wie heute übrigens immer noch; tut mir leid.

(Heiterkeit und Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Es ging um eine gute Sache. Schön, dass wir uns auf eine gemeinsame Position einigen konnten. Das stärkt den Tierschutz. Wir haben lange dafür ge-

kämpft. Wenn ich „lange“ sage, dann war es wirklich so. Man muss es sich auf der Zunge zergehen lassen: 14 Jahre später - 14 Jahre später! - hat Schleswig-Holstein eine Bundesratsinitiative zum Verbot der Haltung von **Pelztieren** gestartet, die die Zustimmung der Mehrheit der Länder erhalten hat. Manchmal muss man dicke Bretter bohren, aber es lohnt sich.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW und Dr. Heiner Garg [FDP])

Ich möchte an dieser Stelle ausdrücklich dem Minister danken, der sich in Berlin sehr stark dafür eingesetzt hat. Überhaupt, lieber Robert Habeck, bin ich der Meinung, dass deine Stimme in Berlin durchaus noch ein bisschen mehr Gewicht haben darf.

(Zuruf)

- Wer richtig hingehört hat, der hat es auch richtig verstanden; das hast du wahrscheinlich.

Im Jahr 2015 hat der Landtag das Gesetz zum Tierschutz-Verbandsklagerecht verabschiedet. Tieren eine Stimme geben, das war das Ziel, und es wurde umgesetzt.

Auf Initiative von Angelika Beer wurde das Pilotprojekt gegen Katzenelend initiiert.

(Beifall PIRATEN)

Bis Ende 2015 wurden 7.428 **Katzen** kastriert. Manche Kolleginnen und Kollegen fanden das eher komisch als wichtig, wahrscheinlich, weil sie sich nicht genügend mit diesem Thema beschäftigt haben. Die Regierungskoalition hat das Projekt unterstützt. Die Regierung hat das nicht nur umgesetzt, sondern das Modell wurde 2016 auch weiterentwickelt.

Das **Wolfsmanagement**, übrigens eine Forderung der SPD in der Großen Koalition, haben wir nicht nur auf den Weg gebracht, sondern in der Küstenkoalition ebenso weiterentwickelt. Der Minister hat hierzu eine große Veranstaltung durchgeführt - der Saal platzte aus allen Nähten -, und auch dieses, so finde ich, auf einen guten Weg gebracht.

Verweisen möchte ich nicht zuletzt auf das neue **Hundegesetz**. Da war Oliver Kumbartzky einfach ein bisschen schneller als wir. Das macht aber nichts.

(Beifall FDP)

Wir haben uns zusammengesetzt - in unzähligen Sitzungen übrigens; nicht, Detlef Matthiessen? - und eines der modernsten Hundegesetze in

(Sandra Redmann)

Deutschland daraus gemacht. Darauf können wir stolz sein.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW)

Ich könnte noch vieles aufzählen, das sich auch im Bericht wiederfindet. Wir sind in Schleswig-Holstein in diesem Bereich sehr aktiv, und doch gibt es noch eine Menge zu tun. Das Stichwort „Schlachthof“ ist ja unter anderem gefallen.

Ich möchte nicht schließen, ohne den vielen engagierten Menschen im Tierschutz zu danken. Es ist beeindruckend, wie hartnäckig sie sich einsetzen. Ralf Stegner hat in der letzten Landtagstagung zu einem offenen Büro Tierschutz eingeladen, und so viele sind gekommen. Auch seine Bereisung im letzten Sommer zum Thema Tierwohl zeigt, wie wichtig uns dieses Thema ist. Schön wäre es, auch nach der Rede, lieber Heiner Rickers, wenn die CDU, statt destruktiv zu polemisieren, etwas konstruktiver agieren würde.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW - Zurufe CDU)

- Mein Schnabel ist nicht gekürzt. Ich darf reden, wie ich will.

(Heiterkeit und Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW)

Lassen Sie uns weiter gemeinsam im positiven Sinne für die gute Sache streiten, und zwar mit einer Landesregierung, die sich dieses Themas stark angenommen hat. Die Küstenkoalition jedenfalls freut sich darauf. - Danke.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat jetzt der Herr Abgeordnete Detlef Matthiessen das Wort.

Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr verehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich schließe mich dem Dank meiner Vordrönerin für diesen ausgezeichneten Bericht an. Der Bericht zeigt deutlich, dass diese Koalition von Tierschutz nicht nur am Sonntag milde redet, sondern dass sie für den Tierschutz in Schleswig-Holstein sehr viel getan hat. Die Bilanz kann sich sehen lassen.

Die Bilanz zur Tierschutzpolitik der CDU kann sich nicht sehen lassen. Man sieht sie nämlich nicht, weil das Thema Tierschutz bei der CDU schlicht nicht stattfindet. Dies zeigt im Übrigen der Bericht selber. Der Bericht geht nämlich auf einen Antrag der rot-grünen Koalition in der 15. Wahlperiode, 2003, zurück, unterzeichnet unter anderem von der Kollegin Redmann. Der Landtag hat damals beschlossen, dass es in jeder Legislaturperiode einen Bericht zum Tierschutz geben soll. Jedoch weder in der 16. Wahlperiode - Große Koalition - noch in der 17. Wahlperiode - Schwarz-Gelb - wurde solch ein Bericht vorgelegt.

(Zurufe SPD: Pfui!)

Die CDU, die schwarzen Schweiger beim Tierschutz.

(Zurufe CDU)

Der **Tierschutz** steht seit einigen Jahren als **Staatsziel** im Grundgesetz und genießt auch in Schleswig-Holstein Verfassungsrang. Ich finde es gut, dass der Bericht sich nicht nur mit dem Rechtsrahmen auseinandersetzt, sondern in einem eigenen Kapitel auch die ethischen Grundlagen des Tierschutzes beleuchtet.

Schon in der Bibel - Sprüche 12 - findet man den Grundsatz:

„Der Gerechte erbarmt sich seines Viehs.“

Meine Damen und Herren, auch ich als Tierarzt finde es sehr gut, dass der Schwerpunkt von dieser Landesregierung im Bereich Nutztierhaltung gesetzt wird, weil dort tatsächlich die großen Defizite in der **Tierhaltung** sind. Selbstverständlich gibt es auch viele Tierhaltungen im Privatbereich - Heimtiere und so weiter -, bei denen es möglicherweise Tierschutzdefizite gibt. Aber da ist der Gegensatz zwischen wirtschaftlicher Nutzung und Tierschutz natürlich nicht als geborener Gegensatz vorhanden. Insofern finde ich es richtig, dass sich die Landesregierung des Themas Nutztierhaltung so engagiert widmet.

In unserem Rechtssystem hat das Tier Rechte. Mit dem Gesetz zum **Tierschutz-Verbandsklagerecht** Schleswig-Holstein geben wir dem Tier eine Stimme, damit diese Rechte möglicherweise durchgesetzt werden. Die Auffassung der Grünen ist allerdings, dass ein Tier keine eigene Rechtsperson ist. Darin unterscheiden wir uns von den sogenannten Tierrechtlern.

Diese Landesregierung hat gezeigt, dass sie Tierschutz ernst nimmt. Wie ein grüner Faden zieht sich

(Detlef Matthiessen)

eine Beteiligungskultur durch den Bericht, die alle Interessen sieht und berücksichtigt. Der Tierschutz ist dabei, die Wirtschaftsinteressen der Tierhalter aber auch. Der Runde Tisch „Tierschutz in der Nutztierhaltung“ gibt Empfehlungen zu allen relevanten Themen, bei denen die verschiedensten Interessen Eingang finden. Damit haben wir neben rechtlichen Mindestanforderungen beziehungsweise dem sogenannten metrischen Tierschutz auch eine Grundlage für eine gute fachliche Praxis, die weit darüber hinausgeht. Das mag vordergründig zunächst einmal wenig sensationell klingen. Es bringt aber in der Praxis eine kontinuierliche Verbesserung zum Wohl der Tiere.

Tierschutz, meine Damen und Herren, ist im Wesentlichen Bundesrecht. Daher sind in Bezug auf verbesserte Rechtsetzung die Möglichkeiten des Landtags begrenzt. Allerdings bleibt natürlich die Möglichkeit, über den Bundesrat Einfluss zu nehmen. Dies hat die Landesregierung ja auch getan, etwa beim Thema „Pelztierhaltung“ oder beim Thema „Wildtiere in Zirkussen“.

Die PIRATEN interessieren sich für Feinheiten wie die konkurrierende Gesetzgebung zwischen Bund und Ländern nicht so richtig. Sie fordern gern mehr, Verfassung hin oder her, und werfen uns dann vor, wir würden zu wenig für den Tierschutz tun. Ich erinnere nur einmal an das Beispiel: Tötung von männlichen Eintagsküken. Nach Auffassung der PIRATEN sollten wir das Verbot von Nordrhein-Westfalen sofort übernehmen. Wir haben entschieden, erst einmal abzuwarten, und mussten zur Kenntnis nehmen, dass das Verbot vor Gericht scheiterte. Stellen Sie sich einmal vor, liebe PIRATEN, wir wären Ihnen gefolgt. Liebe PIRATEN, Sofortismus und Verbalradikalismus führen also nicht immer zum Ziel.

Kommen wir zum Projekt der Kastration von **Katzen**. Richtig finde ich die Entscheidung der Projektbeteiligten, sich bei der Fortsetzung des Projekts auf frei lebende Katzen zu konzentrieren. Im Herbst soll eine zweite Kampagne starten. Das ist gut so. Es ist vor allem fachlich besser als die einsame Position der PIRATEN nach dem Motto: Sofort, was gehen mich begrenzte finanzielle Mittel an?

Meine Damen und Herren, ich möchte mich an dieser Stelle auch bei den Kollegen der FDP und der Koalition für die gute Zusammenarbeit beim **Hundegesetz** bedanken.

Die CDU sollte beim Tierschutz von der Bremse herunterkommen. Die Zeit ist reif dafür. Die Mehr-

heit im Land möchte einen anderen Umgang mit Tieren.

Tierschutz ist bei uns Grünen gut aufgehoben. Wir haben gezeigt, dass wir nicht nur Forderungen aufstellen, sondern Verbesserungen auch wirklich durchsetzen können; zwar nicht von heute auf morgen, aber dafür mit Beharrlichkeit und Konsequenz. - Meine Damen und Herren, ich danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Für die FDP-Fraktion hat jetzt Herr Abgeordneter Oliver Kumbartzky das Wort.

Oliver Kumbartzky [FDP]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Auch ich danke natürlich ganz herzlich für den Bericht. Ich finde sowieso, dass allgemeine Tierschutzdebatten diesem Haus guttun. Sie sind auch immer gut. Ich erinnere an die legendäre Diskussion zum Kastrationsantrag der PIRATEN. Aber auch sonst haben wir wirklich weise Beschlüsse gefasst wie zum Beispiel das schon erwähnte Hundegesetz oder auch die Änderung der Verfassung.

Der vorliegende Bericht gibt einen guten Überblick über das, was gemacht worden ist und gemacht wird. Es ist schon erwähnt worden, dass sich ein Artikel auch der Tierethik widmet. Es ist gleich das erste Kapitel. Dort erleben wie eine Zeitreise. Sie beginnt mit dem größten Philosophen der Antike, Aristoteles, und endet beim größten Agrarphilosophen des echten Nordens, Herrn Dr. Habeck.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Sandra Redmann [SPD]: Jawoll!)

Dazu fällt mir ein Zitat von Albert Schweitzer ein:

„Wie die Hausfrau, die die Stube gescheuert hat, Sorge trägt, dass die Türe zu ist, damit ja der Hund nicht hereinkomme und das getane Werk durch die Spuren seiner Pfoten entstelle, also wachen die europäischen Denker darüber, dass ihnen keine Tiere in der Ethik herumlaufen.“

Vielleicht sollten wir uns das einmal zu Herzen nehmen und uns nicht nur der Tierethik, sondern gerade dem praktischen **Tierschutz** in Schleswig-Holstein zuwenden.

(Oliver Kumbartzky)

Das führt mich zur **Landwirtschaft** und zur alten Bauernweisheit: Das Auge des Herrn mäset das Vieh. Klar ist doch: Je engagierter der Landwirt ist, desto besser geht es auch den Tieren. Nach wie vor ist und bleibt der Landwirt selbst die wichtigste Einflussgröße auf das Tierwohl. Deshalb gilt für uns Freie Demokraten: Verbesserungen für die Tiere können nur gemeinsam mit den Landwirten gelingen, niemals gegen sie.

Wir finden deshalb, dass der Weg über Runde Tische wie zum Beispiel der zum Tierschutz in der Nutztierhaltung unter Einbezug aller relevanten Akteure und Verbände ein guter Weg ist, um mehr für den Tierschutz in Schleswig-Holstein zu erreichen. Herr Dr. Habeck, das möchte ich ausdrücklich loben. Die Debatten bei den Runden Tischen sind seitens der Regierung natürlich ernst zu nehmen und abzuwarten, ehe man vor Abschluss schon mit Verordnungen Fakten schafft.

Tierschutz muss im Einklang mit der Landwirtschaft vorangebracht werden. Dazu gehört, den Tierschutz ständig zu überprüfen und an neue gesellschaftliche Entwicklungen und Herausforderungen sowie wissenschaftliche Erkenntnisse anzupassen. Es ist zudem vonnöten, den Tierschutz mit objektiven Kriterien und Indikatoren zu versachlichen. Auch die Beratung und die Fortbildung sind wichtige Bausteine.

(Beifall FDP und Sandra Redmann [SPD])

Ich möchte den landwirtschaftlichen Bereich verlassen und komme zu den **Heimtieren**. Der Schutz von Heimtieren kommt in der öffentlichen Diskussion gegenüber den stetigen Änderungen und Verschärfungen des Rechtsrahmens in der Nutztierhaltung leider oftmals zu kurz. Hier in dem Bericht wird der Bereich erwähnt. Aus unserer Sicht sollte auf eine Verstärkung der Tierschutzbildung und Sachkunde im Zoofachhandel sowie bei den Tierhaltern gesetzt werden. Dieser Aspekt kommt in dem Bericht ein bisschen zu kurz. Diese Forderung stelle ich hier aber auf. Wir sehen beim neuen **Hundegesetz**, das auf Initiative der FDP entstanden ist, worüber ich mich wirklich freue, dass wir das hier mit großer Mehrheit gemeinsam beschließen konnten. Das ist ein großer Schritt nach vorn.

(Beifall FDP und vereinzelt SPD)

Ich finde, dieses Gesetz sollte bundesweit Vorbildcharakter haben, sodass die anderen Bundesländer endlich diese diskriminierenden und überflüssigen Rasselisten abschaffen.

Kollege Rickers, Sie haben gerade noch einmal das Hundegesetz kritisiert. Das ist immer die gleiche Leier, die da kommt, nämlich das Thema Kennzeichnung und Registrierung.

(Beifall FDP)

Man muss immer aufpassen. Wenn man mit einem Finger auf die anderen zeigt, dann zeigt man mit drei Fingern auf sich selbst.

(Beifall FDP und Sandra Redmann [SPD])

In dem Bericht steht auf Seite 42:

„Die Verbraucherschutzministerkonferenz hat sich im April 2016 mit einer Kennzeichnungspflicht für Hunde und Katzen befasst und im Ergebnis die Bundesregierung gebeten, eine Ermächtigungsgrundlage für eine Kennzeichnungspflicht für Hunde im Tierschutzgesetz zu verankern und dies mit einer Registrierungspflicht zu koppeln.“

Das ist Ihre Bundesregierung. Insofern würde ich mir wünschen, dass dieser Beschluss, den Schleswig-Holstein mitgetragen hat, auch bei Ihrer Bundespartei und bei Ihrer Bundesregierung ankommt, sodass wir im Sinne des Tierschutzes eine Registrierungspflicht bekommen.

(Beifall FDP, vereinzelt SPD und Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Darüber hinaus wäre aber noch mehr möglich. Der Regierung scheint hier nicht wirklich viel einzufallen. Aber die FDP hilft Ihnen immer gern auf die Sprünge, gerade wenn es um das Thema Tierschutz geht. Ein Beispiel: Wieso setzen Sie sich auf Bundesebene nicht einmal dafür ein, dass ein Heimtierzuchtgesetz geschaffen wird, um Gesetzeslücken hinsichtlich Zucht, Haltung, Import und Handel mit Tieren endlich zu schließen?

(Beifall FDP)

Auch Regelungen zum Sachkundenachweis von Züchtern könnte so ein Gesetz enthalten. Das ist doch wirklich eine Doppelmoral, wenn für jedes Finanz- oder Versicherungsgeschäft ein Beratungsprotokoll erstellt und dokumentiert werden muss, das lebende Tier aber vielerorts ohne jegliche Beratung zur artgerechten Haltung verkauft wird.

(Beifall FDP und Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Neben einem **Heimtierschutzgesetz**, das übrigens nicht nur für Hunde gelten sollte, sondern auch für Kleintiere, könnte und sollte sich die Landesregierung mehr für die schulische Tierschutzbildung ein-

(**Oliver Kumbartzky**)

setzen. Hier wäre die Einbindung von Tierheimen und anderen Tierschutzzentren als außerschulische Lernorte denkbar.

(Beifall FDP)

Apropos **Tierheime**: Auch den Tierheimen kommt eine besondere und tragende Rolle zu. Aus unserer Sicht sind die stark variierenden Kostenübernahmen durch die Kommunen ein gravierendes Existenzproblem für viele Tierheime. Sollten die Kommunen nicht zu einer vertretbaren Kostenerstattungspraxis übergehen, müsste man wirklich über eine gesetzgeberische Initiative nachdenken und sie zumindest prüfen.

(Beifall FDP und Detlef Matthiessen
[BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Meine Damen und Herren, Tierschutz ist ein gesamtgesellschaftliches Anliegen. Es war - ich erwähnte das bereits und tue es gern noch einmal - ein wegweisender und vor allen Dingen einstimmiger Beschluss des Landtags, den Tierschutz in die Landesverfassung aufzunehmen. Es ist ein bisschen schade, dass das in dem vorliegenden Bericht nicht erwähnt wird. Diese Verfassungsänderung haben wir zu Beginn dieser Legislaturperiode beschlossen. Ich musste ja irgendetwas finden, das in diesem Bericht fehlt. Ich habe tatsächlich etwas gefunden. Im Übrigen werden auch die Nandus und die Biber nicht erwähnt. Auch das finde ich bedauerlich.

(Beifall FDP und Hans-Jörn Arp [CDU])

Ich habe eine Kleine Anfrage zu den Nandus gestellt. Eine Handvoll davon wohnt auch in Schleswig-Holstein.

Meine Damen und Herren, neben dem gesetzlichen Tierschutz ist besonders auf die Selbstverantwortung von Tierhaltern zu setzen. Ich nenne zusammenfassend noch einmal drei Punkte: Aus unserer Sicht ist es vor allem Aufgabe des Landes, einen wirksamen Tierschutzvollzug durch die Veterinärämter sicherzustellen, die Sachkunde von Tierhaltern und Tierzüchtern zu stärken und die allgemeine Tierschutzbildung voranzubringen. Hier ist also noch einiges zu tun. Machen Sie was daraus, Herr Dr. Habeck. Wie heißt es so schön? - Wer wagt, beginnt. - Danke.

(Beifall FDP, vereinzelt CDU und SPD)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Für die Piratenfraktion hat jetzt Frau Abgeordnete Angelika Beer das Wort.

Angelika Beer [PIRATEN]:

Herr Präsident! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Vielen Dank für die Erteilung des Wortes. Ich hoffe, dass meine Stimme das mitmacht. - Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich sage auch den Dank meiner Fraktion der PIRATEN an den Minister. Diesen möchte ich konkretisieren, denn nachher kommt natürlich auch noch Kritik. Dieser Dank gilt insbesondere im Hinblick auf die Definition der **Tierethik**. Sie haben zutreffend geschildert, wie auf der einen Seite Menschen und Tiere immer enger verbunden sind, auf der anderen Seite aber ökonomische Zwänge und das Tierwohl immer stärker in Konflikt geraten. Hier sind die Produzenten und die Verbraucher gefragt und gefordert.

Der Weg von der Geburt des Nutztieres bis hin zum Schlachthof und zur Mikrowelle oder auch zum Milchtopf geht uns alle an. Ich halte es für ein großes Problem, dass der Verbraucher heute, wenn er zu einem Stück eingeschweißten Fleisches oder etwas Ähnlichem greift, überhaupt nicht mehr weiß, welches Elend mitunter damit verbunden ist.

(Vereinzelter Beifall PIRATEN und Sandra Redmann [SPD])

Liebe Kolleginnen und Kollegen, im Sommer 2002 wurde der **Tierschutz** als **Staatsziel** in unser Grundgesetz aufgenommen. Vor diesem Hintergrund ist es unverständlich, dass die Landesregierung nach zwölf Jahren Pause Ende September 2016 endlich den zweiten Bericht vorlegt. Seit 2004 ist das der zweite Bericht.

Werte Kolleginnen und Kollegen, Sie haben es richtig gehört: Zwölf Jahre sind inzwischen vergangen, seit die jeweiligen Landesregierungen dem Parlament einen **Tierschutzbericht** vorgelegt haben. In Anbetracht der Tatsache, dass die Herstellung und Wahrung des Tierwohls einer permanenten parlamentarischen, aber auch gesellschaftlichen Diskussion bedarf, wirft dieses Versagen in entscheidenden Fragen die Frage nach der politischen Verantwortung auf.

Uns fällt zum Beispiel auf, dass dieser Bericht, vorgestern in Form einer Glanzbroschüre veröffentlicht, wie im Herbst 2004 pünktlich zum Wahlkampf, damals von dem grünen Minister Klaus Müller, veröffentlicht worden ist. Dies wirft natürlich die Frage auf, warum die Klaus Müller folgenden CDU-Minister diesen Bericht nicht geliefert haben.

(Beifall PIRATEN)

(Angelika Beer)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, dieser Tierschutzbericht erfreut uns, weil er dokumentiert, dass sehr viele parlamentarische und außerparlamentarische Initiativen auch der Opposition aufgegriffen und teilweise umgesetzt wurden. Ich freue mich sehr darüber, dass wir dies in wesentlichen Bereichen auch zusammen gemacht haben.

(Beifall PIRATEN)

Nicht nur wir PIRATEN freuen uns zum Beispiel insbesondere darüber, dass das Pilotkatzenprojekt - Kastration ist hier ja schon erwähnt worden - jetzt auch ernst genommen wird. Gleichwohl - da sehe ich einen deutlichen Widerspruch zu den Ausführungen des grünen Kollegen Matthiessen, der offensichtlich Bauchschmerzen mit dem Engagement der PIRATEN im Bereich Tierschutz hat -: Wir bedauern, dass dieses Pilotprojekt im Frühjahr ausgesetzt wurde. Dass es jetzt weitergeführt wird, ist gut. Aber wie es weitergeführt wird, halten wir für nicht hinreichend. Wer wirklich Katzenelend und **Katzenpopulation** mit Erfolg bekämpfen will, dem wird dies nur gelingen, wenn auch soziale Aspekte bei diesem Projekt weiter berücksichtigt werden. Es gibt Menschen, die das Geld nicht haben. Zum Schutz des Tieres, aber auch der Flora und Fauna kann man schon - finanzielle Unterstützung gewährleisten, um die Arztkosten zu bezahlen.

Ich halte es auch für falsch, dass sich die zukünftige Projektierung auf frei laufende, wilde Katzen begrenzt. Denn wer weiß schon, ob die Katze ein halbes Jahr, einen Monat, eine Woche oder vielleicht auch nur zwei Tage auf Spaziergang ist.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich muss auch den **Wolf** ansprechen; denn es hat in unserem Parlament sehr beherzte Debatten dazu gegeben. Ich denke, dies hat auch gezeigt, dass sich die Geister scheiden, dass wir aber unter der Vermittlung und in einer sachlichen Diskussion unter Einbeziehung auch der Anliegen der Jäger zumindest ein Ziel geschafft haben, wenn dies auch noch nicht ausreicht, nämlich dass wir uns mit Unterstützung des Ministeriums und der Wolfbeobachter und -betreuer für die Rückkehr und Existenzberechtigung des Wolfs in Schleswig-Holstein entschieden haben.

(Beifall PIRATEN und Burkhard Peters
[BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Das **Hundegesetz** ist angesprochen worden, aber auch ich muss es noch einmal ansprechen. Ich bedanke mich noch einmal für die Initiative der FDP. Inzwischen ist es mit breiter Unterstützung in Kraft getreten. Allerdings können einige diese Hürde noch nicht begreifen. Da kann sich bei der CDU

aber auch noch etwas tun; das haben wir gerade gehört.

Wir hatten in diesem Hundegesetz eine Lücke gelassen, sodass die Kreise und Kommunen einen Weg fanden, die politische Absicht, die Abschaffung der Rasseliste, zu umgehen. Ich danke allen Kolleginnen und Kollegen, die unserem Änderungsantrag zugestimmt haben, um diese Lücke nun wirklich zu schließen.

(Beifall PIRATEN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, über die **Zirkustiere** haben wir mehrmals debattiert, nicht nur wir, sondern auch viele Tierschützer, die engagiert vor den Vorführungen verlangen, dass lebende Tiere nicht mehr zur Bepflanzung der Menschen qua Aufenthalt im Zirkus nicht tiergerecht gehalten werden. Ich finde, da liegt noch ein Stück Arbeit vor uns. Wir wünschen uns, dass nicht nur nicht domestizierte Tiere verboten werden, sondern wir wünschen uns den Zirkus der Zukunft ohne Tiere.

Auch die **Tierheime** möchte ich ansprechen; denn was wären wir ohne die Tierheime? Der Bericht zeigt, dass sie in einer fatalen Situation, in eine katastrophale finanzielle Lage gekommen sind. Aber in den bisherigen Haushaltsentwürfen der Landesregierung ist von der im Koalitionsvertrag versprochenen Entlastung der Tierheime keine Rede mehr. Das ist unakzeptabel; denn die Tierheime übernehmen Verantwortung für hilfeschuchende Tiere und entlasten letztlich Gemeinden, Kommunen und Kreise.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, es fehlt - und daran ändert auch dieser Tierschutzbericht nichts - der politische Wille, das Staatsziel Tierschutz umzusetzen und entsprechend zu finanzieren.

Auch ich möchte Professor Dr. Schallenberger als Vertrauensmann Tierschutz in der Landwirtschaft ansprechen. Er macht dies ehrenamtlich, er hat kein Personal. Dafür macht er einen grandiosen Job. Er ist nicht nur Vermittler, sondern auch Löser von gravierenden Problemen, gerade wenn wirtschaftliche Notsituationen zulasten der Tiere, der Nutztiere entstehen. Dafür möchte ich ihm ganz herzlich danken.

(Beifall PIRATEN, SPD und BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich komme zum Schluss und damit zu dem Hauptanliegen der Piratenfraktion. Obwohl der Tierschutz bis auf einige Debatten zweifellos ernst genommen wird, fehlt es bei der kritischen Sichtweise an einer unabhängigen

(Angelika Beer)

Stelle in unserem Land, die zentraler und dauerhafter Ansprechpartner für Behörden, Tierschutzverbände, Öffentlichkeit und Medien ist und sich mit allen Fragen des Tierschutzes beschäftigt. Die bestehenden Instrumente wollen wir damit nicht kritisieren und nicht abschaffen, sondern wir wollen sie verstärken.

(Beifall PIRATEN)

Für die vielen tierschutzrechtlichen und tierschutzethischen Fragen außerhalb der Nutztierhaltung, wie zum Beispiel den Heimtier- und Wildbereich, die Tierversuche oder die sich zuspitzenden Probleme in der Pferdehaltung, existiert derzeit kein unabhängiger Ansprechpartner.

Aus diesem Grunde hat sich der Runde Tisch Tierschutz der PIRATEN, der seit Beginn dieser Legislaturperiode tagt, am Welttierschutztag am 4. Oktober mit breiter Beteiligung für die Einsetzung eines **unabhängigen Tierschutzbeauftragten** in Schleswig-Holstein ausgesprochen.

(Beifall PIRATEN)

Wir wollen endlich das, was andere Länder längst machen: Hessen, Baden-Württemberg, Berlin, Saarland, Niedersachsen und ab 1. Januar auch Brandenburg. Seien wir doch so mutig und nehmen Tierschutz nicht nur in den Mund, sondern praktizieren wir ihn!

(Beifall PIRATEN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, der wieder eingesetzte Beirat - lange geschlafen - hat eben keine Kompetenzen, ist nur ein Beirat, und das reicht nicht aus.

Ich möchte mich zum Schluss ganz herzlich bei allen hier bedanken, die immer wieder Konsens suchen, auch wenn wir ihn nicht immer finden, allen Engagierten im Land, die den Tierschutz auch ehrenamtlich nach vorne treiben, und möchte am Ende noch ein Beispiel für unser Anliegen für einen unabhängigen Tierschutzbeauftragten unterstreichen.

Es gibt Menschen, die für die Pferdeklappe Nothilfe e.V. in Schleswig-Holstein rein ehrenamtlich arbeiten und auf Spenden angewiesen sind. Notpferde, die nicht mehr gehalten werden können, die krank sind, die ärztliche Kosten verursachen werden, auch anonym aufgenommen, um sie zu retten und ärztlich zu versorgen. Das zeigt, dass wir wirklich ein Riesendefizit haben und dass wir auch unter sozialen und Tierschutzaspekten eine unabhängige Stimme brauchen, die frühzeitig sagt: „Ach-

tung! Wir müssen handeln! Achtung! Politik, du musst handeln!“ Denn oft reagieren wir zu spät.

Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall PIRATEN)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Für die Abgeordneten des SSW hat jetzt Herr Abgeordneter Flemming Meyer das Wort.

Flemming Meyer [SSW]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Auch ich möchte mich bei dem Minister und vor allem bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für die Erstellung dieses ausführlichen Tierschutzberichts bedanken. Aus dem Bericht geht ja deutlich hervor, wie umfangreich die verschiedenen Aspekte des Tierschutzes sind. Zudem gibt er einen guten Überblick über die erreichten Fortschritte und wichtigen Maßnahmen, die bei uns im Land in den letzten Jahren ergriffen wurden. Ich denke, das, was wir im Bereich des Tierschutzes leisten, kann sich durchweg sehen lassen.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Der **Tierschutz** ist heute ein wichtiger gesellschaftlicher Bestandteil. Die Einstellung zum Tier und der Umgang mit Tieren haben sich verändert. Vielen Menschen ist es heute nicht mehr egal, wie mit unseren Tieren umgegangen wird. Es ist den Menschen nicht mehr egal, wie Tiere gehalten, wie sie transportiert oder wie sie gekennzeichnet werden. Hier hat sich der Blick auf die Tiere in den letzten Jahrzehnten gravierend geändert. Damit sind auch die gesellschaftlichen Erwartungen an den Tierschutz gestiegen. Diese Haltungen, aber auch die neuen wissenschaftlichen Erkenntnisse wurden über die Jahre von der Politik aufgegriffen. Entsprechend wurde beispielsweise auch das Tierschutzgesetz auf Bundesebene geändert und den Anforderungen der heutigen Zeit angepasst.

In Schleswig-Holstein haben wir im Januar 2015 das Gesetz zum **Tierschutz-Verbandsklagerecht** verabschiedet. Damit haben wir erreicht, dass anerkannte Vereine als Kläger gegen bestimmte tierschutzrelevante Genehmigungen, Erlaubnisse und Anordnungen Rechtsbehelfe einlegen können. Dies entspricht der Staatszielbestimmung des Artikels 20 a des Grundgesetzes, und letztendlich wurde eine rechtliche Schiefelage hiermit geradegerückt. Heute stellen wir fest, dass vonseiten der Vereine sorgsam und verantwortungsbewusst mit diesem In-

(Flemming Meyer)

strument umgegangen wird. Ich muss ganz ehrlich sagen: Nichts anderes haben wir erwartet.

Anfang des Jahres haben wir das Hundegesetz für Schleswig-Holstein auf den Weg gebracht. Auch ich möchte mich für diese Initiative der FDP, aber vor allem auch für die sehr konstruktive Zusammenarbeit bedanken.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dort haben wir unter anderem die Rasseliste gestrichen, weil sie bestimmte Hunde aufgrund ihrer Rasse diskriminiert. Aber auch andere Aspekte des Tierschutzes wurden in das Hundegesetz aufgenommen.

Erwähnen möchte ich ausdrücklich den **Runden Tisch Tierschutz in der Nutztierhaltung**, der 2013 vom MELUR ins Leben gerufen wurde. Dort werden in regelmäßigen Abständen und in einem breiten gesellschaftlichen Dialog Tierschutzthemen erörtert. In verschiedenen Arbeitsgruppen gehen Fachleute den unterschiedlichen Fragen des Tierschutzes nach. Die Ergebnisse des Runden Tisches werden vorgelegt und münden zum Beispiel in gemeinsamen Vereinbarungen oder Erlassen, die dann vom Ministerium weiter verfolgt werden.

Die Arbeit des Runden Tisches ist ein hervorragendes Instrument, um die Aspekte der Nutztierhaltung von allen Seiten zu beleuchten, sowohl unter fachlichen und ökonomischen, als auch ethischen Gesichtspunkten. Dieser breit angelegte Dialog gibt neue Einblicke und schafft in gewisser Weise auch Verständnis für die andere Seite. Dort werden Themen des Tierschutzes zielorientiert abgearbeitet. Gerade die Nutztierhaltung steht bei Fragen des Tierschutzes immer wieder im Fokus der Öffentlichkeit. Umso mehr ist es für alle Beteiligten von Bedeutung, dass dieser Dialog geführt wird. In diesem Zusammenhang sehe ich auch die Ernennung von Professor Dr. Schallenberg als **Vertrauensmann für Tierschutz in der Landwirtschaft**.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Durch die Errichtung dieser Funktion wurde sozusagen eine Anlaufstelle für jedermann geschaffen, die sich mit Angelegenheiten des Tierschutzes in der Nutztierhaltung befasst. Laut Bericht wurde Professor Dr. Schallenberg bereits im ersten Jahr seiner Tätigkeit rund 500 mal in unterschiedlichster Form angesprochen und ist daraufhin auch aktiv geworden. Alle tierschutzrelevanten Fragestellungen wurden aufgearbeitet. Diese Zahl verdeutlicht die

Notwendigkeit einer solchen Anlaufstelle. Professor Dr. Schallenberg gebührt außerordentlicher Dank für seinen enormen Einsatz.

(Beifall SSW, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Angelika Beer [PIRATEN])

Tierschutz ist eine gesellschaftliche Aufgabe mit einem breiten und umfangreichen Spektrum. Dieser müssen wir uns immer wieder stellen, um eine Verbesserung des Tierschutzes zu erreichen. Es ist auch notwendig, dass ein entsprechendes Verständnis dafür vorherrscht. Deshalb begrüße ich die unheimlich aktive Rolle, die unsere Landesregierung einnimmt, um auf allen Ebenen eine Sensibilisierung für den Tierschutz zu erreichen. Das macht sie unheimlich gut. - Jo tak.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Die Fraktionsbeiträge sind abgeschlossen. Wir kommen jetzt zu den individuellen Dreiminutenbeiträgen. Das Wort hat Frau Abgeordnete Eka von Kalben.

(Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Wir haben ja auch noch Restzeit!)

Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Lieber Herr Minister, liebe Mitarbeiter des Ministeriums, auch ich danke Ihnen sehr für diesen Bericht. Ich habe diese Debatte verfolgt und hatte das Gefühl: Alle loben den Bericht, alle hier im Haus sind sich im Grunde einig, dass sie für Tierschutz sind und dass es wichtig ist, da voranzukommen. Das ist ausdrücklich zu begrüßen.

Aber wenn ich mir die Umfragen von Verbraucherinnen und Verbrauchern angucke und auch das Verhalten vieler junger Menschen, die mittlerweile sagen: Ich esse vegetarisch oder vegan oder wenn überhaupt Fleisch, dann nur Bio-Fleisch, dann glaube ich, dass wir bei dem Thema noch einen Schritt weiterkommen müssen. Die meisten Menschen fangen an, ihre Ernährung immer mehr ohne Tiere zu planen. Das kann für ein Land, in dem viele Menschen von der Landwirtschaft leben, nicht richtig sein. Sie, Herr Kumbartzky, sagen für die FDP, Sie seien auch eine Tierschutzpartei, was ich gut finde und gerade im Bereich Hunde und Katzen durchaus auch nachvollziehen kann. Aber wenn Sie sagen, Sie setzen in erster Linie nur auf den Landwirt,

(Eka von Kalben)

(Christopher Vogt [FDP]: Wir können nicht nur Hunde und Katzen! - Weitere Zurufe)

- da können wir gern einen Faktencheck machen, das haben Sie so geäußert -, dann glaube ich, dass das insofern schwierig ist, als die heutige Landwirtschaft - das will ich nicht dem einzelnen Landwirt zuweisen - in ihrer heutigen Struktur einfach auf größer, schneller, weiter, immer mehr zu produzieren ausgerichtet ist.

Das führt dazu, dass Kühe heute im Vergleich zur Zeit von vor 20 Jahren zwei- oder dreimal so viel Milch produzieren. Das ist natürlich nicht gesund. Ich glaube, das System, dass Landwirte und Landwirtinnen immer mehr auf **Produktionssteigerung** ausgerichtet sein müssen, weil sie sonst nicht überleben können, ist ein falsches System. Wenn wir da nicht herankommen, können wir noch so viel über Kupieren oder Schnabelkürzungen oder sonst etwas reden, dann werden wir nie eine Tierhaltung erreichen, die halbwegs Tierschutz gewährleistet. Deshalb glaube ich, dass diese Debatte wichtig ist: Wie ändern wir die Struktur der Landwirtschaft, damit die Tiere auch zu ihrem Recht kommen? - Danke schön.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Beratung.

Es ist beantragt worden, den Bericht der Landesregierung Drucksache 18/4689 dem Umwelt- und Agrarausschuss zur abschließenden Beratung zu überweisen. Wer so beschließen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das ist einstimmig.

Wir kommen zu Tagesordnungspunkt 24:

Schleswig-Holsteins Infrastruktur instand halten - Bürgern das Melden von Schäden erleichtern

Antrag der Fraktion der PIRATEN
Drucksache 18/4726

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das ist nicht der Fall. Ich eröffne die Aussprache.

Das Wort für die Piratenfraktion hat Herr Abgeordneter Uli König.

Uli König [PIRATEN]:

Vielen Dank, Herr Präsident. - Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Die **digitale Strategie** der Landesregierung bleibt noch an

vielen Stellen im Nebulösen. Wir als Piratenfraktion haben deswegen einen digitalen Kompass aufgestellt.

(Beifall PIRATEN)

Wir haben viele Maßnahmen hineingeschrieben, die sich leicht und einfach umsetzen lassen. Es ist vielleicht jetzt nicht der große Jahrhundertwurf, aber es sind viele Sachen, die man schnell umsetzen kann. An dieser Stelle möchte ich Ihnen eine vorstellen, die uns - so glaube ich - durchaus nach vorne bringt.

Das wirklich einfachste Mittel, um jedem Bürger die digitale Revolution im Alltag vor Augen zu führen, ist zu zeigen, dass digital nicht kompliziert sein muss. Es ist im vorliegenden Antrag beschrieben: ein anonym oder pseudonym nutzbares Internetportal, um Bürgern das Melden von Schäden zu erleichtern oder kurz gesagt: ein **digitaler Mängelmelder**.

(Beifall PIRATEN)

Die Infrastruktur in Schleswig-Holstein ist insgesamt in einem mäßig guten Zustand. Herr Arp, wir haben schon öfter darüber debattiert.

(Hans-Jörn Arp [CDU]: Schön, dass wir uns da einig sind!)

Viele Beschwerden gehen täglich bei den Fraktionen, bei den Parteien, bei den Ämtern oder bei den Behörden ein. Doch was geschieht denn, wenn jemand einen Missstand aufzeigt? Was passiert damit? - Hier herrscht völlige Intransparenz. Keiner weiß eigentlich so richtig, ob die Beschwerde oder der Mangel, die aufgezeigt wurden, überhaupt an der richtigen Stelle eingegangen ist. Oder man wird von Pontius zu Pilatus geschickt und gibt irgendwann entnervt auf, weil niemand zuständig sein will. Hat man endlich die richtige Stelle zur Meldung des Mangels gefunden, so kann man sich immer noch nicht sicher sein, dass der Meldung wirklich nachgegangen wird oder ob sie nicht in irgendeinem Aktenstapel verschwindet.

(Zuruf Beate Raudies [SPD])

Mit unserer Idee eines anonymen oder pseudonymen Mängelmelders sind die Probleme Vergangenheit. Denn egal, ob wild abgeladener Müll zum Beispiel im Projensdorfer Gehölz, eine defekte Toilette in der Regionalbahn zwischen Itzehoe und Niebüll oder das Schlagloch im Umkreis von Nusse, das der Kollege Vogt immer anprangert - all diese Missstände können über dieses Portal gemeldet und unkompliziert hochgeladen werden.

(Uli König)

(Beifall PIRATEN - Zuruf Peter Eichstädt [SPD])

Sie haben sogar die Möglichkeit, dazu ein Foto zu machen, und über die GPS-Koordinaten gibt es dann auch keine Verwirrung, wo der Mangel genau sein soll. Sie können das einfach dokumentieren.

(Christopher Vogt [FDP]: Sie haben auch keinen Geländewagen wie Eichstädt! - Heiterkeit und Zurufe)

Mit der Nachverfolgungsfunktion können weitere Schritte der jeweiligen Eingabe nachvollzogen werden. - Herr Vogt, Sie können dann gucken, ob das Schlagloch noch da ist oder ob es weggemacht wurde. Oder Sie können sich einen Geländewagen kaufen. Es gibt auch die Möglichkeit, wenn wir die pseudonyme Funktion verwenden, dass man Rückfragen an den Einsender stellt: Wie meinst du das? Ich habe nicht richtig verstanden, wie das geht.

(Unruhe)

Die Bürger bekommen dadurch eine noch viel engere Bindung an die Region, in der sie wohnen. Außerdem ist das Erfolgserlebnis sofort gegeben, wenn jeder sehen kann, dass mit der Eingabe des Problems der Weg zur Lösung in Gang gesetzt wird oder dass es eine stimmige Erklärung gibt, warum man in diesem Fall nichts machen kann.

Meine Damen und Herren, als Vorsitzender des Petitionsausschusses erlebe ich es sehr häufig, dass Bürger auf uns zukommen und einen Mangel anprangern. Manchmal können wir den Bürgern helfen, manchmal können wir ihnen aber auch nur erklären, warum etwas so ist, wie es ist, und weshalb das nicht behoben wird. Damit ist nicht jeder Bürger glücklich, aber oft gibt es einen Aha-Effekt, und die Leute sagen: Ach so, ja, okay, gut, das kann ich verstehen, dann bin ich beruhigt. - Auch diesen Effekt kann ein Mängelmelder haben.

(Beifall PIRATEN)

Es gibt bereits **kommerzielle Modelle**. Die sind allerdings nicht datenschutzkonform. Wir PIRATEN sind daher für eine anonyme oder pseudonyme Eingabe des Mangels. Denn es ist für den Mangel vollkommen irrelevant, wer die Person ist, die ihn gemeldet hat. Dadurch haben wir die Möglichkeit, das System flächendeckend in ganz Schleswig-Holstein für jede Kommune auszurollen und jede Kommune zu berücksichtigen, die sich beteiligen möchte.

(Beifall PIRATEN)

Wir brauchen hier dringend ein einheitliches System, das mit den Kommunen zusammen entwickelt

wird und nicht gegen die Kommunen. Wir sehen im Bereich des Katastrophenschutzes, wie es nicht geht. Wir haben mehrere **Katastrophenschutz-Apps**, die Kat-App und die NINA-Warn-App. Da werden bestimmte Bereiche nicht abgedeckt. In Schleswig-Holstein gibt es überhaupt keine lokalen Meldungen auf der Katastrophen-Warn-App. Manche ältere Mitbürger lassen sich von diesen Apps täuschen, fallen darauf herein. Zum Beispiel hat der Kollege Kubicki hier in der letzten Tagung berichtet, was er für tolle Warn-Apps bekomme. Der Kollege Kubicki hat leider nicht mitbekommen, dass er nur Warnungen aus Berlin und Rheinland-Pfalz kriegt; aber er fühlt sich jetzt sicher.

(Beifall PIRATEN)

Noch schlimmer ist es in Bayern: Da funktioniert die Kat-Warn-App zum Beispiel im Kreis Würzburg, aber in den Nachbarkreisen Schweinfurt, Main-Spessart und Kitzingen gibt es keine Warnung.

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Kommen Sie bitte zum Schluss.

Uli König [PIRATEN]:

Ich komme zum Schluss, Herr Präsident. - Wenn wir einen Mängelmelder installieren wollen, dann müssen wir dafür sorgen, dass wir ein einheitliches System haben. Mit einem einheitlichen System haben wir eine Win-win-Situation. Alle gewinnen. In Rheinland-Pfalz funktioniert das schon. Die Rückmeldungen der Bürger sind sehr gut.

Lassen Sie uns das auch hier machen. Das bringt unser Land voran. - Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall PIRATEN)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Für die CDU-Fraktion hat der Abgeordnete Hans-Jörn Arp das Wort.

Hans-Jörn Arp [CDU]:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Das Schöne ist: Wenn ich nach dem Kollegen König komme, brauche ich nicht erst das Pult zu verstellen.

(Heiterkeit und Zurufe)

- Ich kenne meine Stärken, das unterscheidet uns, Herr Stegner.

(Hans-Jörn Arp)

Lieber Kollege König, um es vorwegzusagen: Eine Petzer-App brauchen wir nicht. Wir haben super Verkehrsmeldungen bei R.SH und NDR, die klappen. Wir haben Navigationsgeräte. All das, was Sie gern haben wollen, ist schon da. Es gibt aus unserer Sicht keinen Bedarf.

In der letzten Wirtschaftsausschusssitzung haben Sie bei der Meldung zu den Brückenzuständen gesagt, das sei so etwas für Feinschmecker - wenn ich das richtig erinnere. Um an den Tagesordnungspunkt von eben anzuknüpfen: Das ist eher etwas für Tierfutter, was wir hier heute vorgefunden haben. Ich sage Ihnen deutlich: Wir brauchen das nicht, wir lehnen das ab. Denunziantentum wollen wir nicht fördern. Das erreichen Sie damit aber.

Rein menschlich schätze ich Sie, und viele von Ihnen werde ich in diesem Haus nächstes Jahr vermissen, aber auf Ihre Anträge, wenn sie so sind wie dieser, können wir gern verzichten. - Herzlichen Dank.

(Beifall - Uli König [PIRATEN]: Hast du den Antrag gelesen? - Unruhe)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Für die SPD-Fraktion hat Herr Abgeordneter Kai Vogel das Wort.

Kai Vogel [SPD]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Es kommt selten vor, dass ich mit dem Kollegen Arp einig bin. Ich rede ja häufig nach ihm. Ich muss zwar jedes Mal das Pult hier hochstellen, aber das, was du gesagt hast, lieber Hans-Jörn, stimmt in diesem Fall absolut.

(Beifall SPD und CDU)

Sehr geehrter Herr Kollege König, ein bisschen Verwaltungserfahrung wäre für Sie einmal ganz hilfreich.

(Vereinzelter Beifall SPD und CDU)

Den Eindruck zu erwecken, es passiere nichts, wenn irgendwo Schäden vorhanden seien, jetzt kommen die PIRATEN, machen ein Foto, und danach löst sich alles in Wohlgefallen auf - in welcher Welt leben Sie, Herr König?

(Beifall SPD und Volker Dornquast [CDU])

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten König?

Kai Vogel [SPD]:

Das tue ich gern. Ich habe mit meiner Rede noch nicht einmal richtig angefangen und habe ihn schon motiviert. Ich bin gespannt, Herr König.

Uli König [PIRATEN]: Vielen Dank. - Ich möchte gern darauf hinweisen, dass es nicht darum geht, dass nichts passiert. Da würden wir der Verwaltung unrecht tun. Wenn ich mich eben ungenau ausgedrückt habe, bitte ich um Entschuldigung.

Das Problem ist, dass die Verwaltung arbeitet, dass nach außen aber nicht immer sichtbar ist, dass Mängel behoben werden, und dass es nicht immer ein Feedback gibt, dass der Sache nachgegangen wird. Das heißt, es ist nicht unbedingt erkennbar: Wurde etwas getan, wurde nichts getan, und - wenn nichts getan wurde - warum wurde nichts getan? Gibt es dafür vielleicht gute Gründe?

- Danke für den Hinweis. Wenn Sie gleich meiner Rede folgen, werden Sie merken, dass es sehr fantasievoll ist, wie Sie Verwaltung gestalten wollen. Sie können nicht davon ausgehen, dass ich jetzt an der Förde entlanglaufe, einen Müllbeutel finde und knipse und die E-Mail unmittelbar danach - ich weiß gar nicht, wo - im Bereich der Landesregierung eingeht.

(Christopher Vogt [FDP]: Umweltministerium! - Zurufe)

- Da der geschätzte Minister Habeck gleich sprechen wird, vermutlich im Umweltministerium. Dort sitzt dann garantiert ein Mitarbeiter, der für unser kleines Land zuständig ist und die gesamten E-Mails vernünftig steuert.

(Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Chefsache! - Weitere Zurufe - Wortmeldung Uli König [PIRATEN])

- Herr König, das macht für mich keinen Sinn. Insofern verzichte ich auf eine weitere Anmerkung. Sie können gern einen Dreiminutenbeitrag leisten. Ich möchte meine Rede fortsetzen.

(Wolfgang Baasch [SPD]: Der muss noch ein paar Müllbeutel fotografieren! - Heiterkeit und Zurufe)

Das ist ein typischer Piratenantrag nach dem Motto von Pippi Langstrumpf: Ich mache mir die Welt, wie sie mir gefällt. - Keine Sorge, ich singe jetzt nicht wie Frau Nahles damals.

(Kai Vogel)

(Christopher Vogt [FDP]: Dafür sind wir sehr dankbar! - Beifall SPD)

Es klingt ja alles so einfach, eine kaputte Schaukel auf einem Spielplatz, ein mit einem Aufkleber beklebtes Schild, ein Schlagloch in einer Straße - der Bürger macht ein Foto und sendet es anonym an eine Mängelstelle, und das Problem ist gelöst. Nutzerfreundlich am besten mit einer App.

Doch so einfach ist es eben nicht. Sogenannte **Mängelmelder** gibt es viele im Internet. Einzelne Städte bieten diese an, es gibt einen Mängelmelder von Rheinland-Pfalz, und es gibt einen pauschalen für ganz Deutschland.

Es ist sinnvoll, hier genauer hinzuschauen. Herr König, ich habe nach Ihrer Rede den Eindruck, dass Sie das nicht getan haben. Man schaue sich einmal einzelne gemeldete Mängel bei dem bundesweiten Mängelmelder www.maengelmelder.de an. Es wurden zum Beispiel ein paar Müllsäcke in einer größeren Stadt in Nordrhein-Westfalen gefunden. Der Ablauf klappt problemlos: Mängel gemeldet am 4. März 2012. Am 5. März wird von der Stadt gemeldet, dass das Ganze in Bearbeitung sei. Bereits am 5. April wird dieser Mangel als behoben gemeldet, aber nicht im Jahr 2012, sondern erst vier Jahre später, im Jahr 2016. Glauben Sie, dass der Bürger damit zufrieden ist oder sich ernst genommen fühlt bei dieser Mängelmelder-App?

Sie verweisen des Weiteren auf den Mängelmelder des Landes Rheinland-Pfalz. Das haben Sie auch eben getan. Ich weiß nicht, ob Sie einmal geschaut haben, wie viele Kontaktdaten es da gibt.

Es gibt vier Kommunen, die daran teilnehmen, zwei Städte und zwei Amtsgemeinden sind dort gelistet. Rheinland-Pfalz hat vier Millionen Einwohner, und die rheinland-pfälzische Mängelmelder-App bezieht sich auf etwas mehr als 80.000 Einwohnerinnen und Einwohner. 2 % der gesamten Bevölkerung von Rheinland-Pfalz können auf diese landesweite Mängelmelder-App zurückgreifen.

So weit wie Rheinland-Pfalz sind wir in Schleswig-Holstein übrigens ebenfalls. Wenn Sie sich auf einigen Homepages umschauen, werden Sie feststellen, dass es kommunale Mängelmelder gibt. Es gibt einen kommunalen Mängelmelder beim ADFC in Elmshorn, es gibt einen in meiner Heimatstadt Pinnberg, es gibt einen der Stadtwerke Schleswig. Auf Sylt gibt es auch einen.

(Unruhe)

Es gibt einzelne Mängelmelder. Vielleicht geht es im Augenblick eher darum, ein **Netzwerk** der ein-

zelnen Kommunen zu erstellen. Dann würde Ihr Antrag vielleicht mit Leben gefüllt werden. Aber aktuell ist das definitiv nicht so. Landesmängelmelder erwecken beim Bürger den Eindruck, ihm würde unmittelbar geholfen werden. Nur in Schleswig-Holstein sind die Kommunen darauf im Augenblick nicht vorbereitet. Hier würde - das habe ich zu Beginn gesagt - den PIRATEN eine kommunalpolitische Verwurzelung guttun. Baumwurzeln, die die Radwege hochdrücken, müssen von der Kommune vor Ort gelöst werden.

Wenn Sie eine Kommune mit einem Hinweis auf einen Mangel ansmsen und den Hinweis erhalten: „Danke für den Hinweis, der Haushalt unserer Kommune lässt leider keinen Spielraum zu, diese Straße zu sanieren“, ist der Bürger nun zufrieden, oder lasse ich die Kommune im Regen stehen, wie der Kollege Arp sagte?

Weil wir als Landespolitik entschieden haben, dass jeder Bürger einen Mangel melden darf und er unmittelbar bearbeitet werden muss - was löst das bei der Kommune aus? Beseitigt sie den Mangel, steht die Kommune gut da, tut sie es nicht, hat sie den Spott und den Schaden. Die Aufgabe, alle Kommunen in Zugzwang zu bringen, sehe ich definitiv nicht in der Landespolitik.

Es ist sicherlich ein guter Ansatz für das kommende Kommunalwahlprogramm, diesen Mängelmelder als Ziel für die Gemeinden und Städte aufzunehmen. Aber den Kommunen durch die Landesregierung vorschreiben zu lassen, wie die Schadensverwaltung zu organisieren ist, liegt fernab der Strukturen, die wir hier in Schleswig-Holstein haben.

Alles in allem wäre ein Mängelmelder für ganz Schleswig-Holstein sicherlich ein nützlicher Begleiter. Allerdings muss dies meiner Meinung nach erst von den Kommunen organisiert werden. Vielleicht sollten wir uns in einer der kommenden Legislaturperioden dieses Problems annehmen. Aktuell lehnen wir diesen Antrag ab. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall SPD und FDP)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Meine Damen und Herren, bitte begrüßen Sie mit mir auf der Tribüne teilnehmende der Paritätischen Freiwilligendienste Schleswig-Holstein und Schülerinnen und Schüler des Gymnasiums Altenholz. - Seien Sie uns herzlich willkommen im Schleswig-Holsteinischen Landtag!

(Beifall)

(Vizepräsident Bernd Heinemann)

Das Wort für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat der Herr Abgeordnete Dr. Andreas Tietze.

Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Lieber Kollege König, auch ich habe mich im Vorfeld dieser Debatte einmal mit diesen Mängelmeldern im Internet beschäftigt. Der Kollege Vogel hat es schon angedeutet. Die Internetseite in Rheinland-Pfalz kann man nun wirklich nicht als digitale Revolution bezeichnen. Sie haben vergessen zu erwähnen: Insgesamt sind zehn Meldungen aufgeführt, vier Kommunen machen mit. Gemeldet wurde eine Mülltüte am Straßenrand. Einer hat gemeldet: Es stinkt im ländlichen Raum. Wahrscheinlich wurde gerade gedüngt. Auch da fragt man sich, welcher Mangel in das Netz kommt.

Ihr Ansinnen, das dahintersteckt, finde ich gar nicht so schlecht. Die Frage ist, wie es am besten erreicht werden kann. Ich darf Ihnen sagen: Ich selbst habe zehn Jahre in einem Kreistag, in einer Kommune gearbeitet. Da geht es um das Thema **Bürgernähe**, also die Fragen: Wie kommen die Beschwerden und das, was Bürger an Mängeln aufgefallen ist, tatsächlich in die Parlamente hinein? Wenn Sie einmal eine Bürgersprechstunde in einer Gemeinde mitgemacht haben - Sie als Piratenpartei sind auch auf kommunaler Ebene unterwegs -, werden Sie feststellen, dass sich Bürger, wenn es wirklich um Mängel geht, wenn sie wirklich etwas auf dem Herzen haben, wenn irgendetwas schief läuft, an ihre kommunalpolitischen Vertreter wenden. Da gibt es nämlich so etwas wie ein Telefon. Da ruft man an. Da trifft man den Kommunalpolitiker auf dem Markt. Da spricht man miteinander. Dann werden diese Dinge ausgetauscht. Das finde ich auch richtig.

Es ist auch eine unserer Funktionen in der Politik, nahe am Bürger dran zu sein. Der Bürger ist einer Situation, in der er durch die komplexen Verfahren, von Bürokratie gerade in der ehrenamtlichen Politik Menschen trifft, die ihm zuhören, die Zeit haben und die sich um diese Dinge kümmern. Ich finde das viel besser als über eine Internetseite, die anonym ist, die über das ganze Land gezogen wird.

Ich finde es nicht in Ordnung, lieber Herr Kollege König, dass Sie das Thema **Diskriminierungsfreiheit** so einfach unter den Tisch fallen lassen. Es gibt tatsächlich noch eine ganze Anzahl von Menschen, die nicht unbedingt mit Smartphones und im

Internet unterwegs sind, und die auch bezüglich der Frage der Mängel einen Ansprechpartner brauchen. Deshalb ist die Lösung, die Sie anbieten, die Sie als digitale Revolution bezeichnen, nur auf eine ganz spezielle Gruppe ausgerichtet. Ob die nun gerade mit dem Smartphone dies machen?

Meine Kinder gehen nicht mit dem Smartphone durch die Gegend und fotografieren Mängel. Sie gehen durch die Gegend und fotografieren interessanterweise folgende Dinge. Es gibt eine App auf Sylt. Wenn Sie eine Muschel oder ein Tier finden, können sie dies fotografieren und einstellen. Das ist eingebunden in den Nationalpark Wattenmeer. Es gibt eine ganze Reihe von Leuten, die das machen, weil sie Lust haben, etwas Positives, etwas Interessantes zu posten, das neugierig macht. Der Mangel bei dem hier vorgeschlagenen ist die Abwärtsspirale. Wir führen gewissermaßen nur Schlechtes auf. Ich finde es besser, wenn man andere Dinge als diese Mängelliste in das Internet hineinbringt.

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Herr Abgeordneter Dr. Tietze, erlauben Sie eine Zwischenbemerkung des Herrn Abgeordneten König?

Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Eigentlich wollte ich das nicht tun. Aber eine lasse ich zu. Bitte.

Uli König [PIRATEN]: Eine. Zu gütig! - Ich glaube, Sie haben unseren Antrag nicht richtig verstanden.

(Zuruf: Doch!)

Es geht nicht darum, Kommunalpolitikern die Telefone abzustellen und die Bürger aus den kommunalen Sprechstunden rauszuwerfen, sondern darum, einen neuen Kanal für diejenigen zu eröffnen, die keinen so direkten Draht zu den Kommunalpolitikern oder nicht die Zeit haben, zu einer Bürgersprechstunde zu kommen. Es soll die Öffnung eines weiteren Kanals sein.

Für die Leute, die kein Smartphone, kein Tablet, kein Internet, keinen Rechner haben, können weiterhin direkt ihre Kommunalpolitiker ansprechen und direkt zu den Bürgersprechstunden kommen.

(Beifall PIRATEN)

(Dr. Andreas Tietze)

Das nimmt ihnen niemand. Wir haben überhaupt nichts dagegen. Da sind wir doch bei Ihnen. Wir wollen einen neuen Kanal aufmachen, ähnlich wie Sie es in den letzten Jahren zum Beispiel mit der allgemeinen Behörden-telefonnummer 115 geschaffen haben. Da haben Sie eine Nummer, die Sie wählen können, und damit Sie erreichen alle möglichen Behörden in Schleswig-Holstein.

(Beifall PIRATEN und Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Wenn Sie das so schlimm finden, schaffen Sie sie bitte wieder ab!

- Lieber Kollege König, Sie sagen gerade, wir haben eine Nummer für alles, 115. Das ist doch super. Warum brauchen Sie dann noch dieses Internetportal? Das ist ja doppelt gemoppelt. Das Beispiel zur Bürgernähe, das Sie bringen, zeigt doch wirklich, dass man - -

(Zuruf Uli König [PIRATEN])

- Nur weil Sie als PIRATEN sich für das Thema Internet allmächtig zuständig fühlen, muss das Thema Internet nicht immer die Lösung aller Probleme sein. Ich finde, dass die Behördennummer 115 sehr bürgernah ist und genau das erreicht, was Sie erreichen wollen.

Wenn das, was Sie postulieren, so erfolgreich ist, wenn damit das Rad neu erfunden worden wäre, wären diese Internetportale im Netz ja voll. Aber wenn es ein Portal gibt, das seit vier Jahren läuft, vier Kommunen mitmachen, zehn Mängel gemeldet werden, sage ich Ihnen: Ich sehe an dieser Stelle überhaupt keinen Erfolg. Die Leute haben etwas Besseres zu tun, als diese Dinge ins Internet zu stellen.

Lieber Herr Kollege, im Kern finde ich alles, was zur Bürgernähe beiträgt, gut. Aber das, was Sie hier vorschlagen, geht am Ziel vorbei. Man kann als Internetabteilung des Parlamentes auch mal ins Klo greifen. An dieser Stelle haben Sie es getan. Wir werden dieses Portal nicht unterstützen. - Vielen Dank.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Für die FDP-Fraktion hat der Herr Abgeordnete Christopher Vogt das Wort.

Christopher Vogt [FDP]:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich finde, an dem Antrag kann man schon erkennen, dass heute Freitag ist. Es hat mich ein bisschen an die TV-Sendung „Die Höhlen der Löwen“ - ich weiß nicht, ob Sie sie kennen - erinnert. Da kommt ein junger Mann an und sagt: „Ich habe eine Idee für eine App.“ Herr Kollege König, nachdem ich mir Ihre Rede angehört habe und ich den Antrag dreimal gelesen und versucht habe, zu verstehen, was das eigentlich soll, sage ich: Mich überzeugt das nicht, ich bin raus!

(Heiterkeit - Beifall FDP, CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Vor einigen Jahren gab es das **Schlaglochregister** von Verkehrsminister Meyer, das durchaus bundesweit einen gewissen Bekanntheitsgrad erlangt hat. Das erlebt ein kleines Comeback durch die PIRATEN. Es soll jetzt allerdings alles etwas piratiger daherkommen. Die Bürger sollen die Schlaglöcher zählen, und dann soll das Ganze natürlich digital sein. Ich finde, das ist so ein bisschen Instagram für Schlaglöcher.

An dieser Stelle bin ich relativ altmodisch. Ich finde, die vielen Schlaglöcher, die wir im Land haben

(Zuruf Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

- der Kollege Eichstädt fährt mit seinem Geländewagen einfach darüber hinweg -, sollten endlich einmal gestopft werden, anstatt Bilder von ihnen im Internet hochzuladen.

(Klaus Schlie [CDU]: Entfachen Sie keine Neiddebatte!)

Der Kollege Kumbartzky hat in Dithmarschen eine sehr kreative Lösung gefunden. Er pflanzt dort Blumen ein. Das ist auch schön. Allerdings finde ich, diese Löcher sollten einfach mit Asphalt gestopft werden. Es ist die Aufgabe des Staates, der Verwaltung, die Schäden festzustellen und schnellstmöglich zu beseitigen. Herr Kollege König, ich weiß natürlich, dass wir von diesem Ideal - der Staat stellt Mängel in der Infrastruktur fest und beseitigt sie schnellstmöglich - sehr weit entfernt sind.

Der Landesbetrieb für Straßenbau und Verkehr wurde in den vergangenen Jahren massiv heruntergefahren. Herr Conradt hat im NDR noch einmal gesagt, er habe einmal über 2.000 Mitarbeiter im Landesbetrieb gehabt. Jetzt sind es noch rund 1.400. Sie können aber sicher sein, Herr König, dass - zumindest ist das die Rückmeldung, die ich

(Christopher Vogt)

aus dem Straßenbetrieb erhalte - auf den Landesstraßen regelmäßig **Streckenkontrollen** durchgeführt werden.

(Beifall Volker Dornquast [CDU])

Die fahren langsam darüber, gucken sich die Straßen an. Es mangelt nicht an Erkenntnis, dass es dort Schlaglöcher gibt. Es mangelt daran, dass man nicht das Geld hat, sie zu reparieren, und nicht das Personal. Ich glaube, das muss sich ändern.

Was soll diese App bringen? - Ich sehe nicht, dass sie das Problem löst, sondern dass sie das Problem nur verwaltet. Herr Staatssekretär Dr. Nägele hat uns im Finanzausschuss erklärt, dass das Straßennetz jetzt nicht in zehn Jahren, wie es im Straßenzustandsbericht einmal angedeutet wurde, sondern in 15 Jahren saniert werden soll. Ich finde, wo jetzt das Geld durchaus im Haushalt vorhanden ist, sollte man es einsetzen.

Herr Minister, Sie werden ja zu diesem Thema sprechen, aber vorab möchte ich Ihnen eine Frage dazu stellen. Sie werden jetzt **30 neue Planerstellen** und 5 Millionen € für externe Planung bekommen. Aber der Personalabbau im Landesbetrieb soll jenseits der Planungsabteilung weiter fortgeführt werden, obwohl Sie sagten, dass dies kontraproduktiv sei.

Vielleicht können Sie uns da einmal erklären, wie es weitergehen soll. Ich denke, unser Land braucht auch ein vernünftiges **Baustellenmanagement**.

(Beifall CDU und Oliver Kumbartzky [FDP]
- Zuruf Lars Harms [SSW])

- Gerade hereingekommen und schon ein Zwischenruf. So kennen wir das.

Meine Damen und Herren, ich denke, die PIRATEN-Idee klingt im ersten Moment ganz nett, aber sie bringt uns nicht weiter. Deswegen werden auch wir diesen Antrag ablehnen. Ich wünsche Ihnen noch einen schönen Freitag.

(Beifall FDP und Lars Harms [SSW])

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Für die Abgeordneten des SSW hat jetzt der Abgeordnete Flemming Meyer das Wort.

Flemming Meyer [SSW]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Mit dem Infrastrukturbericht der Landesregierung wurde erstmals ein ressortübergreifender Kassensturz gemacht, der die **Sanie-**

ungsbedarfe der bestehenden Infrastruktur im Land deutlich macht.

Ziel der Landesregierung ist es, mit dem Bericht den Sanierungsstau der bestehenden Infrastruktur aufzuzeigen und im Rahmen der finanziellen Möglichkeiten des Landes abzubauen. Viele der dort aufgeführten Probleme sind hinlänglich bekannt, und die Diskussionen um den desolaten Zustand von Straßen, Brücken, Schienen, Schultoiletten, Sport- und Spielplätzen oder der undichten Kanalrohre sind nicht neu.

Diese Diskussionen werden auf allen politischen Ebenen landauf und landab geführt. Es ist egal, ob es sich dabei um kommunale oder landeseigene Infrastruktur handelt. Für alle gilt gleichermaßen: Das Vermeidbare wurde immer wieder herausgezögert und nicht verhindert. Damit sind die Berge über die Jahre stetig gewachsen, und trotzdem wurden sie immer nur weiter vor sich hergeschoben. Das Problem ist also längst erkannt, und wir wissen, wo die Defizite sind. Es gilt nun, sie geordnet anzupacken.

Mit dem vorliegenden Antrag fordern die PIRATEN die Landesregierung nun auf, in Abstimmung mit den Kommunen ein zentrales und landesweit anonym nutzbares Instrument einzurichten, um den Bürgern eine Plattform zu geben, auf der sie Schäden oder Defizite melden können.

(Dr. Patrick Breyer [PIRATEN]: So ist es!)

Diese Meldungen sind geografisch zu kennzeichnen, können mit einem Foto versehen werden und sollen so an die zuständige Stelle weitergeleitet werden. Zudem soll der Stand der Bearbeitung öffentlich einsehbar sein.

(Beifall Dr. Patrick Breyer [PIRATEN])

Zugegeben: Im ersten Moment wirkt der Antrag der PIRATEN wirklich modern und innovativ. Moderne Medien sollen dabei zum Einsatz kommen, und die Verwaltung wird damit auf kürzestem Wege über den Zustand ihrer **Infrastruktur** informiert. Was hier so raffiniert und bürgerfreundlich klingt, verdeutlicht für mich wieder einmal das enorme Misstrauen der PIRATEN gegenüber Politik und Verwaltung.

(Beifall SSW, SPD und vereinzelt CDU)

Ich frage mich, was gegen das persönliche Gespräch mit den Kommunalpolitikern, den Bürgermeistern oder der Verwaltung spricht. Warum soll der Meldevorgang anonym sein? Offen gesagt stört mich die **Anonymität**. Was wir nicht brauchen, ist die Entwicklung hin zu einer Denunzianten-App.

(Flemming Meyer)

(Beifall SSW, SPD und Dr. Andreas Tietze
[BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Die PIRATEN begründen ihren Antrag damit, dass entsprechende Meldungen häufig daran scheitern, dass sich zuständige Ansprechpartner in der Verwaltung nicht finden lassen und die herkömmlichen Wege aufwendig sind. Gleichzeitig setzen sie aber voraus, dass meldewillige Bürger eine Internetseite im Netz finden können, den Schandfleck auf einer Karte haargenau markieren und gegebenenfalls die anonyme Meldung zusätzlich mit einem Foto versehen können.

(Uli König [PIRATEN]: Flemming, du hast doch auch so ein Smartphone!)

Das passt für mich nicht zusammen. Die Forderung, die Meldung und den Stand ihrer Umsetzung öffentlich einsehbar zu machen, ist mit einem enormen **Verwaltungsaufwand** verbunden. Was sich hier so geschmeidig anhört, ist aber eben nicht im Vorbeigehen getan.

(Beifall Lars Harms [SSW])

Im Gegenteil, die Pflege einer solchen Internetpräsenz und das kontinuierliche Aufdatieren der Sachstände sind mit erheblichem Mehraufwand verbunden. Anstatt die zuständigen Bearbeiter mit Sachstandsberichten zu überbürden, sollten sie lieber ihre eigentliche Arbeit tun; denn dafür werden sie bezahlt.

(Beifall SSW, vereinzelt SPD und Beifall Volker Dornquast [CDU])

Der vorliegende Antrag der PIRATEN wird nicht dazu beitragen, Schäden oder Mängel im Bereich der öffentlichen Infrastruktur schneller zu beheben. Er ist mit erheblichem Mehraufwand verbunden und begünstigt eine Meldekultur hier in diesem Land, die ich so nicht haben möchte. - Jo tak.

(Beifall SSW, SPD und Volker Dornquast [CDU])

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Nach den Fraktionsmeldungen der Sprechenden kommen jetzt die Einzelmeldungen, die Dreiminutenbeiträge, und zwar zunächst von Dr. Patrick Breyer.

Dr. Patrick Breyer [PIRATEN]:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Es tut mir leid, nach der heutigen Debatte

feststellen zu müssen, dass hier jedes Verständnis für Bürgernähe und digitalen Wandel fehlt.

(Zurufe: Oh!)

Was haben wir uns nicht alles anhören müssen: Diese Meldungen zu bearbeiten sei zu aufwendig. - Meine sehr verehrten Damen und Herren, wofür hat man denn Geodaten, wenn nicht dazu, um die Meldungen lokal zuordnen und der zuständigen Behörde zukommen lassen zu können? - Das ist doch gerade der Vorteil dieses Melders. Wozu haben wir die Behördennummer 115, wenn es nicht schon heute längst so ist, dass das eine Anliegen auch an die zuständige Behörde weitergeleitet werden soll? Es geht uns doch nur darum, diese Möglichkeit vom Telefonnetz auch in das Internet zu transportieren. Und das muss doch auch im Jahr 2016 möglich sein.

(Beifall PIRATEN)

Sie haben behauptet, in Rheinland-Pfalz würde der Mängelmelder nicht genutzt. Das zeigt für mich, dass offensichtlich die **digitale Kompetenz** bei den Kollegen noch nicht so weit ist. Denn Fakt ist, dass Sie, wenn Sie sich richtig auf dieser Seite auskennen und navigieren, feststellen werden, dass allein seit Juli dieses Jahres, Herr Kollege Dr. Stegner, 50 Meldungen über diese App eingegangen sind, das heißt, über zehn pro Monat. Und das ist keinesfalls ein Beleg dafür, dass diese App nicht genutzt würde.

Damit können auch wichtige Sachen gemeldet werden, liebe Kollegen von den Grünen, dass zum Beispiel Öl ausgelaufen ist. So etwas muss doch schnell behoben werden, damit es nicht weiter einsickert. Oder beispielsweise, dass auf einem Spielplatz ein Netz so alt ist, dass man jederzeit abstürzen könnte. Da könnte jederzeit jemand zu Schaden kommen, und ich vermute einmal, dass eine regelmäßige Begehung nicht so schnell ist, als wenn die Bürger dies melden.

Richtig ist, dass es nicht von allen Kommunen in Rheinland-Pfalz Rückmeldungen über das Portal gibt. Aber passiv werden die Hinweise allemal weitergeleitet. Selbst wenn es für die Landesinfrastruktur genutzt werden würde, dann wäre dies auch schon ein Fortschritt für unsere Landesstraßen, für unsere Landesgebäude, für die Züge, für die wir zuständig sind. Für all diese Dinge macht ein Mängelmelder wirklich Sinn.

Lieber Herr Kollege Vogel, dass die Kommunen so etwas selbst organisieren, wird - so fürchte - Wunschdenken bleiben. Ich meine, dass diese nicht

(Dr. Patrick Breyer)

ohne die koordinierende Funktion des Landes dazu imstande sind. Diese **Behördennummer 115** ist auch nur gekommen, nachdem man von oben diese für notwendig befunden hat.

Liebe Kolleginnen und Kollegen von der FDP, Sie sind doch immer für Bürokratieabbau. Was gibt es Besseres als ein unbürokratisches Mittel, um Schäden zu melden, als wenn man einen einheitlichen Ansprechpartner hat und dies über das Internet abwickeln kann?

(Beifall PIRATEN)

Und warum macht es Sinn, so etwas auch **anonym** melden zu können? - Zum Beispiel, weil es die ganze Meldung vereinfacht, weil ich nicht erst, um eine Meldung abzugeben, meine gesamten Daten angeben muss. Das möchte ich vielleicht nicht oder vielleicht auch deswegen, weil Mitarbeiter der öffentlichen Verwaltung selber solche Sachen nicht in ihrer Funktion, sondern außerhalb dieser öffentlich einsehbar melden möchten.

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Kommen Sie bitte zum Ende.

Dr. Patrick Breyer [PIRATEN]:

Ich komme zum Schluss, Herr Präsident. Wenn sich Bürger digital bei einer Behörde melden, um Mängel anzuzeigen, dass dies ein Misstrauen gegenüber den Behörden sein soll, ist doch gerade absurd, Herr Kollege. Das zeigt doch gerade das Vertrauen, das die Bürger in die Behörde setzen.

Ich beantrage, dass wir unseren Antrag im Wirtschaftsausschuss beraten und die Kommunen dazu befragen und anhören, ob das umsetzbar ist, und wenn ja, wie.

Ich lasse die Zwischenfrage zu, wenn Sie sie stellen möchten.

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Sie haben keine Möglichkeit mehr, irgendwelche Fragen zuzulassen. Ihre Redezeit ist längst abgelaufen.

Dr. Patrick Breyer [PIRATEN]:

Dann tue ich das nicht und bedanke mich.

(Beifall PIRATEN)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Beratung.

Es ist beantragt worden, über den Antrag in der Sache abzustimmen.

(Dr. Patrick Breyer [PIRATEN]: Überweisung!)

Zunächst einmal möchte ich aber den Minister zu Wort kommen lassen.

(Beifall Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Er gibt das nicht zu Protokoll, sondern er wird etwas dazu sagen. Für die Landesregierung hat der Minister für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume, Dr. Robert Habeck, das Wort.

Dr. Robert Habeck, Minister für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume:

Vielen Dank, Herr Präsident. Ich rede in doppelter Vertretung. Zum einen spreche ich in Vertretung des Ministerpräsidenten. Das ist der erste Grund, warum ich mich noch einmal gemeldet habe. Die Staatskanzlei wäre zuständig, wenn dieses Thema - danach sieht es ja nicht aus - diese Sitzung überleben sollte. Dann wäre das Teil der **digitalen Agenda**, und die Staatskanzlei wäre zuständig, nicht das Umweltministerium und nicht das Straßenbaumministerium.

(Jette Waldinger-Thiering [SSW]: Auch nicht das Bildungsministerium!)

Torsten Albig ist im Bundesrat, Stefan Studt, sein Vertreter für Infrastruktur, ist auch im Bundesrat; also rede ich in doppelter Vertretung.

Ich habe mich vor allem noch einmal gemeldet, weil das, was die PIRATEN hier skizzieren, gang und gäbe ist. Ich habe das nicht nachgezählt, würde aber denken, dass im Umweltministerium pro Tag fünf bis zehn Briefe und E-Mails mit Hinweisen auf irgendwelche Mängel eingehen. Meistens sind das natürlich umweltrelevante Mängel. Wenn Öl ausläuft, würden wir das entdecken, Herr Breyer, und zwar nicht 14 Tage später auf digitalem Wege, sondern einfach, weil Leute zum Telefon greifen. Wir erhalten aber auch **Meldungen** über herumliegende Müllbeutel. Dauernd erhalten wir irgendwelche Meldungen. Diese Meldungen werden alle bearbeitet. Man schaut sich diese Meldungen an. Wenn wir zuständig sind, versuchen wir, das Problem zu lösen. Wenn wir nicht zuständig sind, geben wir es

(Minister Dr. Robert Habeck)

weiter an die anderen Ministerien. Erst nach der dritten oder vierten Eingabe sachgleichen Inhalts wird auf Kenntnisnahme umgestellt, wenn der Petent nicht hören will, dass das Problem gelöst ist oder nicht zu lösen ist. Relevante Probleme werden öffentlich kommuniziert. Meistens liest man darüber kurz danach etwas in der Zeitung. Die Bemerkung zu der Unkenntnis der Verwaltung und dem schlechten Ruf der Verwaltung, den Sie hier zu begründen versuchen, will ich so nicht stehen lassen. Das war es schon. - Vielen Dank.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD, SSW, Hans-Jörn Arp [CDU] und Christopher Vogt [FDP])

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Vielen Dank, Herr stellvertretender Ministerpräsident, für Ihren Beitrag.

Meine Damen und Herren, in der Tat ist von der Piratenfraktion eine Ausschussüberweisung beantragt worden. Jetzt wird über den Antrag der Piratenfraktion auf Überweisung an den Wirtschaftsausschuss abgestimmt. Wer für die Ausschussüberweisung ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Das ist die Piratenfraktion. Wer ist dagegen? - Das sind alle anderen Fraktionen.

Jetzt kommen wir zur Abstimmung in der Sache. Wer für den Antrag mit der Drucksachennummer 18/4726 ist, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. - Das ist die Piratenfraktion. Wer ist dagegen? - Alle anderen Fraktionen. Ich schließe den Tagesordnungspunkt.

Wir kommen jetzt zum Tagesordnungspunkt 46:

Bericht - Entwicklung der neu geschaffenen Oberstufen an Gemeinschaftsschulen

Antrag der Fraktion der FDP
Drucksache 18/4426

Bericht der Landesregierung
Drucksache 18/4684

Ich erteile der Ministerin für Schule und Berufsbildung, Frau Britta Ernst, das Wort.

Britta Ernst, Ministerin für Schule und Berufsbildung:

Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Vielen Dank für die Gelegenheit, Ihnen heute über die **Entwicklung unserer Oberstufen**, insbesondere

re der neuen Oberstufen an Gemeinschaftsschulen, zu berichten und darüber zu diskutieren.

Wir beobachten seit Jahrzehnten in Deutschland eine Entwicklung hin zu einer höheren Schulbildung. Dies ist damit verbunden, dass Schülerinnen und Schüler länger im Bildungssystem bleiben und insgesamt **höhere Abschlüsse** erreichen. Wir jedenfalls freuen uns über diesen Trend; denn letztlich bildet er ab, dass vermehrt Jugendliche ihre Potenziale leben können, ihre Talente entfalten können, und das zunehmend unabhängig vom Elternhaus.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Wir unterstützen dies, wir regen dies an, wo wir können, und haben in der Vergangenheit eine Reihe von Hürden abgebaut. Allein unser Schulsystem mit zwei weiterführenden Schulen, an denen alle Abschlüsse erreicht werden können, ist ein Beitrag zu mehr **Durchlässigkeit** und wird von den Schülerinnen und Schülern so wahrgenommen.

Auch der vorliegende Bericht zeigt, dass wir unserem Ziel, mehr Bildungsgerechtigkeit zu schaffen, ein gutes Stück nähergekommen sind. Insgesamt hat sich die Zahl der Schülerinnen und Schüler in den Oberstufen an allen drei Schularten, die zum Abitur führen - die muss man sich natürlich anschauen -, von 2010/11 an deutlich erhöht, und zwar von circa 37.000 im Schuljahr 2010/11 auf circa 45.600 im laufenden Schuljahr.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Im Vergleich zu 2010/11 sind das circa 8.500 Schülerinnen und Schüler mehr, die im laufenden Schuljahr eine Oberstufe besuchen. Das sind circa 8.500 Schülerinnen und Schüler mehr, die ihre Talente entfalten können. Wir finden, das ist eine großartige Entwicklung.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Schaut man sich die Schulformen an, sieht man, dass alle Schulformen ihren Anteil an diesen 8.500 Schülern haben: die Gemeinschaftsschulen mit knapp 4.000 Schülerinnen und Schülern mehr im Vergleich zu 2010/2011, die Gymnasien mit 3.500 Schülerinnen und Schülern mehr und die Beruflichen Gymnasien mit 1.200 Oberstufenschülerinnen und -schülern mehr.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

(Ministerin Britta Ernst)

Diese Bildungsexpansion - das ist es letztlich - ist das Ergebnis größerer Gerechtigkeit und im Übrigen auch eine ökonomische Notwendigkeit; das wird deutlich, wenn wir die gestiegenen **Anforderungen in der Arbeitswelt** im Blick haben.

Wir haben dem Wunsch nach höheren Abschlüssen und höherer Bildung auch durch die Genehmigung weiterer Oberstufen entsprochen. In dieser Wahlperiode sind 17 zusätzlich genehmigt worden. Ein weiterer Antrag liegt auf meinem Schreibtisch. Die Bertha-von-Suttner-Schule in Geesthacht möchte diesen Weg auch gehen. Das prüfen wir gerade sehr sorgfältig.

Unser Ziel ist es, Schülerinnen und Schülern überflüssige Wege und überflüssige Hindernisse zu ersparen. Es ist doch nicht zu leugnen, dass die Fortsetzung des Unterrichts an der Schule, die bereits besucht wird, eine geringere Hürde für einen Oberstufenbesuch darstellt, als wenn dafür die Schule gewechselt werden müsste.

Die gesetzliche Lage ist klar. Sie schreibt vor, dass eine Oberstufe genehmigt werden muss, wenn ein berechtigtes Bedürfnis der Öffentlichkeit gegeben ist. Das liegt vor - so haben wir es definiert -, wenn spätestens im vierten Jahr mindestens 50 Schülerinnen und Schüler dauerhaft in der Einführungsphase sein werden. Wenn dem so ist, muss genehmigt werden. Das haben wir getan und inzwischen 42 Gemeinschaftsschulen mit Oberstufe genehmigt.

Um die Debatten in diesem Lande aufzugreifen: Natürlich haben wir diese zusätzlichen Schülerinnen und Schüler auch bei der Lehrerstellenzuweisung berücksichtigt.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Das heißt, das geht nicht zulasten der Versorgung mit Lehrkräften in anderen Bereichen. Im Gegenteil: Wir haben es sogar geschafft, die **Unterrichtsvorsorgung** generell zu verbessern.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Wenn Sie sich den Bericht anschauen, dann sehen Sie, dass die große Mehrzahl der genehmigten Oberstufen die Hürde locker genommen hat. Ich will gar nicht verschweigen, dass wir uns an drei Standorten noch mehr Schülerinnen und Schüler wünschen. Wir sind aber zuversichtlich, dass es gelingen wird, auch dort dauerhaft über 50 Schülerinnen und Schüler zu haben. Diese Schulen brauchen etwas länger. Ich bin aber sicher, dass das gut gelingen wird.

(Beifall SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich möchte noch ein anderes Thema ansprechen, über das hier schon diskutiert wird. Die neuen Oberstufen bieten eine Profilbandbreite von zwei bis vier Profilen an - das ist gut -, allerdings ist kein sprachliches Profil darunter; das sehen wir auch. Dafür gibt es aber einen ganz einfachen Grund: Nach den Regelungen in Schleswig-Holstein sind für ein sprachliches Profil in der Oberstufe drei Fremdsprachen erforderlich. Die Schülerinnen und Schüler der Gemeinschaftsschulen, die in den Klassen fünf und sechs häufig noch nicht wissen, ob sie eine Oberstufe besuchen werden - das ist auch nicht nötig -, haben sich nicht alle in der Sekundarstufe I für eine zweite Fremdsprache entschieden, sondern ein anderes Fach, zum Beispiel aus dem MINT-Bereich, gewählt, sodass ihnen in der Oberstufe die **dritte Fremdsprache** fehlt. Wir wollen uns das noch einmal genau anschauen; denn wir haben festgestellt, dass es in anderen Bundesländern möglich ist, auch mit zwei Fremdsprachen ein sprachliches Profil zu erlangen. Wir sind insofern etwas strenger als andere Länder, die sich auch im Bereich der KMK-Vorgaben bewegen. Deshalb sollten wir uns diesen Punkt in der nächsten Wahlperiode noch einmal aktiv anschauen. Wir sollten es den Gemeinschaftsschulen im Rahmen der KMK-Vorgaben erleichtern, ein sprachliches Profil anzubieten.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Der Punkt, der uns Sorge macht, ist ein anderer, nämlich die regionale Verteilung von neuen Oberstufen, von Oberstufen generell und damit von Schülerinnen und Schülern, die hohe Abschlüsse erreichen. Wenn wir uns die Daten anschauen, stellen wir fest, dass in Steinburg, Ostholstein und im Lauenburgischen mehr Schülerinnen und Schüler höhere Abschlüsse erreichen als an der Westküste. Ich muss ausdrücklich sagen: Das stellt uns nicht zufrieden. Hier sehen wir Handlungsbedarf. **Bildungsgerechtigkeit** heißt auch: gleiche Chancen in allen Landesteilen Schleswig-Holsteins.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Hier gibt es noch etwas zu tun.

Insgesamt zeigt der Bericht eine sehr, sehr erfreuliche Entwicklung auf. Wir sind zufrieden. Wir haben Hürden beseitigt. Schülerinnen und Schüler und ihre Eltern nutzen das. Das ist ein Beitrag zu mehr Bildungsgerechtigkeit. Wir sind froh, dass wir diesen Weg gegangen sind. - Herzlichen Dank.

(Ministerin Britta Ernst)

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Die Landesregierung hat die vereinbarte Redezeit um 1 Minute überzogen. Das werden wir allen Fraktionen gutschreiben.

Die antragstellende Fraktion ist die FDP-Fraktion. Daher hat jetzt die Frau Abgeordnete Anita Klahn das Wort.

Anita Klahn [FDP]:

Danke für die Minute, Frau Ministerin. - Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Vorweg möchte ich mich beim Ministerium für den Bericht bedanken. Aber ich möchte auch feststellen, dass die Wahrheit aus unserer Sicht etwas anders aussieht. Wir finden, dass dieser Bericht sehr deutlich die Realitätsverweigerung der Regierung aufzeigt.

(Beifall FDP und CDU - Zuruf Dr. Ralf Stegner [SPD])

Alle prognostizierten Probleme sind eingetreten.

Im Fazit heißt es - ich zitiere -, dass „das öffentliche Bedürfnis nach zusätzlichen Oberstufen als gegeben anzusehen ist“, während am Beginn des Berichts beschrieben wird, dass das Schulgesetz zur **Errichtung zusätzlicher Oberstufen** erst geändert werden musste, weil das öffentliche Bedürfnis „eine kaum zu überwindende Hürde“ darstellt.

Die Wahrheit ist also, dass immer ausreichend Oberstufenkapazitäten vorhanden waren. Aus der damaligen Akteneinsicht, die wir gefordert hatten, wurde deutlich, dass sich die Regierung gar nicht die Mühe gemacht hatte, Auswahlentscheidungen anhand belastbaren Zahlenmaterials zu treffen. Ministerin Wende hat uns auf Nachfrage bestätigt, dass natürlich die Zahlen modifiziert wurden.

Also wurden die Oberstufen aus politischen Gesichtspunkten vergeben, oder warum hat Bordes-holm eine Oberstufe bekommen?

(Zuruf Dr. Kai Dolgner [SPD])

In den Akten der Landesregierung wurde Bordes-holm klar als nicht genehmigungsfähig eingestuft.

Warum bekam Lübeck eine weitere Oberstufe, obwohl es schon zehn Oberstufen, sieben an allgemeinbildenden und drei an Beruflichen Gymnasien gab?

Warum haben Hanerau-Hademarschen, Burg und Schafflund dagegen keine Oberstufe bekommen? Warum wurde Sandesneben erst abgesagt und hat dann doch eine bekommen? Verkündet hat das erstmals der Abgeordnete Eichstädt.

(Peter Eichstädt [SPD]: Jawohl!)

Meine Damen und Herren, werfen wir einen Blick auf die aktuellen Zahlen. Von 17 Schulen mit neuen Oberstufen vermelden elf Schulen für das laufende Schuljahr nur knapp 50 Schüler. Es gibt Jahrgänge mit zehn, 14 oder 19 Schülern. Es gibt eine Oberstufe, die insgesamt nicht einmal 80 Schüler hat. Grundschulen in dieser Größenordnung werden geschlossen. Kleine Grundschulkindern machen lange Wege; Jugendliche bekommen die Oberstufe vor die Haustür gesetzt.

(Beifall FDP - Dr. Ralf Stegner [SPD]: Was reden Sie für einen Unsinn! - Weitere Zurufe SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das ist nicht unsere Politik.

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Frau Abgeordnete, gestatten Sie eine Zwischenfrage oder -bemerkung des Abgeordneten Habersaat?

Anita Klahn [FDP]:

Nein, ich möchte gern den Gedanken zu Ende führen.

(Zuruf SPD: Welchen denn? - Dr. Ralf Stegner [SPD]: Da muss erst mal einer entwickelt werden! Unfug! Ganz großer Unfug! - Weitere Zurufe)

Die Zahlen zeigen, dass über die Jahre Schüler abgehen und Jahrgänge schrumpfen. Im Extremfall hat ein Jahrgang zwei Drittel seiner Schüler verloren. Von 31 sind zehn übrig geblieben.

Ein weiterer Blick lohnt sich auf die **Übergangsquoten** aus der jeweils eigenen Schule in die neue Oberstufe. Drei Schulen haben eine Verdoppelung zum Vorjahr erzielt. Erklären Sie mir, welche strukturellen Maßnahmen zu plötzlicher erheblicher Leistungssteigerung der Schüler geführt haben. Im Übrigen wurden an diesen Schulen deutlich die zu niedrigen Schülerzahlen beklagt.

Auch bei den Profilen gibt es Probleme. Wenn man Gemeinschaftsschulen mit Gymnasien vergleicht, schneiden diese schlechter ab. Eine einzige Gemeinschaftsschule hat vier Profile, zehn haben drei Profile, der Rest hat zwei Profile. Keine der neu geschaffenen Oberstufen hat ein **sprachliches Profil**.

(Anita Klahn)

Alle haben eine Ausnahmegenehmigung erhalten. Bildungspolitisch ist das nicht zufriedenstellend.

(Beifall FDP - Martin Habersaat [SPD]: Wie wollen Sie das denn anders lösen?)

Auch die Lehrerressourcen können Sie drehen und berechnen, wie Sie wollen. Wir haben nachweislich kleinere Klassenfrequenzen. Im Bericht steht deutlich: Um alle Fächer abdecken zu können, werden mindestens 10,5 Lehrer mit Fakultas für die Sekundarstufe II gebraucht, außer es würden Ausnahmegenehmigungen erteilt.

Mit der Argumentation, dass kleine Klassen unnötigerweise Lehrerressourcen verbrauchen, schließen Sie kleine Grundschulstandorte, meine Damen und Herren.

(Beifall FDP - Zuruf SPD: Nein!)

- Doch. - Den Kommunen wurden erhebliche Investitionen zur Schaffung der neuen Oberstufen abverlangt, obwohl kein Bedarf bestand. Die dort aufgelistete Summe ergibt 20 Millionen €. Dieses Geld hätte man gut in vorhandene Schulen investieren können, die es dringend brauchen.

(Beifall FDP und Volker Dornquast [CDU])

Andere vorhandene gymnasiale Schulstandorte kämpfen mit den neuen Oberstufen um immer weniger Schüler. Es besteht die Gefahr, dass Investitionsruinen entstehen.

In Bordesholm wurde beispielsweise mit 33 Schülern die Zielmarke deutlich verfehlt. Dort sollen dennoch weitere Investitionen getätigt werden.

(Christopher Vogt [FDP]: Was für ein Zufall!)

Wir finden Investitionen in die Bildungsinfrastruktur gut.

(Dr. Ralf Stegner [SPD]: Wenn es die Gymnasien betrifft!)

Diese sollten bei begrenzten Finanzmitteln auf das Richtige konzentriert werden.

Zum Schluss möchte ich noch auf einige Zahlen aus der Studie zum Thema **Lernmittel** eingehen, die wir anschließend diskutieren werden. Das ist nämlich auch für diesen Tagesordnungspunkt unter dem Aspekt der Nachhilfe interessant. Die Kosten für Nachhilfe an Gemeinschaftsschulen mit Oberstufe liegen im Vergleich zu den anderen Schularten deutlich höher. In der Oberstufe liegen die Kosten sogar mehr als doppelt so hoch wie an den Gymnasien. Auch hierfür trägt die Regierungsko-

alition die Verantwortung. Einerseits verdammt sie den gesamten Nachhilfebereich, während sie andererseits das größte Konjunkturprogramm dafür schafft.

(Zuruf Dr. Ralf Stegner [SPD])

Guter Unterricht muss das Ziel der Bildungspolitik sein - nicht der fortgesetzte Missbrauch unserer Schulen als großes ideologisches Experimentierfeld. Wir brauchen einen Politikwechsel in der Bildungspolitik. Wir von der FDP werden in der Legislaturperiode gerne dafür sorgen.

(Beifall FDP - Dr. Ralf Stegner [SPD]: Mit uns nicht!)

Eines möchte ich noch klarstellen. Wir sind nicht per se gegen Gemeinschaftsschulen.

(Dr. Ralf Stegner [SPD]: Ach nö! Gar nicht!
- Martin Habersaat [SPD]: Nicht per se, aber im besten Fall schon!)

Aber wir haben uns immer dafür ausgesprochen, dass die Gemeinschaftsschulen ein ergänzendes Angebot in der Schulvielfalt sind. Wir hatten ein hervorragendes System. Ich bedaure mehr, als Sie es jemals verstehen werden,

(Lachen SPD - Dr. Ralf Stegner [SPD]: Da haben Sie wohl recht! Sie versteht keiner!)

dass Sie die abschlussbezogenen Klassen nicht mehr zulassen.

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Kommen Sie bitte zum Ende Ihrer Rede.

Anita Klahn [FDP]:

Sie haben nicht begriffen, wie wertvoll die Realschulen gewesen sind.

(Zuruf SPD: Oh!)

Meine Damen und Herren, dieser Bericht macht es deutlich: Sie haben sich verrannt.

(Beifall FDP)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Für die CDU-Fraktion hat die Frau Abgeordnete Heike Franzen das Wort.

Heike Franzen [CDU]:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Frau Ministerin, ich will den Fokus auf die

(Heike Franzen)

tatsächlich neu gebildeten Oberstufen legen. Das war Inhalt des Berichts.

(Tobias Koch [CDU]: Genau!)

Alles, was das verdeckt, werde ich an dieser Stelle außen vor lassen.

Liest man den Bericht der Landesregierung zur Entwicklung der neuen **Oberstufen an Gemeinschaftsschulen**, könnte man meinen, in Schleswig-Holstein sei alles in Butter. Da wird sich die Welt schöngeschrieben. Sachlichkeit hat bei den Textteilen des Berichts nicht unbedingt im Vordergrund gestanden. Dazu will ich nur ein einziges Beispiel herausgreifen. Auf Seite 15 steht - ich zitiere -:

„Viele Gemeinschaftsschulen ... haben eine Ausnahmegenehmigung zum Verzicht auf Einrichtung eines sprachlichen Profils.“

(Anita Klahn [FDP]: Genau!)

Dass es nicht alle sind, hängt mit den Gemeinschaftsschulen zusammen, die vorher Gesamtschulen gewesen sind. Hier wird tatsächlich noch das eine oder andere sprachliche Profil angeboten.

Schaut man sich das Zahlenwerk am Ende des Berichts genauer an, stellt man fest, dass nicht eine einzige der neuen Oberstufen, von denen in diesem Bericht geredet werden soll, die entsprechende Landesverordnung zu den **Pflichtprofilen** tatsächlich erfüllt. Nirgendwo ist ein sprachliches Profil eingerichtet worden.

Ich finde es bedenklich, dass Sie, Frau Ministerin, als Lösung vorschlagen, die Anforderungen an die Profile herabzusetzen, damit dort jetzt entsprechende sprachliche Profile angeboten werden können. Das kann nicht Ziel von Bildungspolitik in Schleswig-Holstein sein.

(Beifall CDU und FDP)

Wir müssen analog zu den Oberstufen an den Gymnasien eine gleichwertige Oberstufe schaffen. Wir können hierbei nicht von den Anforderungen abweichen. Das ist eine Politik, die dem Leistungsgedanken in unseren Schulen komplett widerspricht.

(Zuruf Anke Erdmann [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Alle neuen Oberstufen haben eine Ausnahmeregelung erhalten. Ich bin der Auffassung: Das kann in der Tat nicht im Sinne des Erfinders sein.

Wie sieht die Situation an den neuen Oberstufen tatsächlich aus? - Die Landesregierung sagt - Frau Ministerin, Sie haben das auch gerade ausgeführt -:

Alles ist bestens. Von den 17 neuen Oberstufen schaffen es bisher fünf nicht, die Mindestgröße von 50 in der Einführungsphase zu erfüllen. Eine kommt tatsächlich exakt auf 50, fünf liegen zwischen 50 und 60 Schülerinnen und Schülern. Wir wissen aus den Akteneinsichten, dass auch das Ministerium der Auffassung ist, 60 sei eine gute Größe, damit man dauerhaft zwei Profile sicherstellen kann. Gerade einmal zwei Oberstufen haben mehr als 60 Schülerinnen und Schüler in der Eingangsphase.

Wozu führen diese Zahlen? Hierzu will ich drei Beispiele nennen. Die Schule am Burgfeld hatte 2014 31 Schülerinnen und Schüler in der Eingangsphase. Davon sind in der Qualifikationsphase II noch 19 übrig geblieben. Die Oberstufe in Nortorf hatte 2014 21 Schülerinnen und Schüler in der Eingangsphase. Davon sind in der Qualifikationsphase noch 14 übrig geblieben. In Handewitt waren es 2013 31 in der Eingangsphase, und es sind noch zehn Schülerinnen und Schüler übrig geblieben.

(Tobias Koch [CDU]: Sensationell!)

Das hat natürlich auch mit erhöhten Abbrecherquoten an Oberstufen in Gemeinschaftsschulen zu tun. Ich will die Gründe dafür gar nicht deutlich machen. Aber so etwas muss man bei Genehmigungsverfahren berücksichtigen.

(Beifall CDU)

Das Tollste ist: Alle drei Oberstufen bieten auch noch drei Profile an. Solche **Klassengrößen** würden wir uns für Grundschulen in der Tat alle hier wünschen. Die werden natürlich nicht genehmigt. Aber an einer Oberstufe im 13. Jahrgang kann man es den Kindern nicht zumuten, einen anderen Schulstandort aufzusuchen. Ich finde, das ist wirklich eine skurrile, ideologiegetriebene Bildungspolitik,

(Beifall CDU und FDP)

insbesondere vor dem Hintergrund dessen, dass die **bestehenden Oberstufen** an Gymnasien und beruflichen Schulen sehr wohl die Kapazitäten gehabt hätten, diese Schülerinnen und Schüler aufzunehmen. Das hätte im Übrigen auch einige positive Effekte mit sich gebracht. Es hätte nämlich dann aufgrund höherer Schülerzahlen auch die Möglichkeit gegeben, mehr Profile anzubieten und damit auch den Neigungen von Schülerinnen und Schülern entsprechend entgegenzukommen. Vielleicht hätten wir auch das eine oder andere sprachliche Profil obendrauf bekommen.

(Beifall CDU)

(Heike Franzen)

Meine Damen und Herren, davon einmal ganz abgesehen, haben auch die **Schulträger** ganz schön tief in die Tasche gegriffen. Ich will hier einmal das Beispiel Bordesholm herausgreifen. Bordesholm hat in dem guten Glauben an die Zusagen der Landesregierung bisher 3 Millionen € investiert. Dort sind im Augenblick 33 Schülerinnen und Schüler in der Eingangsphase. Ich finde, Sie haben hier eine sehr hohe Verantwortung gegenüber der Gemeinde Bordesholm, die sich hier auf Ihre Prognosen verlassen und so viel Geld in die Hand genommen hat.

(Wortmeldung Anke Erdmann [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Frau Abgeordnete, gestatten Sie eine Zwischenfrage der Frau Abgeordneten Anke Erdmann?

Heike Franzen [CDU]:

Nein, ich lasse keine Zwischenfragen zu. - Sie werden die Frage erlauben müssen, welche Konsequenzen denn jetzt für diese Schule gezogen werden. Die Antwort auf diese Frage, Frau Ministerin, sind Sie heute schuldig geblieben.

Wir haben als CDU-Fraktion in der Vergangenheit immer wieder auf diese Probleme hingewiesen. Frau Ministerin, Sie selber sagen im Fazit Ihres Berichts, die Kooperation mit bestehenden Oberstufen ist ein Erfolgsmodell. Ich sage: Ja, das ist es, und es wäre die bessere Alternative gewesen, als diese kleinen Oberstufen einzurichten.

(Beifall CDU)

Die Behauptung, dass die Errichtung der **neuen Oberstufen** keine nachteiligen Auswirkungen auf die **Unterrichtsversorgung** allgemein habe, halte ich für kühn und auch für falsch. Wie erklären Sie es sich sonst, dass Ministerin Wende im Jahr 2012 noch verkündet hat, wir haben ein strukturelles Defizit von 1.250 Planstellen? Sie selber wissen, wie viele Planstellen Sie geschaffen haben. Das Defizit ist, obwohl Sie deutlich mehr geschaffen haben, nicht geschlossen worden. Das hat natürlich auch damit zu tun, dass die Oberstufen an den Gemeinschaftsschulen entsprechend versorgt sind. Wir benötigen mindestens 10,5 Planstellen für 14 Fächer.

Ich will noch eine weitere Oberstufe herausgreifen. Das ist die Oberstufe in Nortorf. Wenn wir die 10,5 Planstellen zugrunde legen, dann haben wir dort eine **Lehrer-Schüler-Relation** von 1:14. Das hätten wir auch gern an anderen Schulen.

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Frau Abgeordnete, kommen Sie bitte zum Schluss.

Heike Franzen [CDU]:

Ich komme zu meinem letzten Satz, Herr Präsident! - Mein Fazit, liebe Landesregierung und die sie tragenden Fraktionen, ist: Sie wollten den großen Wurf. Er ist Ihnen jetzt leider auf die Füße gefallen. Stehen Sie dazu, dass jedes Kind die Chance, den höchsten Bildungsabschluss zu erreichen, auch tatsächlich bekommt. Aber dafür brauchen wir keine Mini-Oberstufen, sondern ein gut ausgebautes Oberstufenprofil an unseren Schulen. - Vielen Dank.

(Beifall CDU und FDP)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Für die SPD-Fraktion hat der Fraktionsvorsitzende, der Abgeordnete Dr. Ralf Stegner, das Wort.

(Volker Dornquast [CDU]: Donnerwetter! - Zuruf SPD: Wenn ihr die ganze Zeit über Bordesholm redet, können wir ihn nicht aufhalten!)

Dr. Ralf Stegner [SPD]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Klarheit und Verlässlichkeit, das ist es, was die Schülerinnen und Schüler, die Lehrerinnen und Lehrer und die Eltern brauchen und von der Küstenkoalition auch bekommen.

(Beifall SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Unsere Bildungsministerin Britta Ernst steht dafür. Sie hat das in ihrem Bericht deutlich gemacht. Vielen Dank dafür an sie und an ihr Team!

Die **Verlässlichkeit** gilt übrigens ausdrücklich für alle Schulen, für Grundschulen, für Gemeinschaftsschulen, für berufliche Schulen und auch für die Gymnasien. Das unterscheidet uns von anderen; denn wir stehen zum Schulfrieden. Auf uns ist Verlass. Wir reden über Qualität und geben den Schulen die notwendige Ruhe für gute Arbeit. Bildung hat bei uns wirklich Priorität, und wir reden nicht nur davon.

(Beifall SPD - Zuruf CDU: Das ist nicht Ihr Ernst!)

Dazu gehört auch das Versprechen, jede neue **Gemeinschaftsschule** soll eine **Oberstufe** bekommen, wenn der Schulträger dies mit Zustimmung der

(Dr. Ralf Stegner)

Schulkonferenz beantragt - hören Sie zu, meine beiden Damen, die Sie gerade gesprochen haben: die Schulkonferenz muss das beantragen - und wenn nach der Schulentwicklungsplanung ein Bedarf besteht. Im Rahmen der Planung ist auch über **Kooperationsmöglichkeiten** mit Oberstufen an anderen weiterführenden Schulen oder Beruflichen Gymnasien zu entscheiden. Beides stärkt die Gemeinschaftsschulen und soll mehr Jugendliche zum Abitur führen; so weit der Koalitionsvertrag von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW.

Die Zeitanzeige scheint hier irgendwie nicht zu stimmen, Herr Kollege. Aber das macht ja weiter nichts. Ich beeile mich.

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Sie haben noch fünf Minuten.

Dr. Ralf Stegner [SPD]:

Das ist sehr schön. Das ging mit der Zeit so ein bisschen rauf und runter. - Aber an den Gemeinschaftsschulen wird die gleiche Mathematik gelehrt wie anderswo.

Der Bericht belegt, dass Gebrauch davon gemacht wird. Ich sage Ihnen: Der **Weg zum Abitur** wird mehr und mehr gewünscht. Die Oberstufen der Gemeinschaftsschulen sind ein Teil davon. Aber wir haben überall Zuwächse - das ist sehr deutlich geworden -, bei Gymnasien, bei beruflichen Schulen und auch bei Gemeinschaftsschulen. Es ist doch prima, wenn wir mehr Menschen haben, die zum Abitur kommen können.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Im Übrigen haben die Befürworter der Gemeinschaftsschule das gar nicht als Privilegierung verstanden. Sie haben uns gesagt: Ihr seid viel zu zögerlich beim Ausbau der Oberstufen. - Wir nehmen diese Kritik mit Respekt zur Kenntnis, folgen ihr aber nicht. Richtig ist allerdings auch, dass die Ressourcen natürlich begrenzt sind und wir genau überlegen müssen, wo wir sie einsetzen.

Eine Beschlussfassung des Schulträgers im Einvernehmen mit der Schule und die Feststellung des Bedarfs, das ist der richtige Weg. Natürlich sind demoskopische Prognosen manchmal schwierig. Das gilt übrigens für jede Schulart, nicht nur für die Gemeinschaftsschule. Manchmal entwickeln sich örtliche Zahlen anders. Wir haben an manchen Stellen einen Zustrom von Flüchtlingen; die Schulentwicklungsplanung verändert sich auch.

Aber Sie von der Opposition sagen immer, wir wollen eigentlich etwas ganz anderes. Sie werfen uns vor, dass wir den Jugendlichen die besten **Bildungschancen** geben. Damit können wir gut leben. Wir haben nämlich zu wenige Schüler mit akademischer Qualifikation. Der Anteil der Abiturienten liegt bei uns bei 38,7 %; der Durchschnitt im Bundesgebiet liegt bei 46 %. Wir liegen also deutlich darunter. Die Schülerinnen und Schüler in Schleswig-Holstein sind ja nicht dümmer als in anderen Ländern, sondern im Gegenteil. Insofern, finde ich, sollten wir diesen Weg weiterverfolgen.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Auch Ihr Vorwurf mit dem Billigabitur ist ein Witz; das muss ich Ihnen ehrlich sagen. Sie wissen sehr genau, dass das schleswig-holsteinische Abitur nicht weniger gut ist als das, das man in Baden-Württemberg oder anderswo ablegen kann.

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Hey, hey, hey!)

- Ich kenne Ihre Abiturnote nicht, Herr Kollege Garg. Aber ich habe das Abitur in Baden-Württemberg gemacht. Jedenfalls haben wir hier kein Billigabitur, Herr Kollege.

(Beifall SPD und SSW)

Eines muss ich Ihnen aber ehrlich sagen: Der Kampf gegen die Gemeinschaftsschulen, den viele von Ihnen in der Opposition zu Wasser, in der Luft und zu Lande führen, ist unfair gegenüber den Eltern. Er ist unfair gegenüber den Schülern. Er ist unfair gegenüber den Lehrkräften. Warum bekämpfen Sie die eigentlich? Sie tun es hier im Landtag. In den Wahlkreisen hingegen tun Sie immer so, als seien Sie die Freunde der **Gemeinschaftsschulen**. Das ist scheinheilig, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Übrigens geht meine Fernsteuerung der Gemeinde Bordesholm offenbar bis zum Schulverbandsvorsteher, Herrn Christiansen von der CDU. Ich bin wirklich immer wieder beeindruckt, wie viel Einfluss ich habe, dass ich die dazu kriege, gegen Ihre Überzeugung solche Anträge zu stellen. Ich muss Ihnen ehrlich sagen: Das ist ein richtiger Witz. Ihre konservativen Amtsvorsteher sind schlauer als Sie; denn sie wissen, dass das Chancen für Kinder im ländlichen Bereich bedeutet, wenn wir so verfahren, wie wir das tun.

(Dr. Ralf Stegner)

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Daten und Fakten, muss ich Ihnen ehrlich sagen, sagen etwas anderes. Es ist ja nicht nur so - das finde ich toll -, dass wir stolz sein können auf alle unsere Schulen und auf alle die, die sich da engagieren, Lehrkräfte, Schülerinnen und Schüler, Schulsozialarbeiter, Schulträger. Der Deutsche Schulpreis 2013 ging an die Anne-Frank-Schule in Bargteheide, der Deutsche Schulpreis 2016 an die Freiherr-vom-Stein-Schule in Neumünster. Zu nennen ist auch das bundesweit vorbildliche DaZ-Konzept der Dannewerk-Schule in Schleswig oder der MINT-Preis für die Gemeinschaftsschule Kronshagen. Das sind Beispiele für die gute Arbeit, die überall im Land geleistet wird. Die sollten Sie nicht schlechtreden mit den Tiraden, die Sie ja immer wieder auführen.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Ich nehme an, dass der Bildungsausschuss es gar nicht erwarten kann, sich über diesen Bericht und seine Zahlenanalysen herzumachen. Er ist sorgfältig erarbeitet worden. Ich bedanke mich beim Ministerium dafür.

Lassen Sie mich einmal mit dem Literaturnobelpreisträger sagen: Die Verantwortung für die Gemeinschaftsschulen - it ain't me babe - kann man Ihnen wirklich nicht übertragen. Aber was uns und die Einrichtung von Oberstufen angeht, so sage ich: Don't think twice, it's alright. Die Gemeinschaftsschulen sind auf gutem Wege und haben unsere Unterstützung verdient. - Vielen herzlichen Dank.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW - Klaus Schlie [CDU]: Große Rede!)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Jetzt hat für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Kollegin Anke Erdmann das Wort.

Anke Erdmann [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich fange nicht mit einem Zitat des neuen Literaturnobelpreisträgers an, sondern ich fange mit einem Zitat von Daniel Günther an.

(Beifall CDU und FDP)

Das passt sehr gut, weil Anita Klahn vorhin gesagt hat, alle prognostizierten Ergebnisse seien eingetreten. Jetzt schauen wir uns das einmal an. Die beiden

Hauptvorwürfe lassen sich in einem Zitat von Daniel Günther aus der Sitzung vom 26. September 2013 zusammenfassen: Die Oberstufen kosten allesamt Geld. - Das ist der erste Vorwurf. Ja, das ist der erste Vorwurf, nicht ganz literarisch.

Was steckt dahinter? Meine Damen und Herren, **Bildung** kostet nun einmal **Geld**.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Nicht die Oberstufen kosten Geld, sondern Oberstufenschüler kosten Geld.

(Zurufe CDU)

- Herr Koch, wir gehen jetzt gleich einmal in die Tiefe der Schulfinanzierung, weil Sie die offensichtlich nicht verstanden haben. Wir haben eine Pro-Kopf-Zuweisung. Wenn wir also meinetwegen in der Grundschule einen Jahrgang mit 100 Schülerinnen und Schülern haben, es gibt größere Grundschulen, die haben so viele Schüler - -

(Zuruf Anita Klahn [FDP])

- Frau Klahn, hören Sie zu! Sie haben das nämlich nicht verstanden! - Dann kann der Schulleiter entscheiden: Mache ich vier Lerngruppen à 25 Schüler, oder mache ich fünf Lerngruppen à zwanzig Schüler? Wenn ich also einen Jahrgang habe, der besonders klein ist, dann ist es Aufgabe der Schule, dies auszugleichen. Das ist die These.

Woher kommt jetzt das Geld für die **kleinen Oberstufen**? - Meine Damen und Herren, wir machen keine Lerngruppenzuweisung, wir machen eine Pro-Kopf-Zuweisung. Das sage ich noch einmal für alle. Die These von Herrn Callsen, der damals Fraktionsvorsitzender war, lautete: Es ist ganz klar, das kommt alles von den Gymnasien. Kurzer Faktencheck: Im Jahr 2012 hatten wir an den Gymnasien und Gemeinschaftsschulen eine Unterrichtsversorgung von 96 %. Heute, und das muss Ihr Weltbild wirklich erschüttern, haben wir, potzblitz, eine Unterrichtsversorgung an den Gymnasien von 99 %. An den Gemeinschaftsschulen haben wir eine Versorgung von 98 %, und das ist die Pointe.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Dieses Spiel „meine Schule, deine Schule“ geht hier überhaupt nicht auf. Der Faktencheck ist also klar, diese Vorstellung ist nicht eingetreten.

Dann gibt es die These von Frau Klahn. Frau Klahn sagt: Kleine Grundschulstandorte auf Fehmarn müssen schließen, damit Handewitt eine Oberstufe

(Anke Erdmann)

bekommt. Frau Klahn, es ist eigentlich deutlich geworden: Weil wir kleine Systeme pro Kopf nicht stärker finanzieren als große, ist das ein Problem für kleine Grundschulen, und es ist ein Problem für kleine Oberstufen. Das ist die harte Wahrheit. Ich glaube, das ist vielen Schulträgern vielleicht nicht klar geworden.

Woher kommt das Geld für die 10,5 Planstellen an den Oberstufen? - Dieses Geld kommt aus der Sekundarstufe I dieser Schule, weil man dort sagt: Wir haben hier einen kleinen Jahrgang, den müssen wir mitfinanzieren. Sind die **Schulträger** gezwungen worden, **Oberstufen** einzurichten, wie Sie das suggeriert haben, Frau Franzen? - Das ist nicht der Fall. Das waren Anträge, die gestellt wurden.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Das mag Ihnen nicht gefallen, aber so ist es. Deshalb ist Ihr größter Punkt, dies sei teuer, nicht bezogen auf die einzelne Oberstufe. Logischerweise ist das so, weil wir ja keine Lerngruppenzuweisung machen. Vielmehr bezieht sich dies auf die Schülerinnen und Schüler.

Darauf komme ich jetzt noch einmal, das Zitat von Herrn Günther ging nämlich weiter: Das Schlimmste aber ist: Sie gefährden die Oberstufen von beruflichen Schulen und Gymnasien. Das wissen Sie alle.

Frau Ministerin Britta Ernst hat es gerade sehr deutlich gemacht: Wie war die Entwicklung seit 2010? Mit dem jetzigen Schuljahr gab es einen Zuwachs von 24 % an Schülerinnen und Schülern an der Oberstufe. Ich finde, das ist ein Grund zur Freude. Es ist kein Grund wehzuklagen, dass die Leute länger in die Schule gehen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW9)

Jetzt lautet die Frage: Geht das jetzt zulasten der beruflichen Schulen? Das war die These von Herrn Günther zu **beruflichen Schulen und Gymnasien**. Weiter ist die Frage, ob dies zulasten der Gymnasien geht. Nein. In diesem Zeitraum ist die Zahl der Oberstufenschüler bei beiden Schulformen um 15 % gestiegen. Ich habe extra den doppelten Abiturjahrgang herausgerechnet, damit diese Zahl nicht geschönt ist.

Da liegen Sie also völlig auf dem Holzweg. Es ist gar keine Frage, ich will zugestehen, dass es neue Oberstufen gibt, die Schnellstarter sind, und es gibt neue Oberstufen, die sich etwas mehr Zeit lassen. Das sehen wir auch.

(Zurufe)

- Sie können das aber nicht wegdiskutieren, das haben Sie versucht, Frau Klahn. Auch bei Frau Franzen ist immer dieser Hang zu der Haltung: Damals mit dem **Realschulabschluss** war alles schön. Ich frage: Warum haben wir Schulreformen gemacht?

- Okay, dann nehme ich das zurück. Ich komme zu Frau Klahn. Das ist beides Retro. Sie weinen der Realschule hinterher.

(Zurufe FDP)

Jetzt gucken wir uns doch einmal an: Warum sind so viele Schülerinnen und Schüler an der Oberstufe, auch von der Hauptschule? - Das wissen Sie.

(Anita Klahn [FDP]: Hören Sie doch auch den Lehrern einmal zu!)

- Ja, ich höre auch den Lehrern zu! Möglicherweise aber sprechen wir mit unterschiedlichen Lehrkräften. Frau Klahn, Sie können nicht bestreiten, dass die Bildungsbeteiligung insgesamt steigt. Wir sehen das im U-3-Bereich, und wir sehen das im Sek-II-Bereich. Möglicherweise machen heute viele Leute Abitur, weil sie früher gar nicht die Chance dazu gehabt hatten. Sie hatten das Potenzial, aber sie hatten nicht die Chance. Das ist einer der Gründe dafür, dass heute so viele Leute auf Oberstufen gehen.

Jetzt ist die Frage: Führt dies dazu, dass die **duale Ausbildung** in Deutschland keine Rolle mehr spielt? - Dem ist nicht so. Wir haben einen Fachkräftemangel, das ist ganz deutlich. Aber viele Ausbildungsbetriebe suchen auch Leute mit Abitur. Deswegen ist es gut, wenn Leute länger zur Schule gehen. Ich weiß überhaupt nicht, wo Ihr Schmerz damit liegt. Eigentlich sagen Sie: Es passt Ihnen nicht, dass so viele Leute an den Oberstufen sind. Das ist Ihnen zu teuer.

(Zuruf Anita Klahn [FDP])

- Das ist die Bilanz! Frau Klahn, wollen Sie mir eine Frage stellen? - Nein. Sie haben nicht verstanden, wie die **Finanzierung** von **Schulen** läuft. Deshalb behaupten Sie hier so einen Humbug, Frau Klahn.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Sie tun so, als wären dies die Rufe der Cassandra, die im Bereich der Oberstufen zu hören gewesen seien. Es waren aber die Rufe von vielen Unken, von Oppositionsunken. Nichts ist eingetreten. - Ich wünsche Ihnen ein schönes Wochenende.

(Anke Erdmann)

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW - Unruhe auf der Tribüne - Zuruf: Geht es der jungen Dame auf der Tribüne gut? Ist sie eingeschlafen?)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Für die Abgeordneten der PIRATEN hat Herr Abgeordneter Sven Krumbeck das Wort - -

(Heiterkeit - Glocke Präsidentin)

Meine Damen und Herren, ich bitte Sie, sich auf die Debatte zu konzentrieren und Herrn Abgeordneten Sven Krumbeck zuzuhören.

Sven Krumbeck [PIRATEN]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich fand die Rede von meiner Kollegin Frau Erdmann nicht zum Einschlafen. Vielleicht muntert Sie aber meine Rede ein bisschen mehr auf.

(Beifall PIRATEN)

Mehr **Jugendliche** in Schleswig-Holstein sollen zum **Abitur** ermutigt werden. Das ist ein guter Ansatz, liebe Koalition. Es ist aber auch ein idealer Ansatz. Dass es an der Umsetzung allzu sehr hapert, kann man an Ihrem Projekt sehen. Da zieht sich nämlich eine Bildungsschneise durch Schleswig-Holstein. Vom Herzogtum Lauenburg bis Bad Segeberg verteilen sich die neuen Gemeinschaftsschulen mit Oberstufe nahezu gleichmäßig. Alles, was nördlich davon liegt, wurde bisher eher ignoriert. Sollen die Gemeinschaftsschülerinnen und -schüler oberhalb des Kreises Rendsburg-Eckernförde etwa keine flächendeckende Chance erhalten, die Oberstufe an ihrer eigenen Schule besuchen zu dürfen, liebe Koalition, lieber SSW?

(Vereinzelter Beifall PIRATEN - Beate Raudies [SPD]: Wer ist denn dafür zuständig? Der Schulträger!)

Wo ist das öffentliche Bedürfnis, von dem Sie noch vor drei Jahren ausgegangen sind? Die Unterschreitung der Mindestanzahl von Schülerinnen und Schülern bei den neu geschaffenen **Oberstufen an Gemeinschaftsschulen** zeigt ein anderes Bild. Auch die aktuellen Anmeldezahlen an den neuen Gemeinschaftsschuloberstufen, die die Frau Kollegin Klahn bei der Landesregierung erfragt hat, bestätigen dies. Zwar liegen derzeit nur noch fünf neue Gemeinschaftsoberstufen unter dem Richtwert von 50 Schülerinnen und Schülern in der Einführungsphase, sechs Schulen von insgesamt 17 aufge-

listeten Schulen schaffen es aber geradeso über die Grenze von 50 Schülerinnen und Schülern. Soll das in den nächsten Jahren so weitergehen, nämlich das permanente Kratzen an einer Mindestanzahl? Natürlich muss der **Weg zum Abitur** auch für Schülerinnen und Schüler von **Gemeinschaftsschulen** möglich sein. Je einfacher der Zugang, desto besser ist es.

Der Grundgedanke, ein **Angebot in Wohnortnähe** zu schaffen, ist ein ehrbarer Ansatz. Wenn aber die Oberstufen an Gemeinschaftsschulen so klein sind, dass nicht einmal die geforderte Profilvielfalt angeboten werden kann, und wenn Lehrkräfte von anderen Schulen eingesetzt müssen, um Unterricht überhaupt gewährleisten zu können, dann muss über Ihr Modell noch einmal gründlich nachgedacht werden, liebe Koalition.

(Beifall PIRATEN und vereinzelt CDU)

Statt wahllos neue Mini-Oberstufen zu schaffen, die nur Luxusprodukte darstellen, weil sie wertvolles Lehrpersonal benutzen, sollte man sich lieber darauf besinnen, mehr mit dem RBZ und den bereits etablierten Gemeinschaftsoberschulen mit Oberstufe zusammenzuarbeiten.

(Beifall PIRATEN und vereinzelt CDU)

Durch eine bessere Koordination und entsprechende Werbung an den Schulen können Jugendliche auf die schulischen Möglichkeiten aufmerksam gemacht werden. Außerdem können Lehrerinnen und Lehrer dann dort eingesetzt werden, wo sie fehlen würden, an bereits etablierten Oberstufen von Gemeinschaftsschulen. - Vielen Dank.

(Beifall PIRATEN)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Jetzt hat für die Kollegin und Kollegen des SSW Frau Kollegin Jette Waldinger-Thiering das Wort.

Jette Waldinger-Thiering [SSW]:

Sehr geehrte Landtagspräsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Frau Ministerin, vielen Dank für den guten und aussagekräftigen Bericht, der die Arbeit der Oberstufen an den Gemeinschaftsschulen genauer unter die Lupe nimmt. Er zeigt deutlich, dass es der Wunsch vieler Schleswig-Holsteinerinnen und Schleswig-Holsteiner ist, das **Abitur** an einer **Gemeinschaftsschule** zu machen.

Das mag nicht allen Schulideologen in den Kram passen, aber die Zahlen sprechen nun mal für sich. So wird inzwischen fast jedes zweite Abitur außer-

(Jette Waldinger-Thiering)

halb der Gymnasien abgelegt. Da sich nicht nur der **Lernort**, sondern auch die **Lernformen** voneinander unterscheiden, ist das eine bewusste Entscheidung, die längst auch ihre Entsprechung im Schulgesetz gefunden hat.

Viele Schülerinnen und Schüler entscheiden sich ganz bewusst für die Gemeinschaftsschulen. Das mag man als Abstimmung mit den Füßen betrachten. Ich werte das als wohlüberlegte Entscheidung für einen qualitativ gleichwertigen Weg zur Hochschulreife abseits der Gymnasien. Denn dort versteht man sich oftmals als Vorbereitung für eine akademische Karriere. Viele Abiturienten wollen aber gar nicht an die Hochschule. Und doch brauchen sie für so manche Ausbildung das Abitur.

Ich möchte gern auf zwei weitere Punkte aus dem Bericht eingehen. Erstens besteht immer noch ein **regionales Ungleichgewicht** bei der Versorgung mit Oberstufen: Der Hamburger Rand ist wesentlich besser versorgt als der Landesteil Schleswig. Immer noch haben wir also weiße Flecken, wenn es um den Zugang zu weiterführender Bildung geht, und das, obwohl das Netz der Gemeinschaftsschulen mit eigener Oberstufe seit 2013 deutlich dichter geworden ist.

Die Steigerung mit zusätzlichen 17 Gemeinschaftsschulen zeugt nicht zuletzt von großem Engagement von Kommunalpolitikern, Eltern und Schulträgern. Dafür an dieser Stelle meinen herzlichen Dank. Wie mir ein Besuch in Tönning zeigte, bedarf es auch mal eines besonderen Einsatzes der Direktorin, qualifiziertes und motiviertes Lehrpersonal auf weniger eingetretene Pfade zu locken. Dass sich der Einsatz lohnt, zeigen unter anderem die steigenden Schülerzahlen in Tönning. Mir wurde von Schülern aus Dithmarschen berichtet, die sogar ohne eine bestehende Schulbusverbindung den Weg nach Tönning finden. Großartig!

Zweitens profitieren die Oberstufenmodelle von **Kooperationen mit Berufsschulen und Gymnasien**. Vor Jahren war es noch undenkbar, dass Nachbarschulen in einer Stadt zusammenarbeiten. Das hat sich inzwischen gründlich geändert, und zwar zugunsten der Qualität und der Unterrichtsversorgung.

Noch ein letztes Wort zu angeblichen **Verschwendungsvorwürfen**. Die Opposition singt in schulpolitischen Debatten ja schon fast reflexhaft ihre Untergangsarien. Die Einrichtung von Oberstufen abseits der Gymnasien ist aber keine Verschwendung. Das ist blanker Unsinn. Lehrerstunden fallen immer

an, unabhängig vom Lernort der Schülerinnen und Schüler.

Im Gegenteil: Es ist zu begrüßen, dass wir einen besseren Zugang zu höherwertigen Abschlüssen ermöglichen, genau wie die Tatsache, dass aufgrund der gemeinsamen Anstrengung nicht zuletzt auch die Abiturientenquote steigt.

Ein großer Dank dafür geht auch an die Lehrerinnen und Lehrer der Tandemschulen, die ihren Kolleginnen und Kollegen an den neu errichteten Oberstufen mit Rat und Tat zur Seite stehen.

Noch eine allerletzte Bemerkung zu unseren Mini-Oberstufen in Schleswig-Holstein. Die jungen Menschen in Schleswig-Holstein gehen ihren Weg. Es ist egal, was Opposition sagt, tut oder macht. Sie finden einen Weg, um einen höheren Bildungsabschluss zu machen. Darauf müssten wir doch eigentlich alle stolz sein. Deshalb ist es nur richtig und wichtig, dass wir so ein gutes **Netz von Mini-Oberstufen** haben, die jetzt gestartet sind und die auch Zeit haben müssen, ihre Profile und ihre Schulen zu entwickeln. Ich bin stolz darauf, dass wir in dieser Küstenkoalition den Kommunalpolitikern vor Ort, den jungen Menschen vor Ort und den Eltern und Lehrern die Möglichkeit gegeben haben, sich weiterzuentwickeln und nicht nur stillzusehen.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Vielen Dank. - Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Beratung und stelle fest, dass, weil kein Antrag gestellt wurde, der Tagesordnungspunkt damit erledigt ist.

Meine Damen und Herren, ich rufe jetzt den Tagesordnungspunkt 47 auf:

Lernmittelfreiheit in Schleswig-Holstein/Erhebung zu den Anteilen der Eltern an den schulischen Bildungskosten ihrer Kinder sowie Erhebung zu den Kostenanteilen der Schulträger pro Schüler/in und Schuljahr

Bericht der Landesregierung
Drucksache 18/4685

Ich erteile erneut das Wort der Frau Ministerin für Schule und Berufsbildung, Britta Ernst.

Britta Ernst, Ministerin für Schule und Berufsbildung:

Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Der Schleswig-Holsteinische Landtag hat die Landesregierung mit Beschluss vom 12. Dezember 2014 gebeten, eine Erhebung zu dem tatsächlichen **Anteil der Eltern** an allen **Bildungskosten** für ihre Kinder vorzulegen. Wir haben daraufhin nach einer Ausschreibung das IPN beauftragt, sowohl die Bildungskosten der Eltern als auch die Kostenanteile der Schulträger pro Schüler und Schuljahr zu ermitteln. Der Bericht liegt Ihnen vor. Lassen Sie mich dazu Folgendes erläutern.

An der **Studie** haben im Herbst des Schuljahres 2015/16 3.592 Eltern und 287 Lehrkräfte von 56 Schulen in Schleswig-Holstein teilgenommen. Die wesentlichen Ergebnisse der Studie sind:

Im **Durchschnitt** geben Eltern knapp 1.000 € pro Kind und Schuljahr aus.

Die Gutachter haben die Ausgaben in sieben **Kategorien** aufgeteilt. Diese Kategorien bauen auch auf denen des Kinderschutzbundes auf, nämlich Schulequipment, Bücher, Verbrauchsmaterial, Sportunterricht, Unternehmungen, Versorgung und Betreuung und Nachhilfe.

Die höchsten Ausgaben entstehen in der Kategorie Versorgung und Betreuung mit durchschnittlich rund 300 €. Die im Durchschnitt geringsten Kosten entstehen in der Kategorie Bücher mit knapp 50 € pro Schuljahr. Für schulische Ausstattung entstehen nahezu allen Eltern Kosten, und zwar durchschnittlich in Höhe von rund 170 €. Eine vergleichbare Höhe erreichen die Kosten für Unternehmungen mit durchschnittlich 180 €. Im Rahmen des Sportunterrichts fallen im Durchschnitt 105 € an. Die Kosten für Verbrauchsmaterial betragen jährlich im Schnitt 89 €.

Der Mittelwert an Ausgaben der Eltern für **Nachhilfe** beträgt rund 100 €. Hier ist es aber wichtig, sich die Spannbreite anzusehen; denn nur knapp 16 % der Eltern finanzieren überhaupt Nachhilfe für ihre Kinder, sodass einige eben auch bis zu 640 € oder bis sogar 1.000 € alleine bezahlen. Die Gruppe, die Nachhilfe bezahlt, liegt also im Mittel bei 640 €. Das sind doch erhebliche Beträge.

Sehr unterschiedlich sind auch die tatsächlichen Aufwendungen beim insgesamt größten Posten **Versorgung und Betreuung**. Hier zahlt jede fünfte Familie gar nichts, die meisten weniger als 135 €. Aber in einigen Familien fallen auch 400 € an.

Unterschiede gibt es auch nach Schulart, Klassenstufe und familiären Merkmalen. Es wird deutlich, dass Eltern mit höheren Bildungsabschlüssen mehr in die Bildung ihrer Kinder investieren. Das belegt auch dieser Bericht.

Wir sind sehr froh über diese Untersuchung, weil wir das erste Mal auch eine hohe Transparenz über die realen Belastungen der Eltern haben und damit, denke ich, auch eine gute Grundlage für die weitere Diskussion.

(Beifall Kai Vogel [SPD] und Anke Erdmann [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Insofern bedanke ich mich auch für die Initiative aus dem Landtag. Für das weitere Vorgehen werden wir den Dialog suchen. Mir ist zu Ohren gekommen, dass das auch die Landtagsabgeordneten tun. Wir werden uns ebenfalls mit Eltern und Interessenverbänden gemeinsam über diese Daten beugen, um zu schauen, wo Anknüpfungspunkte sind, um Kosten zu reduzieren, weil das Ziel der **Gebührenfreiheit von Bildung** uns doch sehr bewegt.

Ich möchte einen Anknüpfungspunkt nennen: Der Ausbau von Ganztagsangeboten beinhaltet auch, dass im Prinzip Kosten für **Nachhilfe** überflüssig werden sollen. Insofern sind wir froh, dass wir die Zahl der Ganztagsangebote ausgeweitet haben.

Ein weiterer Punkt, den auch die Bildungsfachleute immer wieder diskutieren, sind die Ausgaben für **Klassenreisen**. Dort wissen wir, dass Kostentreiber Eltern und Schülerinnen und Schüler häufig selbst sind, sodass wir darüber diskutieren sollten, wie weit man darauf möglicherweise Einfluss nimmt.

Auch über die Kosten für Ausgaben, die sich auch durch den **Einsatz digitaler Medien** verändern, sollten wir diskutieren. Natürlich sollten wir auch darüber diskutieren, ob das Bildungsministerium hier stärker regulierend in die Schulen eingreifen sollte. Man muss aber sagen: Aus unserer Sicht müssen wir vorsichtig sein, wenn wir solche Eingriffe vornehmen wollen, weil wir im Kern finden, dass Schulen auch insoweit eine eigene Verantwortung haben.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW, Heike Franzen [CDU] und Sven Krumbek [PIRATEN])

Generell machen wir das natürlich vor dem Hintergrund auch der **Leistungen**, die **Familien** in Deutschland erhalten. Es gibt Kindergeld, und es gibt auch Elternfreibeträge. Wir sollten aber darüber diskutieren und gerade auch noch mal einen Blick auf das Bildungs- und Teilhabepaket werfen,

(Ministerin Britta Ernst)

das insbesondere in diesem Bereich helfen sollte. Wir sollten uns noch einmal eine Meinung darüber bilden, ob die Grundannahmen in diesem Gesetz ausreichend sind oder ob wir hier einen Änderungsbedarf sehen.

Ich bin sehr froh darüber, dass wir diese Grundlage jetzt haben, und freue mich auf die gemeinsame Diskussion. - Vielen Dank.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW und Sven Krumbeck [PIRATEN] - Unruhe)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Ich eröffne die Aussprache und erteile dem Kollegen Sven Krumbeck von der Piratenfraktion das Wort.

Sven Krumbeck [PIRATEN]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Zu allererst einmal möchte ich der Frau Ministerin und dem Team im Bildungsministerium für den Bericht und auch für die Erstellung der Studie danken.

(Beifall PIRATEN, Anke Erdmann [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] und Jette Waldinger-Thiering [SSW])

Es kann von einem Stift abhängen, einem Tuschkasten oder einem Taschenrechner: Dass die **schulische Laufbahn eines Kindes** in Schleswig-Holstein durch einfache **Gebrauchsgegenstände** negativ beeinflusst wird, ist keine rhetorische Zuspitzung. Es ist eine Tatsache, eine Tatsache, von der die GEW, der Kinderschutzbund, wir PIRATEN und viele andere schon seit Jahren sprechen und die sich nun durch eine Studie des IPN bewahrheitet hat.

(Beate Raudies [SPD]: Oh!)

Da werden Durchschnittsausgaben in Höhe von 1.000 € pro Kind und Schuljahr angegeben, und da wird ein Zusammenhang zwischen den Bildungsabschlüssen der Eltern und damit dem Familieneinkommen und Anzahl der Kinder - -

(Zuruf Beate Raudies [SPD])

- Das finde ich schön, dass Sie das großartig finden, Frau Raudies! Dann hätten Sie sich ja dafür einsetzen können!

(Beifall PIRATEN und Anita Klahn [FDP] - Beate Raudies [SPD]: Das habe ich schon getan, mein Lieber!)

Konkret bedeutet das: Kinder aus Haushalten mit hohem Einkommen erhalten mehr Materialienunterstützung als Kinder aus Haushalten mit geringem oder keinem Einkommen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, das ist keine Lapalie. Diese Ergebnisse waren erwartbar, aber sie sind nicht schön. Wenn der **Bildungsweg** eines Kindes vom gesellschaftlichen Status und der finanziellen Situation der Eltern abhängig ist, dann haben wir es hier immer noch mit **sozialer Ungerechtigkeit** zu tun.

(Beifall PIRATEN)

Diese Studie zeigt endlich das, was Sie mit dem Kinderschutzbund und der GEW bereits deutlich gemacht haben, nämlich dass Bildung in unserem Land nach wie vor ein Sonderrecht darstellt. Wir können nicht von Chancengleichheit sprechen, wenn Schülerinnen und Schülern die Teilnahme an Klassenfahrten verwehrt wird, weil sich die Eltern die Unternehmung nicht leisten können. Wir können nicht von Chancengleichheit sprechen, wenn Schülerinnen und Schüler Klassenarbeiten nicht bestehen, weil die Eltern die Nachhilfe nicht bezahlen können.

(Beifall PIRATEN und Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] - Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das stimmt!)

Wir können nicht von **Chancengleichheit** sprechen, wenn Schülerinnen und Schülern nicht am Sportunterricht teilnehmen wollen, weil sie die falschen Sportmaterialien tragen. Dass Markenbewusstsein bei vielen Schulkindern leider noch immer eine gültige Werteskala zur sozialen und gesellschaftlichen Einteilung von Klassenkameraden ist, dürfte Ihnen durchaus bewusst sein.

(Zuruf Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] - Lars Winter [SPD]: Sind Sie für Schuluniformen, Herr Kollege?)

Die im Schulgesetz bereits verankerte **Lehrmittelfreiheit** sorgt zwar für das kostenfreie Zurverfügungstellen von Schulbüchern und anderen Materialien, sie geht aber noch nicht weit genug, vor allem nicht bei den von der Studie als bedenklich ausgewiesenen Kosten für Versorgung, Betreuung und Nachhilfe.

(Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das überzeugt mich nicht!)

(Sven Krumbeck)

Um wirklich von Chancengleichheit im Bildungssektor sprechen zu können, muss die schulische Ausbildung komplett kostenfrei gestaltet werden.

(Beifall PIRATEN)

Leider ist es aber nun einmal so, dass aus einem schwarzen Zylinder nicht automatisch ein weißes Kaninchen springt. Das sowieso erheblich geringe Budget des Landes für den Bereich Bildung muss derzeit dort eingesetzt werden, wo es brennt - bei der Schaffung von neuen Lehrerstellen. Denn ohne Lehrer kein Unterricht, ohne Unterricht keine Bildung und ohne Bildung keine parlamentarische Debatte über schulische Bildungskosten.

(Beifall PIRATEN und Anke Erdmann
[BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Dennoch müssen wir dem sozialen Gefälle an Schulen entgegenwirken. Wir müssen gleiche Voraussetzungen für jedes Kind schaffen. Das können wir derzeit nur mit Unterstützung des Bundes, denn mit unserer Situation stehen wir nicht allein da. Bildungsgerechtigkeit geht die gesamte Bundesrepublik etwas an.

Deswegen gehe ich da mit der GEW-Landeschefin Astrid Henke konform, die Anfang der Woche vorschlug, den Beitrag aus dem **Bildungs- und Teilhabepaket** anzuheben. Durch die Erhöhung des derzeit wirklich erschreckend niedrigen Satzes von 100 € je Kind und Schuljahr kann das Bildungs- und Teilhabepaket eine realistische Grundlage zur Unterstützung einer vollwertigen Partizipation am schulischen Bildungssystem leisten,

(Beifall PIRATEN)

damit ein Schulabschluss am Ende nicht an fehlenden Füllern oder Materialien scheitert. - Vielen Dank.

(Beifall PIRATEN)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Für die CDU-Fraktion erteile ich jetzt der Frau Kollegin Heike Franzen das Wort.

Heike Franzen [CDU]:

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Zunächst einmal möchte ich mich bei den Verfassern der vorliegenden Studie für ihre Arbeit bedanken. Die Studie zeigt sehr differenziert auf, was die **Eltern** an schleswig-holsteinischen Schulen für **Bildung und Betreuung** ihrer Kinder ausgeben. Durchschnittlich

- das haben wir gerade gehört - sind es rund 1.000 € pro Schuljahr. Das kann für Elternhäuser je nach ihrem Einkommen zu erheblichen Belastungen führen. Allerdings zeigt die Studie auch auf, dass die Belastungen an einigen Stellen alle Eltern treffen und an anderen Stellen sehr unterschiedliche Belastungen auslösen.

Auf eines will ich aber vorweg noch einmal hinweisen: Es sind in der Regel nicht die Unterrichtsmaterialien wie Stifte und Hefte, die Eltern am allerstärksten belasten. Die Kosten dafür liegen durchschnittlich bei 172 € bis 182 € im Jahr. Allerdings ist zu beachten, dass diese Mittel von allen Eltern aufgebracht werden müssen. Das hat natürlich Auswirkungen darauf, wie wir in Zukunft mit solchen Aufwendungen umgehen. Insbesondere der Bereich Versorgung, also die Frage der Fahrtkosten zur Schule, Mittagsverpflegung und Nachmittagsbetreuung und auch der Bereich der Nachhilfe lösen die höchsten Kosten für Eltern aus.

Bei der **Versorgung** liegen sie bei durchschnittlich 312 €. Insgesamt investieren Eltern mit einem höheren Bildungsabschluss und vermutlich auch mit einem höheren Einkommen an der Stelle mehr in die Bildung ihrer Kinder als Eltern mit einem niedrigeren Bildungsabschluss. Das fällt insbesondere auch bei der **Nachhilfe** auf. Hier tragen die Eltern mit einem Hochschulstudium die höchsten Kosten für die Nachhilfe. Aber auch bei den **Betreuungskosten** ist deutlich zu sehen, dass wir hier auch erhebliche Differenzen haben.

Die Studie zeigt allerdings auch auf, dass gerade Eltern, die nicht erwerbstätig sind, in vielen Bereichen vom **Staat** bereits **Unterstützung** erhalten. So können beispielsweise die Schülerbeförderungskosten, Aufwendungen für Klassenfahrten und Schulbedarf und in manchen Fällen auch die Nachhilfe sowie die Kosten für die Mittagsverpflegung entweder anteilig oder auch ganz erstattet werden. Eine pauschale Aussage über die tatsächlichen Ausgaben von Eltern für den Schulbesuch lässt sich so nicht treffen.

Ein paar Auffälligkeiten sollten wir uns bei der Beratung im Ausschuss auf jeden Fall noch einmal anschauen. So zeigt sich, dass die **Kosten** für die Versorgung an den **Gymnasien** - sprich: Fahrtkosten, Mittagessen und so weiter - mit rund 300 € deutlich höher sind als die an den **Gemeinschaftsschulen**. Das sollten wir uns genauer anschauen und auch noch einmal schauen, wo die Gründe dafür liegen.

Bei der **Nachhilfe** fällt auf, dass die Kosten der Eltern von Kindern an **Gemeinschaftsschulen mit**

(Heike Franzen)

Oberstufe mit 180 € am höchsten liegen. Wenn man sich die Oberstufen genauer ansieht, wird man feststellen, dass die Diskrepanzen ein bisschen geringer sind. Allerdings liegen hier die Kosten für Versorgung noch einmal höher. An den Gemeinschaftsschulen mit Oberstufe liegen die Kosten der Eltern für die Nachhilfe mit rund 300 € doppelt so hoch wie an den Oberstufen der **Gymnasien**. Ich glaube, über solche Dinge müssen wir einfach auch miteinander diskutieren, insbesondere auch die Tatsache, dass es sehr unterschiedlich ist, in welcher Klassenstufe sich ein Kind gerade befindet.

Während im **Grundschulbereich** die Kosten durchschnittlich meist noch unter 1.000 € liegen, können sie in der Oberstufe schnell einmal die Marke von 1.400 € überschreiten. Einer der Gründe ist sicherlich die Frage der Versorgungskosten, die hineinspielen, aber auch die Frage von Klassenfahrten. Auch deren Kosten können schnell einmal zu höheren Belastungen bei Eltern führen.

Bei Eltern mit Migrationshintergrund fallen die hohen Kosten für Nachhilfe ins Auge. Man merkt schon, dass die Frage der Versorgung und der Nachhilfe mit die größten Posten bei den Kosten der Eltern für Bildung ihrer Kinder sind. Man kann auch sagen: Je älter ein Kind im Schulsystem wird, umso höher steigen auch die Aufwendungen. Ich glaube, das macht die Studie tatsächlich deutlich.

Aber bevor wir jetzt, wie bereits geschehen, reflexartig pauschale Forderungen erheben, sollten wir uns im Ausschuss noch einmal, wie ich finde, sehr intensiv mit den Einzelheiten dieser Studie beschäftigen und auch diskutieren, bei welchen Aufgaben der Staat tatsächlich unterstützen kann und sollte. Frau Ministerin, ich glaube, Sie haben hier heute ein paar sehr kluge Vorschläge gemacht, wie wir damit umgehen können. Wir müssen wirklich bei den Fragen der Ausgaben die individuellen Bedürfnisse einer einzelnen Familie auch ins Auge fassen und können nicht pauschal fordern, dass diese und jene Beiträge erhöht werden müssen. Stattdessen müssen wir wirklich schauen, dass wir denjenigen, die es auch brauchen, Unterstützung zukommen lassen.

(Beifall Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN], Anke Erdmann [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] und Jette Waldinger-Thiering [SSW])

Ich will deutlich auch für meine Fraktion sagen: Die **Familien** müssen im Vordergrund stehen. Ich will für meine Fraktion aber auch deutlich sagen, dass es auch Grenzen gibt. Der Staat kann nicht die

Vollkostenversorgung übernehmen. Was er aber leisten muss, ist, dass Kinder nicht wegen des Einkommens oder des Bildungsstandes ihrer Eltern vom Bildungserfolg ausgeschlossen werden. Das wird eine Aufgabe sein, der wir uns hier an dieser Stelle widmen müssen. - Vielen Dank.

(Beifall CDU, Beate Raudies [SPD], Anke Erdmann [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] und Jette Waldinger-Thiering [SSW])

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Für die SPD-Fraktion hat Herr Abgeordneter Kai Vogel das Wort.

Kai Vogel [SPD]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Unser Patenkind Merle ist nach den Sommerferien in die weiterführende Schule eingeschult worden. Ein neuer Ranzen - den gab es von uns -, ein Duden, neue Sportschuhe, ein Atlas, eine Kennenlernfahrt, und, und, und. Da kommt so einiges zusammen. Manche Eltern gehen dann beim Monatsbudget schon ganz schön in die Knie.

Kinder kosten Geld - das wissen alle Eltern sehr genau -, doch wenn Kinder zu einer finanziellen Belastung werden, dann läuft irgendetwas schief.

Nicht klar verständlich ist in diesem Zusammenhang der Begriff der **Lernmittelfreiheit**, der im Schulgesetz festgeschrieben ist. Dieser suggeriert den Eindruck, dass Schule nichts mehr zusätzlich für die Eltern kosten würde. Die Lernmittelfreiheit bezieht sich aber nur auf die Gegenstände, die nur in der Schule genutzt werden und stetig in der Schule verbleiben. Die Befreiung von den Kosten gilt ebenso für Schulbücher.

Die Grauzone, was nun mehr für den Privatgebrauch oder für den Schulgebrauch angeschafft wurde, ist relativ groß. Daher haben viele Eltern den berechtigten Einwand, dass der Schulbesuch doch sehr am Geldbeutel nagt.

Die Landesregierung hat entsprechend dem Auftrag des Landtags das Leibniz-Institut für die Pädagogik der Naturwissenschaften und Mathematik mit einer **Untersuchung der schulischen Bildungskosten** beauftragt und uns das Ergebnis jetzt vorgelegt. Befragt wurden drei Zielgruppen: Eltern, Lehrkräfte und Schulträger. Ziemlich exakt die Hälfte der angeschriebenen Eltern hat sich die Mühe gemacht, den Fragebogen auszufüllen.

(Kai Vogel)

Die wesentliche Botschaft, die von dieser Studie ausgeht, ist, dass pro Kind und Schuljahr auf die Eltern im Schnitt rund 1.000 € zukommen. Um diese auf den ersten Blick recht hohe Zahl einordnen zu können, muss man berücksichtigen, dass hier die Kosten für die Schülerbeförderung, das Schulesen und die Nachmittagsbetreuung schon eingerechnet sind. Unter dieser Voraussetzung ergibt sich eine durchschnittliche monatliche Belastung von gut 80 €. Für den einen ist das viel, für den anderen nicht.

Für viele Familien ist die Bündelung der anfallenden **Kosten zu Beginn des Schuljahrs** und erst recht zu Beginn des Schulbesuchs eines Kindes eine erhebliche Belastung. Das gilt umso mehr, wenn eine Familie mehrere schulpflichtige Kinder hat.

Es lässt sich natürlich nicht vermeiden, dass viele Dinge neu angeschafft werden müssen, wenn das neue Schuljahr beginnt und das Familienbudget durch die zurückliegenden Sommerferien ohnehin ausgelaugt ist.

Ist es in diesem Zusammenhang eigentlich zuzumuten, dass zum Beispiel der Tuschkasten eines bestimmten Herstellers von einer Lehrkraft erbeten wird? Wenn nur mit diesem aus den bestehenden Grundfarben deckende andere Farben erzeugt werden können, schon. Wenn dies aber gar nicht im kommenden Schuljahr erforderlich ist, nicht.

Eine Schule erhebt Kopierpauschalen, obwohl der Schulträger die Schule gut ausstattet, eine andere vor Ort aber nicht. Ist das nun pädagogisch sinnvoll oder ungerecht? Wie viel darf eine Klassenfahrt kosten, sodass kein Elternteil finanziell überbeansprucht wird? Wie viel muss hingegen eine Klassenfahrt kosten dürfen, damit sie einen pädagogischen Zweck erfüllt? - Viele Fragen und noch mehr Antworten.

In keinem Bereich ist die Spreizung der tatsächlichen Ausgaben so hoch wie bei der **Nachhilfe**. Das ist der Faktor, der mich am meisten beunruhigt, weil die Bildungsgerechtigkeit natürlich auf der Strecke bleibt, wenn die wirtschaftlichen Möglichkeiten der Eltern darüber entscheiden, in welchem Umfang und in welcher Qualität zusätzliche Förderung privat angekauft werden kann.

Für mich ergibt sich daraus die Forderung, dass **zusätzliche Förderung** nicht im privaten Rahmen, sondern in dem der **Schule** stattfinden sollte. Wir haben uns deshalb vorgenommen, in der 19. Legislaturperiode zunächst weiter an der Verbesserung der Unterrichtsversorgung zu arbeiten, darüber hin-

aus aber auch auf dem Weg zur Ganztagschule einen entscheidenden Schritt voranzukommen.

Meine Damen, meine Herren, wir sollten den Bericht der Landesregierung im Bildungsausschuss und auch im Sozialausschuss weiter diskutieren. Hier gibt es viele Möglichkeiten, dieses Thema deutlich zu vertiefen. Gespräche mit Experten oder vielleicht ein Runder Tisch zu diesem Thema würden der Wichtigkeit gerecht werden. - Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Vielen Dank. - Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat jetzt die Abgeordnete Anke Erdmann das Wort.

Anke Erdmann [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich war gerade etwas voreilig mit dem „Schönen Wochenende“, aber es ist ja schön, wenn wir jetzt ein Thema haben, bei dem uns alle das Ziel eint.

Es müssen gar nicht die großen Beträge sein, die zu Stress in Familien führen. Das haben uns Kinderschutzbund, Landeselternvertretung und GEW noch einmal ins Stammbuch geschrieben. Ich bin dankbar für die Studie des IPN im Auftrag der Landesregierung, die uns eine gute Datenbasis liefert.

Es ist schon deutlich geworden: Wir haben einen sehr breiten **Begriff von Lernmitteln** zugrunde gelegt. Das ist gut, weil man dann nicht vermuten muss, was noch draufkommt. Nachhilfe, Nachmittagsbetreuung, Essensgeld, der Schreibtisch ist mit abgerechnet worden, auch die Sportklamotten sind komplett mit drin.

(Zuruf Jette Waldinger-Thiering [SSW])

- Die sind natürlich wichtig! Aber viele Kinder haben ohnehin ein paar Sportschuhe, nicht alle. Das ist mir klar, Jette. Wenn man sich das anschaut, sind wir im Kern bei 600 €. Wir bleiben zu einem großen Teil - Frau Franzen hat das bereits gesagt - beim Thema Klassenfahrten und Ausflüge.

Ich halte es für in Ordnung, wenn sich Eltern in einer Wissensgesellschaft an den Lernkosten beteiligen - ich glaube, da sind wir alle beieinander -, aber es darf keine Hürde für Familien sein, es darf kein verkapptes Schulgeld sein. Deswegen ist es gut, dass wir uns die Zahlen genauer anschauen.

(Anke Erdmann)

Frau Franzen hat gerade erwähnt, dass die **Nachhilfekosten bei Gemeinschaftsschulen mit Oberstufe** höher sind. Das kann möglicherweise daran liegen - das hat Frau Franzen angedeutet -, dass wir dort einen höheren Anteil von Familien mit Migrationshintergrund haben, die durchschnittlich mehr ausgeben. Das können wir uns im Ausschuss genauer anschauen. Ich beantrage hier Überweisung an den Ausschuss, damit wir da weiter beraten.

Es ist für viele Eltern schwierig, dass nicht klar ist, wann Mittel anfallen. Es liegen permanent Postmappen auf dem Tisch, in denen steht: Ich brauche 12 € fürs Workbook, jetzt ist noch eine Theaterfahrt mit Kosten angesagt. Das läppert sich einfach. Das sieht man ja auch im Bericht. Für viele Familien mit kleinem Geldbeutel ist es unkalkulierbar, wann etwas kommt.

Auf der anderen Seite ist es gut, dass unsere Schülerinnen und Schüler nicht nur in den Schulen sitzen, sondern auch nach draußen fahren. Ich weiß nicht, wie es Ihnen geht, ich kann mich am besten an die Sachen in meiner Schulzeit erinnern, die ich nicht in der Schule erlebt habe, zum Beispiel Frösche sezieren in der Tierärztlichen Hochschule in Hannover. Das war eine sehr interessante Klassenfahrt. Das bleibt, da habe ich eine Masse gelernt.

(Unruhe)

Die Frage ist: Warum diskutieren wir dieses Thema eigentlich auf Landesebene? - Wir diskutieren es auf Landesebene, obwohl die **Schulträger** für die **Lernmittel** zuständig sind und die **Kreise** für die **Fahrtkosten**. Ich finde es aber angemessen, weil wir sehen, wie weit die Spreizung ist.

Im Bundesvergleich steht Schleswig-Holstein gar nicht so schlecht dar. Es gibt durchaus Länder, in denen auch noch die Schulbücher zu großen Teilen mitbezahlt werden müssen. Es gibt aber auch Bundesländer wie Baden-Württemberg, die die Lernmittelfreiheit in der Verfassung verankert haben. Da sind es vor allem Städte wie Mannheim, die dafür sorgen, dass Eltern nur 1 € dazubezahlen.

Ich halte einen Runden Tisch mit Eltern, Kinderschutzbund, Lehrerverbänden und der kommunalen Familie - die muss unbedingt mit an den Tisch - für sinnvoll, um zu gucken: Was haben wir schon, was sind Stellschrauben?

Es wird auch darum gehen, die Mittel aus dem **Bildungs- und Teilhabepaket** gut zugänglich zu machen. In Kiel ist das sehr gut geregelt. Es gibt eine Kiel-Karte. Da kann man für alle Bereiche, die wir abgebildet haben, auch für Lernmittel, Zuschüsse

bekommen, sehr niedrigschwellig, es gibt Nachmittagsangebote in einer ganz großen Breite. Es ist sehr bürokratiearm, und viele Kinder empfinden es nicht als Stigma, sondern sind stolz auf ihre Kiel-Karte.

(Zuruf Dr. Heiner Garg [FDP])

Auch das könnte ein Problem sein. - Ja, genau, man müsste sie vielleicht noch in Gold machen, und dann ist das ein Statussymbol.

(Beifall Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Da kann man sehen, wie es gut laufen kann. Ein Elternvertreter aus dem Grundschulbereich hat erzählt, dass Schulen **gemeinsam** in die **Beschaffung** gehen. Das müssen die Schulen selber entscheiden. Dadurch sinkt die Summe des Geldes, das die einzelnen Eltern auszugeben haben. Natürlich ist die Frage von Obergrenzen - liebe CDU - in Schulkonferenzen zu besprechen. Das hat etwas mit der Schulgemeinschaft zu tun. Im Runden Tisch müsste man über Leitlinien reden.

Uns allen ist klar, dass es bei diesem wichtigen Thema keine einfache Lösung gibt. Schule muss für alle erschwinglich sein. Ich glaube, es macht Sinn, sich einzelne Beispiele auf den verschiedenen Ebenen anzuschauen. Schule erschwinglich für alle - das ist das Ziel.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD, PIRATEN und SSW)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Für die FDP-Fraktion hat jetzt die Kollegin Anita Klahn das Wort.

Anita Klahn [FDP]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Auch ich bedanke mich im Namen der Fraktion bei allen Akteuren für diesen Bericht, vor allem bei den teilnehmenden Familien, die sich dazu bereit erklärt haben - wenn auch anonymisiert -, ihre Daten offenzulegen.

Vorweg habe ich eine Frage zu der Studie beziehungsweise dem Einsetzungsbeschluss. Aus welchem Grund fehlen eigentlich die berufsbildenden Schulen? Sind sie für die Antragsteller eine zu vernachlässigende Größe gewesen, oder wurden sie von PIRATEN, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW schlicht und einfach vergessen?

(Anita Klahn)

(Anke Erdmann [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Haben Sie einen Änderungsantrag gestellt? Nein!)

Ehrlicherweise sind es nämlich ein Drittel aller Schülerinnen und Schüler, die an berufsbildenden Schulen unterrichtet werden. Ich hätte von der Landesregierung erwartet, dass sie selbstständig nachsteuert. Offensichtlich haben diese Schulen bei Ihnen keinen großen Stellenwert.

Ebenfalls vergessen wurde die Frage nach der privaten Ausstattung mit PC und Tablet. Wir reden hier stundenlang über die digitale Agenda, beklagen, dass Eltern ihre Kinder für die Schulen entsprechend ausstatten müssen, weil das Equipment in den Schulen fehlt, das dringend zur Unterrichtsbewältigung benötigt wird, aber wir fragen einfach nicht danach. Vielleicht sollten wir versuchen, das während der Ausschussberatungen nachzuermitteln.

Meine Damen und Herren, das medial verbreitete Ergebnis der elterlichen Belastung von 1.000 € im Schuljahr ist natürlich äußerst plakativ. Ich appelliere, die Studie durchaus differenziert zu betrachten. Konkret schätzen Lehrer die Kosten um ein Viertel geringer ein, als die Eltern sie beziffern. Auch an dieser Stelle müssen wir nachsteuern.

Außerdem enthält die Summe nicht nur **Lernmittel** im engeren Sinne, sondern - das haben meine Vordröner ausführlich dargestellt - Kosten für Beförderung, Mittagessen und Betreuung. Diese **Kosten** differieren von Kreis zu Kreis und von Schulträger zu Schulträger auch noch sehr stark. In Dithmarschen sind beispielsweise keine Schülerbeförderungskosten von den **Eltern** zu tragen, bei allen anderen sind es sehr unterschiedlich hohe Beträge.

Auch die Nachmittagsbetreuung ist ein wesentlicher Punkt, das Mittagessen kommt noch hinzu. Beides benötigen zunehmend Eltern, die berufstätig sind, für ihre schulpflichtigen Kinder. Die Krux ist: Hortplätze sind teuer, Ganztagsangebote sind eine Alternative. Es war leider eine politische Entscheidung, die offenen **Ganztagsangebote** und die gebundenen Ganztagsangebote unterschiedlich zu finanzieren. Daraus resultieren belastende Elternbeiträge. Das offene Ganztagsangebot bedeutet letztlich keine Betreuungsgarantie für Eltern.

Für Lernmittel im engeren Sinne wie Bücher besteht Lernmittelfreiheit. Diese - sage ich ganz offen - sollte nicht durch Entscheidungen aus Schul- und Fachkonferenzen oder Konferenzen der Lehrkräfte unterlaufen werden. Ich denke ganz gezielt an die teuren Arbeitshefte, das sogenannte Work-Buch, das zu Jahresanfang für 9,95 € angeschafft

werden muss und am Jahresende zu höchstens einem Fünftel ausgefüllt in den Papierkorb wandert.

Ich sage auch ganz klar, dass wir uns darüber unterhalten müssen, ob eine gesetzliche Klarstellung für die Beschaffung von **digitalen Medien** und Arbeitsgeräten angebracht wäre. Grundsätzlich müssen wir diese Themen im Zusammenhang mit den Kommunal финанzen beraten, denn die Kommunen sind als Schulträger für die Sachausstattung verantwortlich. Wir Liberale wollen eine Entlastung der Kommunen und Spielräume schaffen, damit es wieder eine echte Lernmittelfreiheit gibt.

(Beifall FDP)

Von Fahrt- und Betreuungskosten sollten Eltern perspektivisch ganz oder zu einem wesentlichen Teil entlastet werden.

Teure Klassenfahrten und Ausflüge wurden ebenfalls angesprochen. Um die elterlichen Belastungen in einem vertretbaren Rahmen zu halten, begrenzen einige Schulen die maximalen Ausgaben für den gesamten Schulbesuch. Die Schülerinnen und Schüler, die darüber hinausgehende Kosten durch Auswahl von Orten und Aktivitäten verursachen, finanzieren diese durch eigenes Engagement und stocken dadurch die Klassenkassen auf.

Im Übrigen belegt die Studie, wie wichtig das von uns eingeführte **Bildungs- und Teilhabepaket** ist. Ich möchte an dieser Stelle sagen, dass wir dringend eine Überprüfung und Anhebung brauchen. Das Paket ist schon ein paar Jahre alt.

Ich möchte auch in Erinnerung rufen, welche Leistungen nach dem Bildungs- und Teilhabepaket nach § 28 SGB II gewährt werden: Leistungen, die als eigenbeständige Bedarfe neben dem Regelbedarf anerkannt werden, Leistungen für ein- und mehrtägige Klassenfahrten in tatsächlicher Höhe, auch die Fahrtkosten, Leistungen für Mittagessen, Lernförderung im Bedarfsfall antragsabhängig. Hinzu kommen 100 € pro Schuljahr für die Ausstattung mit persönlichem Schulbedarf und 120 € für Mitgliedsbeiträge für Sportvereine und Musikunterricht.

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Kommen Sie bitte zum Schluss.

Anita Klahn [FDP]:

Ja, sofort. - Ich bitte, einmal einen Blick auf die Regelbeiträge zu werfen. Für Bildungswesen sind 32 ct für Schülerinnen und Schüler von 14 bis 18

(Anita Klahn)

Jahren angesetzt und für Schüler von sechs bis 14 Jahren 1,30 €. Das ist, ehrlich gesagt, definitiv zu wenig, wie uns diese Studie jetzt zeigt. Ich freue mich, wenn wir das im Ausschuss detailliert besprechen können. - Vielen Dank.

(Beifall FDP)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Für die Kollegin und Kollegen des SSW hat nun die Abgeordnete Jette Waldinger-Thiering das Wort.

Jette Waldinger-Thiering [SSW]:

Sehr geehrte Landtagspräsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Vorweg möchte ich mich bei den PIRATEN für den Antrag bedanken.

Außerdem möchte ich etwas zu Anita Klahn sagen. Wir haben die Berufsschülerinnen und -schüler nicht mit in die Befragung aufgenommen, weil sie teilweise eine Ausbildungsvergütung erhalten. Dadurch wäre das Bild ein anderes und möglicherweise schiefes geworden.

Eine weitere Anmerkung zu Anita Klahn: Am Mittwoch haben wir die Debatte zu OER und dem 5-Milliarden-€-Paket von Frau Wanka für Hardware und WLAN an Schulen geführt. Ich glaube, das wird ein wichtiger Baustein für die Schulträger sein, damit sie Hilfe erhalten, diese Elemente in den Schulen integrieren zu können.

Vorweg bedanke ich mich bei den **Eltern**, die sich an der Umfrage beteiligt haben, denn damit haben sie es überhaupt erst möglich gemacht, dass wir uns hier über die Frage und die Bedeutung der **Lernmittelfreiheit** unterhalten können. Ohne verlässliche Daten wäre das nämlich sehr schwierig.

Schule kostet Geld. Es besteht zwar Lernmittelfreiheit, aber Eltern müssen in ganz unterschiedlichen Bereichen für ihre Sprösslinge in die Tasche greifen. Das fängt zu Hause mit dem Schreibtisch, dem passenden Stuhl oder dem Computer an, und es hört vielleicht mit dem Kauf eines Schlafsacks für die **Klassenfahrt** auf. Das sind alles Betreuungskosten, die im Zusammenhang mit dem Schulbesuch entstehen. Ich weiß, dass sich gerade Eltern an der Schwelle zum Hartz-IV-Bezug sehr schwer damit tun, allen diesen finanziellen Anforderungen gerecht zu werden. Oftmals müssen dann die Großeltern einspringen. Andere Eltern lassen dagegen gern einmal etwas springen und verwöhnen den Nachwuchs jedes Jahr mit einem neuen Schulranzen, der einen dreistelligen Betrag verschlingt, oder

buchen eine Nachhilfestunde für den gleichen Betrag.

Gerade wegen dieser Unterschiede halte ich es für besonders wichtig, belastbare Zahlen zu erheben. Wir wollen genau wissen, welche Aufwendungen die Familien tatsächlich haben. Der statistische Durchschnittswert von 1.000 € pro Schuljahr dient erst einmal der Orientierung. Hier besteht ohne Frage noch weiterer Informations- und Diskussionsbedarf. Ich denke, das werden wir im Bildungsausschuss und auch im Sozialausschuss beraten.

Unabhängig davon zeigt der Schulalltag, dass manche Lehrkräfte erst sensibilisiert werden müssen, verschämte Finanznöte der Eltern und der Kinder zu erkennen. Gerade weil einige Eltern im wahrsten Sinne des Wortes keine Kosten scheuen, bedeutet das nicht, dass das für alle Schülerinnen und Schüler einer Klasse gilt. Ich mache das mal ganz einfach an den Schulausflügen fest. Da können auch ohne Mittagessen gerne mal 250 € für eine viertägige Klassenfahrt innerhalb Schleswig-Holsteins zusammenkommen. Für eine alleinerziehende Mutter mit zwei Kindern ist damit der Monat gelaufen. Da frage ich mich: Warum werden keine Alternativen geprüft, oder warum wird nicht rechtzeitig auf diese Ausgabe hingewiesen und eine Ratenzahlung ermöglicht?

Ein anderes Beispiel: Viele Eltern gehen jedes Jahr nach den Sommerferien mittels langer Listen genau vorgeschriebene Schulmaterialien einkaufen. Andere Schulträger setzen dagegen auf den zentralen Einkauf, sodass allen Kindern Mappen und Hefte für eine vergleichsweise niedrige Pauschale zur Verfügung gestellt werden können. Wenn es schon keinen zentralen Einkauf gibt, dann wünsche ich mir zumindest ein wenig mehr Augenmaß. Es muss ja wohl keine lila Mappe für ein bestimmtes Schulfach sein, die fast 2 € kostet, weil sie es nicht im Zehnerpack beim Discounter gibt. Eine andersfarbige Mappe erfüllt vermutlich den gleichen Zweck. So manche Anschaffungsliste treibt einigen Eltern wirklich den Schweiß auf die Stirn.

Das sind nur einige Beispiele, wo man die Eltern finanziell entlasten könnte. Elternvertreter und Kinderschutzbund sind bekanntlich intensiv an dem Thema dran. Das finde ich richtig und gut. Doch meine ich, dass bei allen Akteuren Augenmaß angesagt ist.

Hier wird gern auf das ach so schöne **Bildungs- und Teilhabepaket** verwiesen. Doch dieses Paket ist nur eine unzureichende Lösung, weil die Antragstellung kompliziert ist und die Beihilfen außerdem

(Jette Waldinger-Thiering)

nur Hartz-IV-Familien zur Verfügung stehen. Dass Geringverdienende hier leer ausgehen, darf nicht sein. Der Kreis der Empfänger muss erweitert und die Beantragung erleichtert werden. Einige Schulen haben aus diesem Grund einen Elternfonds eingerichtet, der ohne großen bürokratischen Aufwand die wichtigsten Dinge finanziert. Auch das kann eine pragmatische Lösung sein, um Engpässe zu überbrücken.

Wenn wir ehrlich sind, dann stehen wir hier aber noch am Anfang. Wir müssen auch in Zukunft genau hinsehen und weitere Gespräche führen, um wirklich allen gleiche Bildungschancen in Schleswig-Holstein zu gewähren.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Für einen Dreiminutenbeitrag erteile ich das Wort dem Abgeordneten Dr. Heiner Garg von der FDP-Fraktion.

Dr. Heiner Garg [FDP]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen! Liebe Kollegen! Liebe Kollegin Erdmann, ich habe mich zu Wort gemeldet, weil Sie auf die Umsetzung des Bildungs- und Teilhabepakets durch die Landeshauptstadt Kiel hingewiesen haben. Anders als die geschätzte Kollegin Waldinger-Thiering sehe ich das **Bildungs- und Teilhabepaket** naturgemäß nicht ganz so kritisch, wie Sie es gerade dargestellt haben.

Erstens finde ich, die Landeshauptstadt Kiel hat aus einer Behelfslösung etwas sehr Cleveres gemacht. Sie hat mit Bundesmitteln eine eigene Geschichte vermarktet. Das finde ich an sich clever, und ich finde auch den Zugang zur Kiel-Karte wirklich schlau. Damals haben ASMK und KMK miteinander gestritten. Wir haben intensiv darüber diskutiert, ob Geld- oder Sachleistungen fließen sollen. Insbesondere wurde das Argument vorgebracht, es dürfe keine Stigmatisierung der Empfänger geben. Das finde ich richtig, aber auf der anderen Seite ist es so, dass, solange wir keine eigenständige Kindergrundsicherung haben - ich komme zu dem Punkt gleich noch -, Sachleistungen aus meiner Sicht angezeigter sind, als Geldleistungen in Anspruch nehmen zu können.

Vor diesem Hintergrund ist meines Erachtens die Frage der Umsetzung, wie sie die Landeshauptstadt Kiel in Angriff genommen hat, der richtige Weg.

Ich finde, das muss man dann auch positiv darstellen können.

Zweitens bin ich der Auffassung, das hat die Kollegin Klahn aus meiner Sicht zutreffend formuliert: Solange wir es nicht schaffen weder auf Bundesebene noch in den einzelnen Ländern die zahlreichen familienpolitischen Leistungen - -

(Beifall FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Wir wissen alle, dass der Zielerreichungsgrad - um es einmal höflich auszudrücken - verbesserungsfähig wäre. Solange wir das aber nicht erreichen, bin ich sehr wohl der Meinung, dass nach fünf Jahren BuT die Höhe des einzelnen Gutscheins deutlich aufgestockt werden muss, gerade vor dem Hintergrund, dass wir deutlich mehr Kinder mit Migrationshintergrund haben, die zu versorgen sind und die auch versorgt werden sollen.

Ein Letztes, und das haben mir die Ergebnisse dieser Studie gezeigt: Es ist ein verdammtes Armutszeugnis für uns alle, dass für die Lebens- und Bildungschancen von Kindern und jungen Menschen ganz offensichtlich nach wie vor - um es sehr platt auszudrücken - der Geldbeutel der Eltern immer noch so entscheidend ist.

Deswegen ist es alle Anstrengungen wert, alles dafür zu unternehmen, tatsächlich zu einer eigenständigen **Kindergrundsicherung** zu kommen, damit wir vielleicht in einem Jahrzehnt nicht mehr über einzelne Reparaturmaßnahmen diskutieren müssen, nicht über das einzelne Tablet und auch nicht über das einzelne Bildungs- und Teilhabepaket, sondern wirklich eine vernünftige Grundsicherung auch für Kinder auf den Weg gebracht haben. - Herzlichen Dank und auch von mir ein schönes Wochenende.

(Beifall FDP, SSW und vereinzelt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Vielen Dank. Vor das Wochenende hat die Tagesordnung noch einige Abstimmungen gesetzt. Deswegen möchten wir damit gleich beginnen. Es gibt keine weiteren Wortmeldungen. Ich schließe die Beratung.

Es ist beantragt worden, den Bericht der Landesregierung, Drucksache 18/4685 dem Bildungsausschuss und mitberatend dem Sozialausschuss zur abschließenden Beratung zu überweisen. Wer so beschließen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Dann ist dies einstimmig so erfolgt.

(Vizepräsidentin Marlies Fritzen)

Wir kommen nun zu drei Tagesordnungspunkten, für die keine Aussprache vorgesehen ist, die wir aber dennoch aufrufen und abstimmen.

Ich rufe zunächst die Tagesordnungspunkte 11 und 42 auf:

Gemeinsame Beratung**a) Erste Lesung des Entwurfs eines Gesetzes zur Errichtung eines Versorgungsfonds des Landes Schleswig-Holstein (Versorgungsfonds-gesetz VersFondGS-H)**

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 18/4706

b) Versorgungsbericht 2016 für das Land Schleswig-Holstein

Bericht der Landesregierung
Drucksache 18/4461

Das Wort zur Begründung wird nicht gewünscht. Eine Aussprache ist nicht vorgesehen. Wir kommen zur Abstimmung über den Gesetzentwurf der Landesregierung, Drucksache 18/4706. Es ist beantragt worden, diesen Gesetzentwurf an den Finanzausschuss zu überweisen. Wer so beschließen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Damit ist dies einstimmig so beschlossen.

Wir kommen nun zur Abstimmung zu b), Versorgungsbericht 2016, Drucksache 18/4461. Es ist beantragt worden, den Bericht der Landesregierung dem Finanzausschuss zur abschließenden Beratung zu überweisen. Wer so beschließen möchte, den bitte ich ebenfalls um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Dann ist auch dies einstimmig so beschlossen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 23 auf:

Arbeitszeiten und Arbeitsbelastungen von Lehrkräften

Antrag der Fraktion der FDP
Drucksache 18/4725

Änderungsantrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW
Drucksache 18/4760

Das Wort zur Begründung wird nicht gewünscht. Eine Aussprache ist nicht vorgesehen. Wir kommen zur Abstimmung in der Sache. Ich schlage vor, ab-

weichend von der Geschäftsordnung den vorliegenden Änderungsantrag zu einem selbstständigen Antrag zu erklären. - Widerspruch hierzu sehe ich nicht. Dann werden wir so verfahren.

Ich lasse zunächst über den Antrag der FDP-Fraktion, Drucksache 18/4725, abstimmen. Wer diesem Antrag seine Zustimmung erteilen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Kollegen der FDP-Fraktion und der CDU-Fraktion. - Wer lehnt diesen Antrag ab? - Das sind alle anderen Fraktionen im Haus. Damit ist dieser Antrag abgelehnt worden.

Ich lasse jetzt über den Antrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW, Drucksache 18/4760, abstimmen. Wer diesem Antrag seine Zustimmung erteilen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Kollegen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und die Abgeordneten des SSW sowie die Piratenfraktion. Wer lehnt diesen Antrag ab? - Das sind die Abgeordneten von CDU und FDP. Enthaltungen gibt es nicht. Damit ist dieser Antrag mehrheitlich angenommen.

Wir kommen zu Tagesordnungspunkt 45:

Metropolregion Hamburg und bilaterale Zusammenarbeit Schleswig-Holsteins und Hamburgs in der Wirtschafts- und Verkehrspolitik

Bericht der Landesregierung
Drucksache 18/4654

Das Wort zur Begründung wird nicht gewünscht. Eine Aussprache ist nicht vorgesehen. Es ist vereinbart worden, die Reden zu Protokoll zu geben. Zudem ist beantragt worden, den Bericht der Landesregierung, Drucksache 18/4654, dem Wirtschaftsausschuss zur abschließenden Beratung zu überweisen. Wer so beschließen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Damit ist dies einstimmig so beschlossen.

Wir kommen nunmehr zur Abstimmung über die Sammeldrucksache.

Sammeldrucksache über Vorlagen gemäß § 63 Absatz 1 a der Geschäftsordnung des Schleswig-Holsteinischen Landtags

Drucksache 18/4745

Die Voten zu den einzelnen Tagesordnungspunkten, für die eine Gesamtabstimmung nach § 63 Absatz 1 a der Geschäftsordnung vorgesehen ist, ent-

(Vizepräsidentin Marlies Fritzen)

nehmen Sie bitte der Ihnen vorliegenden Drucksache 18/4745. Voraussetzung für die Abstimmung ist, dass keine Abgeordnete oder kein Abgeordneter widerspricht. Das ist offenbar auch nicht der Fall. Ich weise auf folgende Ergänzungen hin: Beschlussgrundlage zu Tagesordnungspunkt 13, „Ersatzwahl für den Richterwahlausschuss“, ist Drucksache 18/4730 und zum Tagesordnungspunkt 14, „Ersatzwahl für stellvertretendes Mitglied der G-10-Kommission“ Drucksache 18/4731. Zu Tagesordnungspunkt 37 „NDR-Staatsvertrag weiterentwickeln“ ist die Beschlussgrundlage die Neufassung der Drucksache 18/4705.

Wir kommen jetzt zur Abstimmung. Wer mit der Übernahme der Empfehlungen entsprechend der Sammeldrucksache 18/4745 einschließlich der eben genannten Änderungen einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Enth-

tungen? - Damit ist auch dieses einstimmig bestätigt.

Meine Damen und Herren, wir sind am Ende der Tagung angekommen. Ich darf Ihnen mitteilen, dass die nächste Tagung, die 47. Tagung, vom 16. bis 18. November stattfinden wird.

(Beifall)

Bis dahin wünsche ich Ihnen allen eine gute Zeit. Ich freue mich, Sie dann im November hier wiederzusehen.

Die Sitzung ist geschlossen.

Schluss: 13:09 Uhr

Anhang

Reden zu Protokoll

Metropolregion Hamburg und bilaterale Zusammenarbeit Schleswig-Holsteins und Hamburg in der Wirtschafts- und Verkehrspolitik

Bericht der Landesregierung
Drucksache 18/4654

Hans-Jörn Arp [CDU]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Abgeordnete! Ich danke der Landesregierung für die Vorlage ihres Berichtes, habe aber weder den Sinn des Berichtsantrags noch den Sinn Berichts selbst verstanden. Da wird die Landesregierung von der Koalition aufgefordert, einen Bericht zu liefern über den aktuellen Stand der bilateralen Zusammenarbeit mit Hamburg. So weit, so gut. Das sollte aber doch eigentlich nur die Basis eines sinnhaften Berichtsantrages sein, denn was wir haben, das wissen wir. Es sollte doch darum gehen, wie sich diese Landesregierung die Zusammenarbeit mit Hamburg in der Zukunft etwa bis 2030 vorstellt.

Davon lesen wir nichts in diesem Bericht. Das zeigt, dass sie selbst nicht mehr daran glauben, Herr Meyer, nach 2017 noch Wirtschaftsminister zu sein. Das einzige Mal, bei dem Sie Bezug auf das Jahr 2030 nehmen, ist, wenn Sie über den Bundesverkehrswegeplan sprechen. Den haben aber nicht Sie gemacht, sondern der Bund. Da liegt auch das Kernproblem ihres Berichts und dieser Landesregierung.

Sie hat keine Ideen, wie es mit der Zusammenarbeit Schleswig-Holsteins mit Hamburg nach 2017 weitergehen soll. Und das, obwohl beide Länder sozialdemokratische Ministerpräsidenten beziehungsweise Erste Bürgermeister haben. Sie gehören ja beide auch zu den Ländern, die keine baureifen Infrastrukturprojekte haben.

Diese Landesregierung wollte einmal die Westküste nach vorne bringen. Doch die Westküste hat unter dieser Regierung nicht gewonnen sondern gegenüber anderen Regionen - selbst in Schleswig-Holstein - noch verloren: Die Windleitmesse ist nach Hamburg abgewandert, weil Husum von Hamburg nicht schnell genug zu erreichen ist. Im Industriegebiet Brunsbüttel sind immer noch riesige Flächen frei, weil man Brunsbüttel weder über die Schiene noch über die Straße schnell erreichen kann. Die A 20 hätte Abhilfe schaffen können. Aber Sie wollten ja im Koalitionsvertrag keine A 20 an der West-

küste. Wir haben heute weniger Bahnhalte in Glückstadt. Wir haben keine Elektrifizierung der Bahn zwischen Wilster und Brunsbüttel.

Herr Minister, Sie haben die Westküste weiter abgehängt. Wie wollen Sie so mit der Metropole Hamburg auf Augenhöhe über unsere Zukunft verhandeln? Nein, Ihr Bericht beschreibt nur den Status quo, zeigt aber keinerlei Perspektiven auf, geschweige denn die großen Linien der Politik, für die sie eigentlich zuständig sind.

Der erste Koalitionsvertrag von Peter Harry Carstensen hatte die Ziele einer gemeinsamen Wirtschafts- und Verwaltungsregion von Schleswig-Holstein und Hamburg verankert. Da wurden die Ziele der Zusammenarbeit mit Hamburg konkretisiert und am erfolgreichen Verfahren in der deutsch-dänischen Grenzregion orientiert.

Über 170.000 Schleswig-Holsteinerinnen und Schleswig-Holsteiner pendeln jeden Morgen aus den Kreisen Pinneberg, Segeberg, Stormarn und Steinburg nach Hamburg hinein. Diese sollten Ihnen eine Verpflichtung sein, weil das nämlich zeigt, wie notwendig es ist, dort eine gemeinsame Wirtschaftsregion auf Augenhöhe zu haben.

Der Kreis Steinburg gehört zur Metropolregion aber nicht zum HVV. Sie haben unseren Antrag in der Septembertagung abgelehnt, weil Sie glauben, dass Sie mit Hamburg und den nördlichen Kreisen Niedersachsens einen Nordtarif hinbekommen. Ich denke, damit übernehmen Sie sich. Statt einer kleineren und dafür schnelleren Lösung mit einem Beitritt Steinburgs zum HVV wollen Sie den großen Wurf mit gleich allen Kreisen. Ich sage Ihnen voraus, dass Ihnen das nicht gelingen wird, weil es heute zu teuer ist und weil auch noch nicht jeder Kreis in Schleswig-Holstein vom Mehrnutzen eines Nordtarifs überzeugt ist.

Herr Meyer, die enge Kooperation zwischen Schleswig-Holstein und Hamburg blickt auf eine lange Tradition zurück. Das Ergebnis ist seit Jahren eine Vielzahl gemeinsam realisierter Projekte, viele gemeinsam getragene Einrichtungen und eine Fülle von Staatsverträgen und Verwaltungsvereinbarungen, die die Zusammenarbeit auf den unterschiedlichsten Gebieten gestalten.

Peter Harry Carstensen und auch Ole von Beust hatten eine Idee, eine Vision, wie eine Zusammenarbeit im Norden zum Wohle beider Länder ausse-

(Hans-Jörn Arp)

hen kann. Damals wurden viele richtige Entscheidungen getroffen, die heute Realität sind. Die fehlt bei Ihnen völlig. Sie verwalten, aber sie gestalten nicht.

Peter Harry Carstensen sagte einmal:

„Die Metropole Hamburg ist im internationalen Standortwettbewerb ein Spielmacher, während Schleswig-Holstein von deren Zugkraft profitiert und auch den Raum bieten kann und bietet.“

Nur nutzen muss man ihn dann auch. Sie haben in vier Jahren verpasst, die Infrastruktur so auszubauen, das Schleswig-Holstein von der Zugkraft Hamburgs profitieren kann.

Wir brauchen vor allem eine noch bessere Verzahnung der Wirtschaft, der Hochschul- und Bildungslandschaft der beiden Bundesländer, um eine gemeinsame Optimierung der Strukturen zu erreichen.

Katrin Fedrowitz [SPD]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Im September erst hat Britta Ernst uns über den Abschluss des neuen Gastschulabkommens mit Hamburg berichtet. Heute liegt uns der nächste Bericht vor, der die aktive Zusammenarbeit zwischen Schleswig-Holstein und der Hansestadt Hamburg auch auf wirtschaftlicher und verkehrlicher Ebene belegt. Ich bedanke mich im Namen der SPD-Fraktion für den ausführlichen und eindrucksvollen Bericht. Dies ist eine weitere Erfolgsgeschichte dieser Regierung. Es werden noch viele weitere folgen.

Die enge und vertrauensvolle Zusammenarbeit zwischen Schleswig-Holstein und Hamburg spielt für den Erfolg beider Länder eine große Rolle. Diese Zusammenarbeit findet sowohl bilateral, als auch über die Grenzen der beiden Bundesländer hinweg in der Metropolregion Hamburg statt. Der Bericht spiegelt wider, dass sich diese beiden Kooperationen gut ergänzen.

Die Erfassung von Gewerbeflächen in der Metropolregion wurde bereits in der Zeit von 2008 bis 2011 gestartet und bis heute laufend fortgeschrieben.

Ziel eines der neuen Leitprojekte der Metropolregion ist nun die Optimierung der gemeinsamen Vermarktung.

Auch das dauerhafte Monitoring der quantitativen und qualitativen Bestandsentwicklung und Vermarktung der Gewerbeflächen wird als neues Instrument eingeführt.

Von besonderer Bedeutung ist auch die Entwicklung eines interkommunalen Gewerbegebietes im Grenzbereich der Freien und Hansestadt Hamburg, Bezirk Wandsbek, und Stormarn.

Dies könnte als Vorbild für weitere interkommunale Gewerbegebietsentwicklungen zwischen Hamburg und Schleswig-Holstein dienen.

Kommen wir nun zur bilateralen Zusammenarbeit. Hier liegt der Fokus vor allem im Bereich Wirtschaft. Auch wenn manche Unternehmensansiedlung sicher auch mit einem gewissen Konkurrenzverhalten der beiden Länder verbunden ist, so lässt sich auch feststellen, dass im Bereich der Wirtschaftsförderung eine enge Zusammenarbeit die Regel ist.

Gerade im Clustermanagement arbeiten die beiden Länder gut zusammen. Sei es bei der Biotechnologie, Pharma- und Medizintechnik, in der maritimen Wirtschaft, in der Ernährungswirtschaft mit Food-Regio, in der Digitalen Wirtschaft, bei den erneuerbaren Energien oder der Logistik.

Neben den wirtschaftlichen Anknüpfungspunkten gibt es natürlich auch viele verkehrliche Berührungspunkte zwischen Hamburg und Schleswig-Holstein. Seit 2014 wird die A 7 länderübergreifend zwischen dem Bordesholmer Dreieck und dem Dreieck Hamburg-Nordwest auf sechs Fahrstreifen ausgebaut.

Als weitere für die Region wichtige Projekte will ich nur den Neubau der A 20 mit westlicher Elbquerung, den Ausbau der A 23 und B 5 sowie den Ausbau der B 404 nennen.

Im Bereich des Schienenverkehrs ist das Planfeststellungsverfahren für den Ausbau der S 21 vorbereitet und steht Ende 2017 zur Entscheidung an.

Die Metropolregion ist nicht statisch. Das ist gut so. 2012 wurde das Gebiet der Metropolregion zuletzt erweitert. 2017 steht nun die nächste Erweiterung an. Hierzu liegt uns ebenfalls zu dieser Tagung der Entwurf eines geänderten Staatsvertrages vor. Die Stadt Schwerin und der restliche Landkreis Ludwigslust-Parchim sollen aufgenommen werden.

Zusätzlich soll aus der bisher rein öffentlich-rechtlichen ab 2017 eine öffentlich-private Kooperation werden. Daran werden sich zwölf neue Träger aus Industrie- und Handelskammern, Handwerkskammern, Unternehmensverbänden und Gewerkschaften beteiligen.

Neben der wichtigen Kooperation mit Hamburg und der Metropolregion möchte ich aber nicht uner-

(Katrin Fedrowitz)

wähnt lassen, dass die Landesregierung auch weiterhin auf Entwicklungsstrategien für die einzelnen Teilräume des Landes setzt. Als Beispiele seien hier die Westküsteninitiative, das Regionalmanagement Kiel Region und der Rahmenplan für die Deutsch-Dänische Zusammenarbeit genannt.

Ich begrüße ausdrücklich, dass die Landesregierung in ihrem Bericht ankündigt, sich im Rahmen der Landesentwicklungsstrategie mit der Frage zu beschäftigen, wie Schleswig-Holstein als Ganzes die Dynamik der Metropolregion beziehungsweise der Nähe zu Hamburg nutzen kann.

Über diesen Punkt und die anderen von mir genannten möchten wir gerne noch weiter beraten. Ich bitte daher darum, den Bericht zur weiteren Beratung in den Wirtschaftsausschuss zu überweisen.

Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Prognosen sprechen eine klare Sprache: Städte sind der Lebensraum der Zukunft. Schon zu Beginn des 21. Jahrhunderts lebt mehr als 50 % der Weltbevölkerung in Städten. 2050, so prognostizieren die Vereinten Nationen, werden fast 70 % der Weltbevölkerung im urbanisierten Raum leben. Auch die Renaissance der Städte zeigt deutlich, dass immer mehr Menschen, allen Belastungen zum Trotz, in Städten leben wollen. Umso wichtiger wird für wirtschaftlich erfolgreiche und sozial stabile Städte der Faktor Lebensqualität. Selbst die Millionenstadt Hamburg ist für sich alleine betrachtet im globalen Vergleich gerade mal auf Platz 138 der Großstädte in der Welt.

Doch gerade die polyzentrische Struktur macht uns stark. Wir sind eben nicht auf eine übergroße Hauptstadt fokussiert wie andere Länder. Auch die Wirtschaft zeigt immer wieder, dass einzelne Riesen leichter wanken und stattdessen gerade die Netzwerke kleiner und mittelständischer Unternehmen viel robuster sind. Nicht die schiere Größe zählt, sondern die Vernetzung. Gute Netze fangen mehr als eine einzelne Hand, und sei sie noch so groß. Wer zu kleinräumig denkt, wird bei globalen Trends wie Demographie und Verstädterung zurückfallen. Nur wer in großen Räumen und Zusammenhängen denkt, also der Kooperation der Metropole und ihrem Umland, wird langfristig bestehen können.

Hier schreiten gerade wir Grüne immer mit voran. Norddeutsche Energiewende, Gastschulabkommen und Mobilität im Umweltverbund, das sind einige

der Themen, in denen Schleswig-Holstein und Hamburg stark miteinander verbunden sind. Nicht nur, dass wir in gemeinsamen Ausschusssitzungen übergreifende Themen wie die gemeinsame Planung der S 4 voranbringen. Auch auf Arbeitsebene gibt es zahlreiche Kooperationen bis hin zu gemeinsamen Ämtern wie dem für Statistik.

Die Metropolregion Hamburg ist als Verwaltungskooperation zwischen 19 Landkreisen beziehungsweise kreisfreien Städten aus vier Bundesländern gegründet. Was heißt das speziell für uns in Schleswig-Holstein? Ich denke, wir dürfen hier ruhig Selbstvertrauen haben. Die Beziehung zwischen Hamburg und Schleswig-Holstein ist keine Einbahnstraße. Wir profitieren nicht nur von Hamburg, sondern Hamburg auch von uns.

Nicht nur Schleswig-Holsteins Erholungsgebiete machen Hamburg als Wohnort attraktiv, sondern auch unsere innovativen Arbeitsplätze in Forschung und Technik. So mancher Spezialist würde nicht in Hamburg wohnen und dort Steuern zahlen, hätte er nicht seinen Arbeitsplatz bei uns. Exemplarisch seien hier das Fraunhofer-Institut in Itzehoe und der Gesundheitsbereich sowie die Energiebranche im Lande erwähnt.

Deswegen müssen wir gemeinsame Themen gemeinsam angehen, auch wenn sie manchmal übergroß erscheinen. Der Nordtarif zum Beispiel. Da gehen wir jetzt aber ran und packen das Übel der unterschiedlichen Tarife bei der Wurzel anstatt uns im Klein-Klein zu verfangen und neue Gräben aufzureißen.

Und wieder einmal: Grüne sind Teil der Lösung. Fällt uns das immer leicht? Sicher nicht. Wer möchte schon Hafenschlick haben? Und doch setzen wir uns an einen Tisch, um nicht nur dem Problem akut beizukommen, sondern auch, dass es künftig grundsätzlich gelöst wird. Hier müssen sich beide Seiten bewegen und tun es auch.

Stichwort Ästuar-Partnerschaft. Und wieder einmal: Grüne sind Teil der Lösung.

Meine Damen und Herren, all diese Beispiele zeigen deutlich: Der von uns eingeschlagene und konsequent weitergeführte Weg der Kooperation mit unseren Nachbarn ist von höchster Wichtigkeit. Und ich wiederhole hier sehr gerne: Für beide Seiten. - Vielen Dank.

Uli König [PIRATEN]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Die Metropolregion Hamburg hängt

(Uli König)

der Entwicklung in der Bundesrepublik hinterher, denn es gibt heute bereits besser vernetzte Wirtschaftsknotenpunkte. Die längst überfällige Zusammenarbeit in der Metropolregion mit den angrenzenden Bundesländern wird nun im vorliegenden Bericht näher erläutert. Doch die Probleme, die in einer solchen Metropolregion für die Bürger vor Ort entstehen, werden leider nur ungenügend angesprochen.

Sicherlich ist es enorm wichtig, in wirtschaftlichen Fragen zusammenzuarbeiten und beispielhafte, länderübergreifende Projekte zu verwirklichen - sei es der Tourismus, die Siedlungsstruktur oder die Qualität von Struktur und Landschaft, wie es blumig im Bericht heißt, die hier mit gemeinsamen Anstrengungen gefördert werden sollen.

Einige dieser Projekte sind dabei sogar den Anstrengungen in Schleswig-Holstein voraus. Das ist mir vor allem beim Thema Elektromobilität aufgefallen. Da soll ein zusammenhängendes Ladeinfrastrukturnetz für Elektrofahrzeuge in der Metropolregion entstehen. Das klingt zumindest nach einem vernünftigen Plan, der leider für ganz Schleswig-Holstein immer noch nicht existiert. Da stagnieren alle Bemühungen, die Elektromobilität nach vorne zu bringen, und stattdessen werden schon Verbote von Benzin- und Dieselfahrzeugen gefordert. Die Grünen haben aus ihrem Veggie-Day einfach nichts gelernt.

Noch einmal zurück zur Elektromobilität. Ich hoffe, der Energiewendeminister hatte auch Zeit, diesen Bericht zu lesen, und kümmert sich nicht nur um seine Parteikandidatur. Da werden ganz konkret öffentlich zugängliche Ladepunkte in Schleswig-Holstein an strategisch günstigen Stellen in Aussicht gestellt. Das ist eine Forderung, die wir PIRATEN hier schon mehrfach vorgebracht haben. Bei meiner letzten Nachfrage von vor drei Wochen (Drucksache 18/4631) wurde wiederum festgestellt, dass es noch immer keinen Plan für ein Netz an Ladepunkten gibt und dass vor allem Ladepunkte, die bereits auf Liegenschaften des Landes existieren, gut verschlossen sind, damit ja nicht zu viele Leute ihr Elektroauto damit laden können.

Diese Taktik muss mir der Energiewendeminister noch einmal genau erklären, warum Ladepunkte verschlossen sein müssen und warum die Landesregierung nicht offensiv Werbung für Elektromobilität macht, aber gleichzeitig den Abschied vom Verbrennungsmotor verkündet.

Doch zurück zur Metropolregion, die ja, wie wir alle aus dem Bericht gelernt haben, vor allem eine

Wirtschaftsregion ist. Nun hat der sozialdemokratische Bundeswirtschaftsminister Sigmar Gabriel im Oktober ein Interview zur Digitalisierung, dem Magazin DIVSI des Deutschen Instituts für Vertrauen und Sicherheit im Internet, gegeben. Darin heißt es, ich zitiere:

„Die Digitalisierung ist eine der wichtigsten technologischen Veränderungen unserer Zeit. Nur wenn unserer Volkswirtschaft der digitale Wandel erfolgreich gelingt, werden wir auch in Zukunft auf den internationalen Märkten mithalten können.“

Nun habe ich mir den Bericht in Bezug auf die wichtigste technologische Veränderung unserer Zeit einmal genau angesehen. Ich dachte mir eigentlich, dass, wenn es sich um eine solche entscheidende technologische Veränderung handelt, auch die Metropolregion dem Thema Digitalisierung einen besonderen Stellenwert zukommen lässt. Mit Sicherheit wird das Thema zentral behandelt. Ich habe im Bericht Grandioses entdeckt. Auf Seite 30 gibt es fast eine ganze halbe Seite zum Clustermanagement Digitale Wirtschaft. Das ist alles, was bei der Kooperation der Bundesländer in der Metropolregion Hamburg den Regierungen dazu eingefallen ist. Eine ganze halbe Seite zur Digitalisierung! Da frag ich mich dann schon. Entweder hat der Bundeswirtschaftsminister keine Ahnung von Wirtschaft und schätzt die Lage falsch ein, weil er glaubt, die Digitalisierung sei so wichtig, oder aber die Regierungen haben hier ein zentrales Thema ausgelassen oder zumindest sehr stiefmütterlich behandelt.

Es gibt noch einen zweiten zentralen Punkt, den man sich anschauen muss, die Mobilität und Infrastruktur. Die Mehrheit denkt jetzt sofort an Autos, Autobahnen und Schienenverkehr. Alles richtig! Aber warum denkt in dem Bericht niemand an die Mobilität und die Infrastruktur im Bildungsbereich? Wie kann eine Metropolregion für die Menschen spürbar auf allen Gebieten zusammenwachsen und kooperieren, wenn beim Thema Bildung mal wieder das Kleinklein von vier Bildungssystemen regiert? Warum werden da keine Strategien entwickelt, die diesen Irrsinn endlich beseitigen?

Mein Resümee lautet: Die Zusammenarbeit mit den Kooperationspartnern in der Metropolregion Hamburg ist für Schleswig-Holstein ein Gewinn, aber sie weist noch große Lücken auf, die es gilt, zukünftig zu schließen. - Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

Reinhard Meyer, Minister für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Technologie:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren ! Die heutige Rede halte ich in Vertretung des Ministerpräsidenten.

Hamburg, Schleswig-Holstein und die Metropolregion mit dem Norden von Niedersachsen und dem westlichen Teil von Mecklenburg-Vorpommern: Das sind gute Nachbarn und echte Freunde. Der Bericht der Landesregierung belegt die Bandbreite und den Mehrwert der Zusammenarbeit. Herzstück ist dabei die Zusammenarbeit zwischen Schleswig-Holstein und Hamburg. Beide Länder kooperieren mehr und besser als die meisten anderen Bundesländer.

Jüngster Erfolg: NEW 4.0., das innovative Projekt zur Energiewende. Gemeinsam zeigen wir, wie sich hochentwickelte Großregion nahezu vollständig aus Erneuerbaren Energien versorgen kann. Der Bund unterstützt das Modellprojekt mit über 40 Millionen €.

Hamburg und Schleswig-Holstein sind ohnehin aufs Engste miteinander verflochten. Arbeiten in Hamburg - leben in Schleswig-Holstein: Das ist die Regel für viele Schleswig-Holsteiner am Rande von Hamburg.

Beinahe jeden fünften Job in Hamburg haben Menschen inne, die von Schleswig-Holstein in die Hansestadt hineinpendeln. Rund 155.000 Pendler leben nördlich der Hamburger Stadtgrenze.

Wohnen außerhalb Hamburgs, das ist der Normalzustand. Die Lebenswirklichkeit vieler Menschen. Aber die schleswig-holsteinische Seite der Metropolregion gewinnt auch als Standort für Jobs an Bedeutung - aus ähnlichen Gründen: Für Menschen ist Wohnen in Hamburg teuer. Für Konzerne ist Fläche für Expansionen knapp.

Daher unsere Ansiedlungserfolge in Schleswig-Holstein. Beispiel: Zu Beginn des Jahres Eröffnung des tesa-Standortes in Norderstedt. Tesa hat seinen Stammsitz von Hamburg nach Schleswig-Holstein verlagert. Schleswig-Holstein hat Interesse an einer starken Metropolregion und an einer starken Hansestadt, es gibt aber auch ein natürliches Spannungsverhältnis.

Wir stehen aber auch in Konkurrenz, etwa um Ansiedlungen, um Fachkräfte. Allerdings kooperieren wir miteinander und sind aufeinander angewiesen, etwa in den gemeinsamen Clustern für die Maritime Wirtschaft und im Bereich Life Sciences.

Mit der zunehmenden Verflechtung ist ein politischer Auftrag verbunden. Für die Landesregierung Schleswig-Holstein, den Hamburger Senat und die Akteure in Metropolregion gilt die Maßgabe: Verkehrs- und Wirtschaftspolitik auf den Alltag der Menschen und Unternehmen ausrichten.

Der gemeinsam abgestimmte Ausbau der A 7 ist ein gutes Beispiel für Infrastrukturprojekte, die für die gesamte Metropolregion wichtig sind. Deshalb beschreibt der Bericht die Zusammenarbeit im Bereich Infrastruktur ausführlich.

Aber es geht in Zukunft auch um einen Norddeutschen Tarifverbund, den wir gemeinsam mit Hamburg und Niedersachsen entwickeln wollen. Ein erstes Gespräch dazu auf Ministerebene hat stattgefunden, die Tür für Verhandlungen ist geöffnet.

Sehr geehrte Damen und Herren, der Bericht beschreibt auch die aktuellen Entwicklungen der Zusammenarbeit in der Institution Metropolregion Hamburg.

Die wichtigsten Punkte: Die Wirtschaft tritt der MRH bei. So entsteht eine schlagkräftige Plattform für den gemeinsamen Einsatz von Wirtschaft, Politik und Verwaltung für die Region.

Die Wirtschaft stellt zusätzliches Geld und Fachpersonal für die MRH zur Verfügung. Gemeinsam können wir so den Standort weiter stärken und damit die Weichen stellen für noch mehr Erfolge.

Für unsere Zusammenarbeit gilt generell: Schleswig-Holstein muss in regelmäßigen Abständen seine eigenen Interessen an der Zusammenarbeit mit HH und in der MRH definieren. Wir tun das derzeit auf Grundlage der im Grünbuch beschriebenen Entwicklungslinien und auch mit einem neuen Selbstbewusstsein als der „echte Norden“.

Im Grünbuch wird ein Handlungsplan „Zusammenarbeit des Landes Schleswig-Holstein mit Hamburg“ angekündigt. Darin soll es um die Weiterentwicklung der Partnerschaft gehen. Im Kern geht es darum, wie Schleswig-Holstein als Ganzes die Nähe zu Hamburg zukünftig noch besser nutzen kann. Der Handlungsplan soll im Zusammenhang mit der für 2017 geplanten „Internationalisierungs-Strategie“ erstellt werden.

Das Grünbuch macht auch sehr deutlich: Die funktionalen und wirtschaftlichen Verflechtungen sind mittlerweile so vielfältig, dass sich Themen und Projekte immer weniger in einer festen Kooperationskulisse bearbeiten lassen. Regionen werden immer größer und wirtschaftlich immer spezialisierter.

(Minister Reinhard Meyer)

So könnte sich die MRH zukünftig anlass- und themenbezogen größer und international sichtbarer aufstellen, ohne dass dafür die Institution MRH institutionell weiterwachsen müsste. Daher wird der der Handlungsplan seinen Blick auch auf die norddeutsche Kooperation sowie die Zusammenarbeit mit Dänemark und den weiteren skandinavischen Wirtschaftszentren richten.

Ziel ist: die Interessen des Landes in den einzelnen Kooperationen strategischer miteinander verbinden, Kooperations-Potenziale besser nutzen.

Für die Zusammenarbeit mit Hamburg gilt auch zukünftig die Devise: Wo sich aus Zusammenarbeit mit Hamburg Chancen ergeben, wollen wir sie er-

greifen. Dafür setzt die Landesregierung auf die bilaterale Zusammenarbeit der beiden Länder und auf die Zusammenarbeit in der Metropolregion Hamburg, Niedersachsen und Mecklenburg-Vorpommern.

Tatsache ist: Die politischen Spitzen in Hamburg und Schleswig-Holstein arbeiten vertrauensvoll und gut zusammen. Wir sind gute Nachbarn und echte Freunde. Das war bislang erfolgreich und wird weiterhin erfolgreich sein.